

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 3. Oktober 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Kulturrecht und Kolonialfrage.

Eine Gegenkritik von Eduard Bernstein.

I.

Es war ursprünglich nicht meine Absicht, auf die verschiedenen Angriffe, mit denen mich die Redaktion des „Vorwärts“ wegen meiner Stellung zur Kolonialfrage bedacht hat, zu antworten. Die erneute Hineinsetzung meiner Person in die Debatte über die Stuttgarter Resolution im Leitartikel des „Vorwärts“ vom 21. September nötigt mich jedoch zu einer prinzipiellen Auseinandersetzung, zumal derjenige Gesichtspunkt, wegen dessen Betonung mich der „Vorwärts“ ganz besonders angreift, in dieser Debatte noch nicht mit derjenigen Schärfe betont worden ist, die, wie mir unter anderem gerade die Artikel des „Vorwärts“ zeigen, zur Klärung der Genossen unbedingt notwendig geworden ist.

Was der „Vorwärts“ als besonders verwerflich hinstellt, ist der von mir ausgesprochene Satz, „eine gewisse Vormundschaft der Kulturvölker gegenüber Nichtkulturvölkern ist eine Notwendigkeit.“ Dieser Satz steht nach dem „Vorwärts“ im schreiendsten Gegensatz zu der Resolution des Rainzger Parteitages. Wenn das wahr wäre, was ich freilich bestreite, so könnte ich nur sagen: um so schlimmer für jene Resolution. Der Gedanke, der dem „Vorwärts“ so feherisch erscheint, daß er den „schreienden Gegensatz“ durch doppelte Unterstreichungen in die Welt hinaus „schiebt“, er ist — leider, möchte ich sagen, durchaus nicht mein geistiges Eigentum. Ich verdanke ihn vielmehr den Männern, in denen die Sozialdemokratie ihre großen grundlegenden Theoretiker verehrt.

Hören wir zunächst Ferdinand Lassalle. In seiner Schrift „Der italienische Krieg usw.“ sagt er über das Verhältnis des demokratischen Prinzips zum Prinzip der freien Nationalitäten folgendes:

„Die nun das Recht der Geschichte und ihrer Gesamtentwicklung das größere ist gegen das ihrer einzelnen Andern, — der besonderen Völker, — wie das Recht jeder dieser Andern im geschichtlichen Organismus auf eigene Funktion, auf eigene Entwicklung eben an die tatsächliche Bedingung gebunden ist, daß sie funktionieren, daß sie sich entwickeln, so bleibt das Recht der Volksgemeinschaft auf eigene Existenz daran geknüpft, daß ein in eigener Weise sich entwickelnder und mit dem Kulturprozeß des Ganzen Schritt haltender Volksgeist [von mir unterstrichen, Ed. B.] da sei. Andernfalls wird die Erwerbung ein Recht [gleichfalls von mir unterstrichen, Ed. B.], und zwar entweder von vornherein, oder sie wird hinterher als ein solches erwiesen. ... Mit dieser einzigen Einschränkung also, oder mit dieser genauen Bestimmung muß das Prinzip der freien Nationalitäten begriffen werden, sonst hört es auf, ein Prinzip zu sein und treibt sich zum Unsinn.“ (Lassalle, Gesamtausgabe Band I, S. 305/6.)

So Lassalle, und wie sehr man auch im bestimmten Einzelfall über die Anwendung des von ihm entwickelten Gedankens differieren mag und kann, da hier Tatsächlichkeiten in Betracht kommen, über die Meinungsverschiedenheiten auch bei prinzipiell Gleichgesinnten sehr gut möglich sind, — daß nur mit dieser Bestimmung der Satz vom gleichen Recht der Nationen aus dem Nebel bloßer Schlagworte, die von der Weltgeschichte unzählige Male widerlegt wurden, zur Höhe eines Prinzips erhoben wurde, das allein einer Partei, wie die Sozialdemokratie, die auf dem Boden der geschichtlichen Entwicklungstheorie steht, als Wegweiser dienen kann, halte ich gegen jedermann aufrecht.

Lassalle hat denn auch in diesem Punkt Marx und Engels, die in so manchen Fragen mit ihm differierten, durchaus auf seiner Seite. Freilich, so programmatische Sätze, wie der obige Ausspruch Lassalles, liegen hierüber von ihnen nicht vor; wohl aber liefert ihre praktische Stellungnahme in konkreten Konfliktfällen solcher Art unzählige Beispiele für ihre grundsätzliche Übereinstimmung mit der Lassalleschen Auffassung. Da aber die Aufzählung aller jener Beispiele zu weit führen, das Einzelbeispiel dagegen voraussichtlich Hinwegdeutungsversuchen begegnen würde, so mögen einige sehr bestimmte, keine Umdeutung zulassende briefliche Äußerungen von Friedrich Engels folgen, die er in Übereinstimmung mit dem damals noch lebenden Karl Marx an mich schrieb.

Als ich zu Anfang 1882 für den Ausfall der Südslawen in der Krimoische gegen die österreichische Verwaltung Partei nahm, machte Friedrich Engels brieflich verschiedenes dagegen geltend. Ich verteidigte meinen Standpunkt, und da schrieb mir Engels am 22. Februar 1882:

„Daß mein Brief Sie nicht belehrt hat, da Sie schon Sympathie hatten für die „unterdrückten“ Südslawen, ist sehr begreiflich. Wir alle haben ja ursprünglich, soweit wir erst durch Liberalismus oder Radikalismus durchgegangen, diese Sympathien für alle „unterdrückten“ Nationalitäten mit hinübergenommen, und ich weiß, wie viel Zeit und Studium es mich gekostet hat, sie, dann aber auch gründlich loszuwerden. ... Ich bin autoritär genug, die Existenz solcher Kulturvölker mitten in Europa für einen Anachronismus zu halten. Und wenn die Deutschen so hoch ständen wie die von Walter Scott gefeierten Hochschotten, die ja auch die ärgsten Vie-

diebe waren, so können wir doch höchstens die Art und Weise beurteilen, mit der die heutige Gesellschaft sie behandelt. Wären wir am Ruder, auch wir würden dem altererbten Rinaldo Rinaldini- und Schinderhannesstump dieser Vurschen ein Ende machen müssen.“

Das betraf die Balkanstaaten, und man wird vielleicht sagen, Engels Urteil sei durch den Zusammenhang der Balkanbewegung mit den Intrigen des russischen Zarentums beeinflusst gewesen. Indes war das hier nur ein sekundäres, bezw. zufälliges Moment, die Verwerfung des Schwärmens für Kulturvölker, die sich durch Oberherrlichkeit von Kulturvölkern „unterdrückt“ fühlen, die Grundidee, Engels setzt das Wort „unterdrückt“ stets in Anführungsstriche, um zu zeigen, daß er es hier nur ironisch gebraucht. Ein halbes Jahr später als ich in „Sozialdemokrat“ mich für die Erhebung der ägyptischen Nationalpartei unter Arabi Pascha gegen die europäische Finanzkontrolle ins Zeug legte, schrieb mir Engels wiederum (9. August 1882) — und das möchte ich namentlich dem Nachdenken der Genossen empfehlen:

„Es scheint mir, daß Sie in der ägyptischen Sache die sogenannte Nationalpartei zu sehr in Schutz nehmen. Von Arabi wissen wir nicht viel, aber es ist zehn gegen eins zu wetten, daß er ein ordinärer Pascha ist, der den Finanziers die Steuereinnahmen nicht gönnt, weil er sie selbst auf gut orientalisches in den Sack stecken will. ... Zurückweisung der Aegyptischen ist schon ganz gut; aber die Frage ist, was dann? Und wir westeuropäischen Sozialisten sollten uns da nicht so einfach fangen lassen, wie die ägyptischen Fellahs und wie — alle Romanen. ... Kann man irgendwo ein Arabiwall losgehen, so schwärmt das ganze revolutionäre Romanentum dafür — ohne alle Kritik. Meiner Ansicht nach können wir sehr gut für die unterdrückten Fellahs auftreten, ohne deren momentane Zustände zu teilen, und gegen die Brutalitäten der Engländer (die Varnardierung Alexandriens, Ed. B.) ohne deshalb für deren momentane militärische Gegner solidarisch einzutreten. In allen Fragen internationaler Politik sind die gefühlspolitischen französischen und italienischen Parteiblätter mit größter Vorsicht zu gebrauchen. Wir Deutschen sind verpflichtet, die theoretische Einsicht, die wir einmal haben, auch auf diesem Gebiet durch Kritik zu bewahren.“

So Engels 1882. Nachträglich wird man ihn daher wohl den Verdammten zurechnen müssen, von denen Kautsky in Stuttgart die Redensart gebrauchte, daß sie die Völker in solche einteilen, die mit Sporen an den Füßen, und solche, die mit Sätteln auf den Rücken geboren werden. Das Verdammungsurteil würde ihn aber wohl sehr kühl gelassen haben. Und sicher mit Recht. Eine Gleichheitstheorie, die sich über alle Kulturunterschiede, und seien sie noch so groß, hinwegsetzt, muß notwendig zu den größten Ungereimtheiten führen und ist einer Partei, die ihre Forderungen und Ziele auf eine wissenschaftliche Erforschung der Entwicklungsgesetze und Bedingungen der Gesellschaft stützt, unwürdig.

## Perien, England und Deutschland.

Nachdem wir in der Sonntagsnummer unserem Londoner Mitarbeiter das Wort zu dem englisch-russischen Vertrag gegeben haben, lassen wir heute einen russischen Mitarbeiter zu Worte kommen, der das Abkommen von einem wesentlich anderen Gesichtspunkte aus betrachtet:

Im Vordergrund der Erörterungen über den russisch-englischen Vertrag stehen die Abmachungen über Persien. Sieht man sich die in Persien vorgenommene Dreiteilung an der Karte an, so gibt uns diese recht interessante Aufschlüsse. Der nördliche Teil, die russische Einflusssphäre, umfaßt zwar die administrativen Zentren des Reiches; er ist aber, weil durch weite Strecken Land vom Meere und von allen Verkehrsverbindungen abgeschnitten, in handelspolitischer Beziehung — wenn isoliert vom übrigen Persien — von geringer Bedeutung. Die englische Interessensphäre geht von der afghanischen Grenze in einem kurzen Bogen nach Südwest bis an den Ozean. Dazwischen liegt ein gewaltiges Gebiet als neutrale Zone. Weshalb? Wozu war das nötig? Die Karte zeigt uns, daß diese mittlere Zone keineswegs so harmlos dasieht, wie sie sich im Vertrag ausnimmt: sie schließt sich nämlich ganz der Wagdabahn an. Hier ist Raum geschaffen worden für einen Dritten. Und dieser Dritte wird derjenige sein, der die Wagdabahn beherrschen wird.

Man nehme die Karte zur Hand! England ist in einer großen Kurve dem Persischen Golf ausgewichen. Und doch erklärt die englische Regierung selbst, sie habe seitens Russlands die Anerkennung erlangt, daß England am Persischen Golf spezielle Interessen und eine besondere Stellung einzunehmen habe, nur sei das nicht in den Vertrag aufgenommen worden. Warum? Wenn alles geregelt wird, weshalb bleibt dieser wichtigste Punkt unregelt? Ist das ein Zugeständnis an Russland? Aber Russlands Interessen sind ja noch viel weiter im Norden abgegrenzt; darüber hinaus darf es ohne Einwilligung Englands nichts unternehmen. Erlangt Russland etwas dadurch, daß England auch seinerseits die gleiche Verpflichtung ihm gegenüber übernimmt? Nein, denn es wird doch in seinem Teil von England nicht am Persischen Golf, sondern im Norden und im Osten bedroht. Ich wiederhole: man nehme die Karte zur Hand. Der Ausgangspunkt für die Abgrenzung der englischen Interessensphäre ist Sasil an der

afghanischen Grenze; von hier aus geht die Linie nach Westen bis Kirman; wäre sie in der gleichen Richtung fortgeführt worden, so würde sie auch den Persischen Golf mit unter englischen Einfluß stellen; statt dessen schlägt sie bei Kirman eine neue Richtung ein, direkt nach dem Süden, und behält sie bis zum Schluß. Der Persische Golf mit dem anschließenden Binnenland bleibt neutral, und zwar nicht aus Rücksicht auf Russland, sondern aus Rücksicht — auf den Dritten.

Draucht England einen Dritten in Persien? Will es einen Schieberstaat schaffen zwischen sich und Russland? Vor dem russisch-japanischen Kriege konnte eine solche Idee erwogen werden, obwohl auch damals ein neuer Nachbar in der Nähe Ostindiens England kaum willkommen sein dürfte, — gegenwärtig aber kommt eine solche Spekulation sicher nicht in Betracht. England verhandelt jetzt mit Russland — das zeigen die Vertragsbestimmungen deutlich —, wie mit einem Gegner, den es für geraume Zeit nicht fürchten zu brauchen glaubt. Nun, England wollte sicher keinen Dritten in Persien. Folglich hat dieser Dritte sich ihm aufzwingen lassen. Die englische Regierung teilt mit, daß die Verhandlungen mit Russland unter Kenntnisnahme seitens Frankreichs vor sich gingen. Wer aber setzte Deutschland in Kenntnis? Sicher nicht Frankreich und nicht England. Wohl aber hatte die russische Regierung ein Interesse daran, die Reichsregierung mit in das Spiel zu verwickeln.

Nichts irriger als die von der liberalen Presse in Deutschland vertretene Anschauung, England habe Russland gegen Deutschland ausspielen wollen. Wo, an welchem Punkt berühren sich denn die nördlichen Gebiete Persiens, die dem russischen Einfluß unterstellt werden, mit irgend welchen deutschen Projekten? Die deutschen Weltmachtspolitiker wollen doch nicht zum Kaspiischen Meer, sie wollen zum Persischen Golf dringen.

Die Sache verhält sich ganz umgekehrt! Russland hat es wieder verstanden, deutschen Einfluß geltend zu machen; wenn auch nicht sich zu Ruhm, doch immerhin England zum Schaden. Das hindert selbstverständlich nicht, daß die offizielle wie auch die liberale Presse Russlands in gewohnter Weise über Deutschland herfällt. Das hat sie stets getan, und doch weiß man es in Westeuropa nur zu gut, welche Helfersdienste die deutsche Regierung dem Zarentum geleistet hat.

Durch diese Störung sind die Abmachungen über Persien so irrational ausgefallen, wie nur möglich. Es sollen dem Reich Hände und Füße abgehakt werden, was aber wird aus dem Torso? In dem Moment, wo es tatsächlich zu einer Aufteilung Persiens kommen sollte, verwandelt sich das neutrale Gebiet in ein strittiges Gebiet — nicht zwischen England und Russland, sondern zwischen England und Deutschland. Dieses wird wohl auch sonst nicht zögern, im Anschluß an die von ihm finanzierte Eisenbahn jene „Eisenbahn-Konkzessionen“ usw. sich zu verschaffen, die England und England im neutralen Gebiete sich gegenseitig versagen.

So ist denn durch diesen Vertrag nicht der Frieden gesichert, vielmehr neuer Konfliktstoff geschaffen. Die persische Diplomatie hat ihr giftiges Werk vollbracht; sie kann sich somit gratulieren, denn sie lebt vom Unfrieden Europas.

Die einzige Hoffnung ist, daß sich England wie England und alle anderen, die Persien beerben wollen, tauschen werden, daß das persische Volk durch die revolutionäre Umgestaltung und Festigung des Reiches ihnen allen einen Strich durch die Rechnung machen wird. Die Unterstüßung der persischen Revolution und vor allem die Verhinderung einer gewaltsamen Einmischung europäischer Staaten liegt deshalb im ureigensten Interesse der europäischen Völker.

Hände weg von Persien! Wir wollen nichts von einem Vertrage wissen, durch den im Interesse der kapitalistischen Ausbeutung ein fremdes Land geteilt und eine Nation in Stücke gerissen werden soll, und wir wollen den Blutpreis dafür nicht haben.

## Rhetorische Großindustrie.

Paris, 30. September. (Fig. Ver.)

Je näher die Wiedereröffnung der Kammer rückt, desto höher steigen die Wogen der politischen Sonntagrederei. Gestern hat man an allen Ecken und Enden Frankreichs politische Programme verschiedener Färbung vorgetragen, die jedoch das gemeinsame haben, daß sie den „Antipatriotismus“ der sozialistischen Partei zum Schrecken der Philister und zum Profit der bürgerlichen Politiker an die Wand malen.

Eine löbliche Ausnahme macht die Rede des Präsidenten der Republik, der in Narmande wohl dem bürgerlichen Patriotismus und dem bürgerlichen Ideal der „Harmonie der Klassen“ seinen Zoll gezahlt, aber mit anerkanntem Wertes Takte es vernieden hat, durch Einstimmen in das antisozialistische Demagogengeschrei billiges Lob bei den Reaktionen aller Bourgeoisparteien zu ernten.

Am reichlichsten sprudelte gestern Briands Redner talent. Nicht weniger als drei Reden hat der Unterrichtsminister in seinem Wahlkreis bei „Sozialisten“ seines Anhangs und Radikalen gehalten. Quantitativ genommen sicher eine imponierende Leistung. Der politische Inhalt der Reden läßt sich indes in ein paar Worten zusammenfassen. Wenn man von der gegen die geeinigten Sozialisten wiederholt erhobenen Beschuldigung des Antipatriotismus absieht, bleibt die auffallende Verherrlichung der Vlodpolitik übrig. — In der Kammerdebatte über die Koalitionsfreiheit und die syndikalistische Propaganda hat Briand beinahe von den politischen Fehlern des letzten Jahrzehnts gesprochen, zur Freude der Deschanel und Ribot. Der Widerspruch erklärt sich, wenn man bedenkt, daß Briand nie prinzipielle Politik betrieben hat, aber immer ein gewandter, für die Bedürfnisse des

**Die Interlons-Gebühr**  
betragt für die sechsgehaltene Kolonialsache oder deren Raum 30 Fig., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Fig., „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Fig., jedes weitere Wort 10 Fig., Stellengedichte und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Fig., jedes weitere Wort 5 Fig., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geschlossen.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

\*) Die Antwort der Redaktion wird sich Bernsteins Artikel anschließen.



Augenblicks arbeitender Taktiker war. Gestern sprach er vor republikanischen Arbeitern — vor naiven und irreführten Arbeitern allerdings, aber eben doch vor Arbeitern, deren Instinkt sich gegen ein offenes Einverständnis mit den Reaktionen der Mittelparteien auszusprechen würde.

Die Aufnahme seiner Rede bei der gemäßigten Presse ist ungleich. Der „Temp“ ist sehr zufrieden; ihm genügt jetzt die bloße Sozialistenhege. Er vertraut darauf, mit dem „Patriotismus“ die Sozialreform erschlagen zu können. — Das „Journal des Débats“ ist begehlicher und möchte haben, daß man, wie Herr Molé in dies gestern gefordert hat, gegen die „schlechten Lehrer“ einschreite, was praktisch auf die stille Klerikalisierung der Schule hinausläuft. Wie weit nun auch der Verrat gehen mag, den die Bourgeoisradikalen an ihrem eigenen Programm zu über bereit sein werden, für die sozialistische Arbeiterschaft stehen jedenfalls harte Kampfzeiten bevor. Vielleicht reitet sich ein Teil der Radikalen aus dem moralischen und politischen Schiffbruch ihrer Partei. Ferdinand Buisson hat den stillen Mut, gegen die Lüge vom „Antipatriotismus“ der sozialistischen Partei Einspruch zu erheben. Auch Laferrre, ein radikaler Führer aus dem Süden, kommt vor der Koalition mit den Gemäßigten. Von dem Erfolge dieses Widerstandes hängt es ab, ob der bürgerliche Radikalismus noch eine politische Zukunft in Frankreich hat, oder ob er zum demagogisch lärmenden, heulegerigen Troß der großkapitalistischen Parteien herabsinken wird. Die sozialistische Partei, die zur Durchführung sozialer Reformen natürlich die Mitwirkung einer fortgeschrittenen bürgerlichen Demokratie willkommen heißen würde, wird aber auch ohne sie ihren Kampf entschlossen fortsetzen und zu Ende führen!

## Marokko.

### Der Protest der Sozialisten.

Paris, 2. Oktober.

(Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Die „Humanité“ kündigt für Sonnabend die große Protestversammlung der Sozialdemokratie gegen die Marokko-Expedition an. Als Redner sind der spanische Genosse Iglesias und fünf Pariser Deputierte angegeben.

### Die Lage in Casablanca.

Die Untervergung einiger benachbarter Stämme hat die Lage der Franzosen nicht erheblich gebessert wie die folgenden Meldungen zeigen:

Paris, 2. Oktober. Nach Blättermeldungen aus Tanger nahmen aus Furcht vor Vergeltungsmaßnahmen der im Hinterland der Schauja wohnenden Stämme die Stämme der Meduna und Mad Paris von der Stellung der Weissen Abstand. In einer Zusammenkunft von Führern der Stämme, die sich noch nicht unterworfen haben, wurde beschlossen, den Kampf gegen die Franzosen und die Stämme, die sich unterworfen haben, fortzusetzen, und eine Art Mahalla gebildet, die zwischen den Stämmen der Meduna und Mad Paris lagert. Die letztgenannten Stämme riefen infolge dessen die Hilfe der Franzosen an.

Paris, 2. Oktober. General Drué erklärte in einem Privatgespräch, es sei wohl richtig, daß er ein Schreiben erhalten habe, in dem von der Absicht der Mad Paris-Stämme, gegen Casablanca zu marschieren, und von einer Vereinigung der Stammeshäuptlinge in Karna, etwa 50 Kilometer von Casablanca entfernt, die Rede sei; er halte es aber für zweckmäßig, erst die Berichte seiner Rundschafter abzuwarten, bevor er sich in ein Unternehmen einlasse, das ihn für 48 Stunden vom Lager entfernen würde.

Der Sultan Abdul Aziz befindet sich seit einigen Tagen in Rabat. Er will dort den französischen Gesandten Regnault empfangen. Nach einer Nachricht aus Tanger soll er davon träumen, von Frankreich das Versprechen zu erhalten, daß die Truppen aus Casablanca sofort zurückgezogen würden, nachdem Frankreich genügende Garantie für die Zahlung der geforderten Entschädigungen erhalten hat. Offenbar braucht er einen solchen Erfolg zur Befestigung seiner mangelhaften Stellung. Wie es mit der Sicherheit in der neuen Residenz des Sultans bestellt ist, zeigt die folgende Meldung:

Casablanca, 2. Oktober. Einem hier umlaufenden, aber nicht bestätigten Gerüchte zufolge sind gestern in Rabat zwei Spanier ermordet worden.

Ist die Meldung richtig, so sind neue Komplikationen gegeben. Ueber des Generals Mulaq Hadid Absichten werden allerhand unkontrollierbare Mitteilungen gemacht. Nach der einen zieht er mit gewaltiger Heeresmacht gegen Rabat, nach der anderen soll er mit Abdul Aziz im Einverständnis sein, nach der dritten wird er sich im Süden, wo sich seine Herrschaft immer mehr befestigt, ruhig verhalten. Was wahr ist, müssen die Ereignisse der kommenden Tage lehren.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 2. Oktober 1907.

### Weber gleiches noch geheimes Wahlrecht?

Ein Dresdener Blatt hatte gemeldet, daß die Wahlreform, die die Regierung für Preußen plane, nicht nur die Ungleichheit des Wahlrechts beibehalten wollen, sondern auch die öffentliche Abstimmung! Die „Nationalliberale Korrespondenz“ bestritt diese Mitteilung nicht, nur glaubt sie versichern zu dürfen, daß es ausgeschlossen sei, daß ein solcher Reformentwurf bereits dem alten Landtag vorgelegt werde.

Das verstand sich ohnehin von selbst, das wünscht ja auch nicht einmal der Freisinn, der ja im Falle einer präzisieren Stellungnahme um seine besten Kräfte im Wahlkampfe gebracht würde und die Wähler dann nicht mit Nebenarten und Versprechungen einweisen könnte!

Der Freisinn will sich eben mit einer bloßen Erklärung der Regierung begnügen. Je unbestimmter diese Erklärung ist, desto besser für ihn! Desto mehr Reklame kann er dann für die Blockpolitik machen, desto ungetriebener kann er dann über die vom Freisinn heraufgeführte „liberale Aera“ das Blaue vom Himmel herunter fabeln!

Deshalb ignoriert der Freisinn auch die Nachricht von der Beibehaltung der öffentlichen Abstimmung. Wie ungeheuer wichtig gerade die geheime Abstimmung ist, weiß der Freisinn. Sagt doch Herr Pachnide in einer neuen Publikation wörtlich:

„Einfluß aber übt der gemeine Mann nur, wenn die Wahl nicht nur gleich, sondern auch geheim ist.“

Aber trotzdem ist die Lösung des Freisinns: nur keine indiskreten Fragen, keine unabweislichen Forderungen an die Regierung stellen! Denn sonst brähe der ganze Schwindel der durch die Blockpolitik verheißenen „liberalen Aera“ rettungslos in sich zusammen! —

## Bürgerliche Zeitungsleser im Spiegel.

Die politische und intellektuelle Korruption der bürgerlichen Zeitungsleser zeigt sich am besten darin, was ihnen geboten werden darf. Die Zeitungsindustriellen serbieren ihren Lesern die Kost, die ihnen am besten zusetzt. Sie geben erst zur Probe kleine Appetitbissen; findet die Kostprobe Liebhaber, so folgt bald die reichliche Nahrung.

Die „V. J. am Mittag“ ist das Rudiment eines ehemals freisinnig-demokratischen Blattes. Heute ist's ein ödes Sensationsblättchen geworden, das mittags in der Straßenbahn von dem Beamten, dem Kommiss, dem Referendar, dem Vorgesetzten genossen wird. Neben aufgedauerten, oftmals ganz falschen Drahtberichten über möglichst „sensationsvolle“ Affären überwiegt der Hof-, Theater- und Gerichtsschmalz. Was die den Stumpfsinn systematisch züchtende Scher- und Lästlein-Presse im großen bietet, bietet die „V. J. am Mittag“ im Extra. Und sie wird gekauft und eifrig gelesen. Wie trostlos es um das Bourgeoispublikum und seine „geistigen Interessen“ bestellt ist, beweist der Leitartikel in der heutigen Nummer des Blattes. Ein „Kunst“-Kritiker „plaudert“ da über „Bildnisse bekannter Berliner Persönlichkeiten“, die in einem Kunstsalon ausgestellt sind. Von künstlerischer Wertung der ausgestellten Bildnisse ist keine Rede, desto mehr von widerwärtigstem Hyazinthus und dem seichtesten Kulissentratsch. Da heißt es z. B.:

„Und nun der Lederbissen: Geraldine Farrar. Einfach sah, wie die Pachtlose sagen. Welche Melancholie in den blauen Augen! So schön, so talentvoll, und diese holde Schwermut! Sie ist unüberwindlich.“ usw.

Eine andere Stelle:

„Dann sah ich die Kronprinzessin, meine stille und völlig unglückliche Liebe; die großen, das schmale Gesichtchen beherrschenden und durchsichtigen Augen haben mir's angetan. Eine entzückende Person und Gott sei Dank so gar nicht Landesmutter in Ausführungstrichten. Ich würde zwar den Hohenzollern nicht, wie Bismarck, bis in die Venen folgen, aber beim Anblick dieser lieblichen Frau empfinde ich das Gefühl, ihr Weibels Kopf auf goldener Platte zu überreichen.“

„Jungenkavalend“ verläßt der geistreiche Kritiker den Salon. Und jungenschnalzend schließt das bürgerliche Lesepublikum solches Zeug! Kann man sich da noch wundern, daß Leute wie Wilow und Dernburg die Heroen und die Hoffnung unseres Liberalismus sind? —

### Der Bremserlaß bleibt bestehen!

Städt ist gegangen und Holle gekommen, begrüßt von den Verächtern der den liberalen Frühling feiernden freisinnigen Presse. Doch es fiel ein Reis in der Frühlingsnacht! Städt ist gegangen und Althoff ist ihm gefolgt — aber der Bremserlaß bleibt!

Jener Bremserlaß, durch den den städtischen Gemeinden vertehrt wurde, ihren Lehrern Gehälter zu zahlen, die sie für angemessen hielten und die die von Städt dem ländlichen Lehrproletariat gezahlten „Gehälter“ beschämten. Der „Tägl. Rundschau“ wird von „unterrichteter Seite“ mitgeteilt, daß auch Holle ein staatliches Eingreifen in die Gehaltsnormierungen der größeren Gemeinwesen für notwendig halte, um eine „allzu große Spannung“ zwischen den in der Stadt und auf dem Lande gezahlten Lehrergehältern zu verhüten!

So ist wiederum eine Hoffnungsblüte des Liberalismus geknickt worden. Aber deshalb bleibt der Freisinn doch blocktreu! Die Börje will es! —

### Herr Professor Sombart als „marxistische“ Autorität.

Herr Professor Werner Sombart hat jüngst in der Zeitschrift „Morgen“ über Politik und Presse daziert und sich dabei folgendes Urteil über die sozialdemokratische Presse geleast:

„Sagen Sie mir, bitte, verehrter Freund: wie bringen Sie es fertig, regelmäßig die sozialdemokratische Presse zu lesen? Was Sie doch von Rechts wegen müssen, wenn Sie „auf dem Laufenden“ bleiben wollen. Stumpfen die Herzen so ab, daß man immum wird gegen diesen „Sauberdunten“, der feineswegs, wie Sie meinen, Mehting eigentümlich ist, sondern in fast allen sozialdemokratischen Blättern gleichmäßig besteht, ist, alles voran im „Vorwärts“? Es muß wohl so sein. Denn sonst mühten Sie ja krank werden vor Ubel. Wollen Sie aber — als objektive Urteiler — leugnen, daß diese Form der Politik ästhetisch roh ist?“

Jeder, der das Urteil der größeren sozialdemokratischen Blätter und besonders der wissenschaftlichen Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie, der „Neuen Zeit“, über Herrn Sombarts „Werke“ kennt, wird dieses Urteil begreiflich finden: ist es doch die schwerverletzte Eitelkeit, die aus Herrn Sombart spricht. Das hindert jedoch das Blatt des genialen Journalisten Heinrich Kippler, die „Tägl. Rundschau“, nicht daran, der Sombartschen Keuerung mit der ganzen kindlichen Einfalt ihrer unbedenkten Anschuld in politischen Dingen die weise Bemerkung hinzuzufügen:

„Das ist das Urteil nicht eines „Scharfmachers“, sondern eines Marxisten. Es beweist, daß mit der Zeit einer nach dem anderen von den optimistischen Beurteilern der Partei des Klassenkampfes von der Sozialdemokratie abfällt. Nun aber wird Sombarts Autorität für die Sozialdemokratie für immer dahin sein.“

Sombart als „marxistische“ Autorität. Mit demselben Recht könnte Herr Sombart behaupten, wir sähen in Herrn H. Kippler tatsächlich einen „Politiker“ und nicht nur eine höchst lomische Figur. —

### Die Politik als Erwerbsmittel.

Die Junker sind sehr unwillig, daß die Regierung durch die Vorsehensreform den Wünschen der „liberalen“ Börsen- und Handelskreise Rechnung zu tragen sucht. Sie verlangen, damit die Parität gewahrt bleibe, auch für sich einige Vorteile, und tatsächlich scheint der Reichslandtag in seiner Redeneigenenschaft als preussischer Ministerpräsident auch bereits das Mittel gefunden zu haben, den agrarischen Blockfädel zu verflochten. Wie die „Konferv. Korresp.“ berichtet, hat er unmittelbar, nachdem ihm die unglückliche Lage bekannt geworden war, in die die ostpreussische Landwirtschaft geraten ist, das Staatsministerium beauftragt, eine eingehende Untersuchung über die ebdwaltenden Verhältnisse und über die in Betracht kommenden Mittel zur Abhilfe anzustellen.

Die „Konferv. Korresp.“ spricht dem Herrn Ministerpräsidenten bereits ihre Befriedigung für sein Verständnis der agrarischen Ansprüche an den Staatsfädel aus, indem sie hinzusetzt: „Die Landwirtschaft werden dieses Vorgehen mit Dank und Jubel aufzunehmen und auf günstige Ergebnisse sowie auf raschen Verlauf der Untersuchungen hoffen.“

„Günstige Ergebnisse“, d. h. möglichst hohe Entschädigungen. —

### Eine verpuffte Dernburgerei.

Telegraphisch haben wir bereits gemeldet, daß vor dem Landgericht zu Torgau der Genosse Redakteur Fritz Düvell von der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ zu Dresden freigesprochen wurde von der Anklage, Kolonialbeamte Deutschsüdwestafrikas beleidigt zu haben. Ueber die Verhandlung wird uns berichtet:

Die Anklage, auf Grund eines Strafantrags Dernburgs erhoben, stützte sich auf den Bericht des überwachenden Gendarmen

in jener Wählerversammlung zu Fichtenberg (Kreis Liebenwerda), wo Genosse Düvell als Referent geäußert haben sollte:

Die Beamten (in Südwestafrika) hätten machen können, was sie wollten. Schwärze Frauen haben sich ihren Gelassen hingebend müssen, dann seien sie mit der Flugschifferei bearbeitet worden.

Genosse Düvell hatte dem Bericht das Manuskript seines Vortrags übergeben, das diese Worte nicht enthält. Er erklärte, daß er wörtlich nach dem Manuskript gesprochen habe.

Die Notizen des Gendarmen lauteten etwa:

Deutsche Volk — vor der Wahl. — Otto Mund recht voll genommen. — Versprochen alles Mögliche. — Wilde Arbeiter am sein Bürgermeisterherz gedrückt. — Reichstag aufgelöst. — Zentrum 20 Mark. — 40 Proz. Greise und Kinder tot. — Polizei — Breslau. — Viele Millionen verausgabt. — Tippelskirch — Boermann. — Kolonien Durst, Hunger, Typhus. — Dornentwiste. Nicht so viel geliefert als zu den Vorschlägern gehört. — Handel mit Dänemark 3 Millionen. — Arenberg prügelt. Nordet. Weiber verbanen. — Dienstentlassung usw. usw.

Der Gendarm beschwor, die inkriminierten Äußerungen seien gefallen.

Der Verteidiger legte dem Zeugen einige Fragen über seinen Bildungsgang vor. Eine Frage, wo Togo liege, wurde vom Gericht abgelehnt. Die Vorstandsmitglieder des sozialdemokratischen Kreisvereins Torgau-Liebenwerda sowie ein Gendarm aus Fichtenberg, wo Düvell am selben Tage denselben Vortrag gehalten hat, haben die inkriminierten Äußerungen nicht gehört.

Interessant war die Feststellung des Verteidigers, daß der Ueberwachte der Fichtenberger Versammlung bei der Vorvernehmung 18 Belastungszeugen angegeben habe. Vier von diesen waren überhaupt nicht in der Versammlung, drei zehn haben gar nichts gewußt und nur einer konnte zur Hauptverhandlung geladen werden, um dort zu bestätigen — daß er auch nicht viel wisse.

Trotz dieses Ergebnisses hält der Staatsanwalt die Schuld Düvells für erwiesen (!).

Was der Gendarm aussage, sei für ihn allein glaubhaft. Aber auch das eigene Manuskript des Angeklagten enthalte schon schwere Beleidigungen. Mit Rücksicht auf die Vorstrafen Düvells und mit Rücksicht auf die schweren Angriffe, denen in letzter Zeit die verdienten Beamten des Schutzgebietes ausgesetzt waren, müsse er eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten beantragen.

Nach langer Beratung erkannte das Gericht auf Freisprechung.

Die Begründung geschah in einem Satz: Das Gericht habe nicht mehr feststellen können, wie die Äußerung Düvells gelautet habe.

Das Gericht hat also aus eigenem nicht geglaubt feststellen zu können, daß Genosse Düvell die ihm zugeschriebene unfinnige Verallgemeinerung nicht gesagt haben kann. Aber es hat wenigstens den Angaben nicht ohne weiteres zwingende Beweisraft beigemessen, wie der Staatsanwalt wollte. Daß er dieses Annehmen noch nach Verlesung der stümperhaften Notizen des Gendarmen stellen konnte, die auf Schlagenscheit beweisen, daß der Mann nicht instande war, dem Gedankengang des Vortrages zu folgen, zeugt von der schrecklichen Rechtsunsicherheit, die durch das System der polizeilichen Versammlungsüberwachung herbeigeführt wird. —

### Agrarische Bescheidenheit.

Die „Deutsche Tageszeit.“ klagt in letzter Zeit wieder über die sogenannten „Leutenot“ und bringt aus dem Kreise der geistigen Elite ihrer Leser allerlei schöne Vorschläge zur Linderung dieser Not zum Abdruck, die als Beiträge zur Charakteristik des ostelbischen Agrarierturns recht interessant sind. Weisheit und Bescheidenheit, daß sich in gewissen Schichten der Edelfen und Wesen ähnliche Zustände zeigen, wie bei einzelnen Spezies des Hund- und Schafviehs: nämlich eine Vermehrung der Fleisch- auf Kosten der Wollmenge. So stellt z. B. ein Herr Wölhoff folgende Forderungen:

1. Die während einer bestimmten Zeit im Inlande zugelassenen ausländischen Arbeiter, russisch-polnischer, galizischer, ruthenischer oder ungarischer Nationalität, dürfen nur in der Landwirtschaft beschäftigt werden.

2. Die Vermittelung der vorgenannten Saisonarbeiter hat nur durch ein unter staatlicher Aufsicht stehendes Institut zu erfolgen, an das alle die Beschaffung von solchen Arbeitern betreffende Gesuche zu richten sind.

3. Die Arbeiter werden auf Grund eines vom Arbeitgeber auszustellenden Kontraktes, der der Genehmigung des Institutes bedarf, angeworben.

4. Die Arbeiter, die gesund und arbeitsfähig sein müssen, erhalten bei der Anwerbung bei Abgabe ihres von der Heimatsbehörde ausgestellten Passes eine Legitimation, die neben dem Namen des Arbeiters auch den seines zulässigen Arbeitgebers trägt. Die Ausweisepapiere sind bei der Ankunft dem Arbeitgeber auszuhändigen, der wiederum auf Grund dieser Papiere die Anmeldung der ihm zugewiesenen Arbeiter bei der Ortspolizeibehörde bewerkstelligt.

5. Jeder ausländische Arbeiter, der, ohne im Besitze einer derartigen Legitimation zu sein, im Inlande betroffen wird, hat sofortige Ausweisung zu gewärtigen. Dasselbe trifft zu, wenn ein Ausländer, auch wenn er im Besitze des vorgeschriebenen Ausweisepapiers ist, außerhalb seines Beschäftigungsortes vagabondierend betroffen wird. Auf Antrag des Arbeitgebers kann seine Zurückführung in seinen alten Beschäftigungsort erfolgen.

6. Jeder Arbeitgeber, der ausländische Saisonarbeiter beschäftigt, die sich nicht im Besitze des vorgeschriebenen Legitimationspapiers befinden, wird mit Geldstrafe nicht unter 300 M., im Wiederholungsfall mit Gefängnis bestraft.

7. Die Kosten einer Ausweisung eines ausländischen Saisonarbeiters trägt der Staat.

8. Die Arbeiter haben, falls sie sich beim Arbeitgeber in irgend einer Weise benachteiligt glauben, das Beschwerdeverbot. Die Beschwerde hat bei der vom Staate hierzu eingesetzten Behörde zu erfolgen.

9. Wird von ausländischen Arbeitern während der Erntezeit ein Streik herausgeschworen, so haben die Urheber Gefängnisstrafe und daneben die Ausweisung zu gewärtigen. Wir begreifen nicht, warum Herr Wölhoff sich nicht länger gefaßt hat, zumal ihm die Aufstellung der vorstehenden Sätze eine nicht geringe geistige Anstrengung verursacht haben dürfte. Wir würden folgende Fassung vorschlagen:

Der Staat ist verpflichtet, den Agrarier den billigen, willigen und bedürfnislosen ausländischen Arbeiter zu liefern, soweit möglich solche, die keinen Lohn beanspruchen.

Während der Dauer des Arbeitsverhältnisses untersteht der Arbeiter den Disziplinarparagrafen des Militärstrafgesetzbuches.

Findet der Arbeitgeber, daß die Arbeitsleistung der ihm vom Staat gelieferten ausländischen Arbeiter nicht seinen Erwartungen entspricht, so hat der Staat auf Verlangen des Arbeitgebers diesen zu entschädigen.

Alle Anwerbskosten, Hin- und Rücktransporte trägt der Staat. —

### Katholische Landarbeiter-Organisationen.

In den letzten Tagen hat man sich in rheinischen Zentrumskreisen mehrfach mit der Organisation der Landarbeiter beschäftigt. So äußerte sich auf einer Kreisversamm-



lung des Rheinischen Bauernvereins in Grevenbroich General-  
anwalt Dr. Buer, daß die Landarbeiterfrage am besten dadurch  
gelöst werde, daß man die Landarbeiter, vielleicht in Ver-  
bindung mit einer Lebens- und Rentenversicherung, sechsfach  
mache. Gutbesitzer v. Meer sprach sich entschieden gegen  
die Gewährung des Streikrechtes aus, ebenso Gut-  
besitzer Gans. Dagegen war Gutbesitzer Breuer der Meinung,  
daß man sich am besten rechtzeitig um eine Organisation der  
Landarbeiter kümmern solle, damit nicht sozialdemo-  
kratische Verbindungen diese Arbeit besorgten.  
Der Landtagsabgeordnete des Kreises Grevenbroich, Graf Anton  
v. Spee, meint, die ländliche Arbeiter- und Diensthofenfrage  
müsse in irgend einer Form geregelt werden; es sei besser, wenn  
das mit den Bauernvereinen geschehe als gegen diese. Die Organi-  
sation der Landarbeiter werde kommen, wenn nicht als  
christliche, dann als sozialdemokratische. Das  
Recht der Organisation müsse jedem Stande gewährt bleiben, doch  
sei er gegen die Verleihung des Streikrechtes,  
und er glaube auch nicht, daß dieses geschicklich gewährt werde, da  
es unter Umständen doch große Störungen in der Volksernährung  
nach sich ziehen könne.

Die rheinischen Zentrumsagrarier wollen also entweder von  
der Organisation der Landarbeiter gar nichts wissen, oder doch  
die Organisation nur in einer Form zulassen, daß sie den Arbeitern  
nichts nützt. Organisation ohne Streikrecht wollen sie bewilligen,  
d. h. den Landarbeitern das verbotene Messer ohne Klinge geben,  
an dem das Heft fehlt. Vor allen Dingen geht aus den Aeuße-  
rungen der Bauernvereiner hervor, daß es auch bei ihnen nur die  
Furcht vor der Sozialdemokratie ist, die sie ver-  
anlaßt, der Landarbeiterfrage einige Aufmerksamkeit zu widmen.  
Noch deutlicher kam das zum Ausdruck in einer Rede, die Herr  
Rathias Erberger in Aden-Heinrich hielt. Er wies  
auf die neue Gestaltung des Vereins- und Versammlungswesens  
hin, die voraussichtlich alle Koalitionsverbote in Norddeutschland  
aufhebe. Dann sagte er:

„Eine der Folgen eines solchen Geschehes wird sein, daß die  
Sozialdemokratie ihre Agitation mit Wucht  
auf das Land ausdehnt. Sie wird das um so sicherer  
tun, als sie in den Städten alles ausgekostet hat, was ihr  
reichbar ist. (?) Sie wird suchen, auf dem Lode diejenigen  
Rekruten zu werben, die sie in den Städten nicht mehr be-  
kommen kann. Stehen wir einem solchen Wendepunkt gegenüber,  
dann ist es Pflicht der Organisationen, die auf christlichem  
Boden stehen, sich zu überlegen, wie der drohenden  
Gefahr begegnet werden kann. Man darf nicht  
den Fehler wiederholen, der bezüglich der Organisation der  
christlichen Arbeiter gemacht wurde. Wäre diese fünfzehn Jahre  
früher erfolgt, hätten die sozialdemokratischen Gewerkschaften  
nicht den großen Vorsprung erreicht und die christlichen Gewerks-  
schaften heute sicher die erste Million Mitglieder überschritten.“  
Was die Form der Landarbeiterorganisation betrifft, so meint  
Herr Erberger, daß der Unterschied zwischen Industrie und Land-  
wirtschaft berücksichtigt werden müsse; ein Streik zur Ernte-  
zeit sei wohl von einer sozialdemokratischen, nicht aber von einer  
gut geleiteten christlichen Organisation zu be-  
fürchten — womit also auch Herr Erberger die christlichen  
Landarbeiterorganisationen zur Bedeutungslosigkeit verurteilt. —

### Die kommandierenden Generale.

Als der Entdecker des gelobten Landes der Dattelkisten Dorn-  
burg seine Spritztour nach Afrika unternahm, nahm er in seinen Be-  
reitungen auch die „Spezialkorrespondenten“ diverser Zeitungen auf.  
Sollten sie doch dem deutschen Epischer das richtige Verständnis für  
unsere herrlichen Kolonialbeirungen und in ihm die Lust erwecken,  
sein Geld in kolonialen Spekulationen anzulegen. Man kann getrost  
sagen, daß die verschiedenen Spezialkorrespondenten sich die redlichste  
Nähe gegeben haben, die Interessen ihrer Auftraggeber wahr-  
zunehmen. Nur eine betrübliche Erfahrung mußten die kommandie-  
renden Generale“, wie ja einmal die Zeitungsschreiber genannt  
wurden, machen. Während sonst kommandierende Generale hoh  
zu Pferde sitzen, wurden sie nicht einmal für würdig befunden, auf  
einem Esel zu reiten. So schreibt der Vertreter des offiziellen  
Wolffschen Telegraphenbureaus in einem Briefe:

„Die Maulknecht, die wir auf der „Clement Hill“ sahen, sind  
von der Garnison Daresalam auf Anordnung des Gou-  
vernements gefesselt worden. Sie werden den offiziellen  
und halb-offiziellen Teilnehmern an der Expedition  
sowie deren weißer Dienerschaft als Knechte dienen. Nur uns arme  
Zeitungsleute hat das Gouvernement überlassen zu lassen für  
gut befunden; die Gründe entziehen sich meiner Beurteilung.  
Vielleicht halten die Herren in Daresalam es für höchst über-  
flüssig, daß auch wir uns im Lande umsehen.“

Das Scherl-Blatt, dem wir die Schilderung entnehmen, be-  
stätigt aus eigener Erfahrung die Darstellung. Hat doch August  
Scherl natürlich auch einen Spezialkorrespondenten entsandt, der  
sich über ähnliche Jurisdiktion beschwert. Der Minut der Herren  
Korrespondenten ist ganz unangebracht. Die „hohen“ Herren wissen  
schon, wie bürgerliche Zeitungsschreiber zu behandeln sind. So oft  
sie Fußtritte hochgestellter Personen empfangen haben, stets haben sie  
noch den Fuß gefehlt, der ihnen den Tritt verweigerte. —

### Der rehabilitierte Truppenteil.

Nicht durch Soldatenshändereien brutal oder jabsittisch ver-  
anlagter Vorgesetzter, sondern durch schrecklichere Dinge wird der  
gute Auf eines Truppenteils gefährdet. Das Kriegsgericht der  
18. Division (Altona) hatte sich am Dienstag mit einer grotesk  
hingenden Sache zu beschäftigen. Die Anklage lautete: „Ver-  
fügung gegen den Gefreiten der Landwehr 1. Aufgebots R., welcher  
hinreichend verdächtig erscheint, am Sonntag, den 23. Juni 1907,  
zu Bergedorf durch Ungehorsam gegen Befehle in Dienstfachen die  
Gefahr eines erheblichen Nachteils herbeigeführt zu haben, indem  
er, zu einer Uebung beim Lauenburgischen Jägerbataillon Nr. 9  
(Rohrburg) eingezogen, in der Uniform seines Truppenteils in  
einem geschlossenen Umzuge des Gewerkschaftsartikels  
zu Bergedorf-Sande, dessen Mitglieder der sozialdemo-  
kratischen Partei angehören, mitging und dadurch den  
guten Ruf seines Truppenteils in der öffentlichen Meinung  
gefährdete.“ Die Rehabilitation des Jägerbataillons wurde in  
nichtöffentlicher Verhandlung vorgenommen, weil „Ge-  
fährdung militärischer Interessen“ auf dem Spiele standen, wie der  
terminus technicus lautet. Wie aus den vom Kriegsgerichtsrat  
Dr. Bindler geführten Ermittlungen hervorgeht, ist der Ver-  
schuldigte in der Zeit vom 12. bis 25. Juni zu einer Uebung ein-  
gezogen gewesen und ist an dem genannten Sonntag auch nach dem  
hamburgischen Städtchen Bergedorf beurlaubt worden. Als der  
Festzug, von Sande kommend, nach Bergedorf marschierte, hat ein  
Gefangenenaufsicher Anstoß an dem Verhalten des Angeklagten  
genommen, der in voller Uniform im Zuge mitgegangen sein soll.  
Die Anklage erklärt kategorisch: „Die Mitglieder des Artikels  
gehören zur sozialdemokratischen Partei!“ Dann heißt es weiter:  
„Eine Verletzung des Beschlusses im Sinne der Verfügung des  
Generalkommandos über das Verhalten der Personen des Be-  
urlaubtenstandes zu den Bestrebungen der Sozialdemokratie ist an  
Gefangenensache vorschrittsmäßig erfolgt. Der Beschuldigte hat  
zweifellos das Ansehen seines Truppenteils durch sein Verhalten  
erheblich gefährdet und ist daher des Ungehorsams unter Herbei-  
führung der Gefahr eines erheblichen Nachteils hinreichend ver-  
dächtig.“ Uff!

Der Angeklagte erklärte, wie uns mitgeteilt wird, in der  
Hauptverhandlung, daß er nicht im, sondern neben dem Fest-  
zuge hergegangen sei, in dem er Bekannte erblickt habe. Es  
handelte sich um keine sozialdemokratische, sondern um eine ge-  
werkschaftliche Veranstaltung. Er sei sich daher keiner  
strafbaren Handlung bewußt. Das Gericht schloß sich  
aber der Ansicht des Anklagenden an und verurteilte nach  
kurzer Beratung den Angeklagten antragsgemäß zu zwei Monaten  
Gefängnis! Wegen des Urteils ist Berufung eingelegt worden.

## Schweden.

### Das „Landesverteidigungskomitee“ und die Sozialdemokratie.

Die von den Chefs der Armee und der Marine ausgearbeiteten  
militaristischen Pläne, die in der Hauptsache auf eine Verstärkung  
der Infanterie um 24 neue Bataillone, Ausdehnung der Dienst-  
zeit bei der Infanterie und Marine auf 1 Jahr, Bau neuer Kriegs-  
schiffe, neuer Flottenstationen und Seebefestigungen hinauslaufen,  
sollen nun von einem „Verteidigungskomitee“ nach der finanziellen  
Seite hin geprüft „in Uebereinstimmung mit des Reiches  
ökonomischer Tragfähigkeit“ gebracht werden. Die Regierung hat  
dieses Komitee zusammengesetzt aus je 5 Abgeordneten der beiden  
Kammern des Reichstags, 6 militärischen Sachverständigen und  
einem Vertreter der Reichsbank. Staatsminister Lindman hatte  
auch den Genossen Branting, als Fraktionsvorsitzenden der So-  
zialdemokratie, aufgefordert, Mitglied des Komitees zu werden.  
Branting verzichtete jedoch darauf, einem Komitee anzugehören,  
dessen Mitglieder, wie unser Genosse in „Sozialdemokraten“ aus-  
führt, mit gebundenem Mandat nicht etwa die Landes-  
verteidigungsfrage in ihrer ganzen Ausdehnung, sondern nur einen  
großen Plan zu prüfen haben, der eine Verfassung des Militär-  
wesens bezweckt, hunderte von Millionen Kronen erfordert und auch  
sonst dem, was die Sozialdemokratie erstrebt, durchaus widerspricht.  
Dazu kommt noch, daß bei der Zusammenfassung des Komitees die  
Vertreter der im allgemeinen weniger militaristisch gestimmten  
Zweiten Kammer stets durch die Vertreter der Ersten Kammer und  
des Militär- und Marinewesens überstimmt werden können!

## Amerika.

### Eine christlichsoziale Organisation

hat sich in den Vereinigten Staaten gebildet, auf welche die „New  
Yorker Volkszeitung“ die Aufmerksamkeit der Genossen lenkt. „Weil  
viele der tätigen Mitglieder dieser Organisation gleichzeitig  
tätige Mitglieder der sozialistischen Partei sind!“ — Der Haupt-  
sitz der Christlichsozialen ist Chicago, ihr Organ der „Christian  
Socialist“. Dieser gibt auf die Frage, warum die „Christen“ sich  
gesondert organisieren, die folgende Antwort:

„Unsere arbeitsfähigen und materialistischen Genossen haben  
die Kirchenleute mit dem Gedanken erfaßelt, daß sie ihr Christen-  
tum aufgeben müssen, wenn sie Sozialisten werden wollen. Es  
gibt aber Millionen von Kirchenleuten, die wir gewinnen müssen,  
ehe wir das neue System durch unsere Stimmgabeln bewir-  
ken können. Aber sie werden nie für unsere Sache gewonnen  
werden, wenn sie glauben, daß sie die Lehren, die sie ihr ganzes  
Leben lang für heilig gehalten haben, aufgeben müssen. Als  
christliche Sozialisten sehen wir ein für wahre Religion ebenso  
wie für den Sozialismus und geben eine Zeitung heraus, welche  
die Kirchenleute lesen werden. Vor uns ist die mächtige Frage:  
wie erreichen wir diese Millionen? Wenn der „Christian  
Socialist“ die Furcht und das Vorurteil gegen den Sozialismus  
beseitigt, so ist das das beste Propagandaorgan im Felde. Denn  
jedermann, der nichts von Sozialismus weiß, hat diese Furcht  
und dieses Vorurteil.“

Sehr entschieden wendet sich die „New Yorker Volkszeitung“  
gegen diese Ausführungen; sie erklärt, daß es sich bei dieser Be-  
wegung, der viele Geistliche angehören, nicht um eine För-  
derung des Sozialismus durch das Christentum, sondern umgekehrt  
um eine Förderung des Christentums durch den Sozialismus  
handelt, was viele Genossen noch nicht durchschaut haben. Man  
müßte gern aus der Partei eine Art Heilsarmee machen und ihr  
die revolutionäre Energie rauben. Die „Volkszeitung“ warnt  
daher davor, jene Bewegung Einfluß auf die Partei gewinnen zu  
lassen.

Ottawa, 2. Oktober. Die von Japan verlangten Entschädi-  
gungen wegen des gelegentlich der jüngsten antijapanischen Kund-  
gebungen angerichteten Schadens hat die Regierung zu zahlen  
beschlossen. Die Gesamtsumme beträgt 6000 Dollar, welche von der  
Stadt Vancouver an die Regierungskasse zurückgezahlt werden  
müssen.

### Die politische Korruption.

New York, 2. Oktober. In der Straßenschnuruntersuchung  
wurde festgestellt, daß sämtliche Chefs des „4 Millionen-Fonds“  
(3 Millionen Mark) für politische Korruption verschwunden  
sind. Aus ihnen wären die Namen der betreffenden Politiker  
zu erfahren. — Wie weiter gemeldet wird, ergab die Untersuchung,  
daß der Politiker Quigg eine Viertelmillion Dollar  
(1 Million Mark) erhalten hat!

## Die russische Revolution.

### Die Herren Rußlands.

Petersburg, 1. Oktober. (Musk. Kor.) In Asichinow terrorisieren  
die Mitglieder des „Verbandes des russischen Volkes“ die progressiven  
Wähler durch bewaffnete Ueberfälle in unerhörter Weise. Die  
Polizei weist selbst von den Verbändlern verwundete Kläger ab mit  
dem Bemerkten, daß die Verwundeten selbst die Schuldigen zur  
Polizei bringen sollen, sonst könnten Klagen nicht erhoben werden.  
Dieses Vorgehen stellt eine direkte polizeiliche Billigung der Untaten  
der Verbändler dar.

Odessa, 2. Oktober. Die Odessaer antisemitischen Stadt-  
verordneten erklärten in der gestrigen Sitzung des Stadtrats, man  
müsse den „nationalen“ Prinzipien des Verbandes des russischen  
Volkes folgen. Der Stadtrat beschloß infolgedessen eine prozentuale  
Beschränkung der jüdischen Angestellten in den  
städtischen Betrieben. Unter dem Eindruck dieses Beschlusses  
legten viele jüdische Stadtverordnete ihr Mandat nieder.

### Die akademische Jugend.

Petersburg, 2. Oktober. Gestern abend wurde in die  
Universität, wo eine Versammlung stattfand, Militär hinein-  
geführt.

## Aus der Partei.

### Der württembergische Landesparteitag

wird am 6. Oktober in Ehlingen stattfinden. Der Vorstand der  
Württembergischen Landesorganisation wird ihm  
einen ausführlichen Tätigkeitsbericht vorlegen. Der erste  
Teil des Berichts behandelt die Wahlen zum württembergischen  
Landtag im Dezember 1906 bis Januar 1907 sowie die gleich daran  
anschließenden Neuwahlen zum deutschen Reichstag.

Der erste Gang der Landtagswahl am 5. Dezember  
1906 brachte eine Vermehrung der sozialdemokratischen Stimmen auf  
9178 gegen 58721, die im Jahre 1900 für die Sozialdemokratie  
abgegeben wurden. Damit war in bezug auf die Wählerzahl die  
Sozialdemokratie zur stärksten Partei in Württemberg geworden.  
Sie erhielt aber nur 5 Mandate, während die Volkspartei mit 79884,  
die Deutsche Partei (Nationalliberale) mit 57180 und der Bauern-  
bund mit 52792 Stimmen es auf je 8, das Zentrum mit 89547  
Stimmen es gar auf 19 Mandate brachte.

Durch diesen Ausfall des ersten Wahlganges entstand die Ge-  
fahr, daß der neue Landtag eine reaktionäre Mehrheit erhalten  
würde, in der das Zentrum die politische Führung übernahm.  
Deshalb kam das Stichwahlabkommen zwischen Volks-  
partei und Sozialdemokratie zum Abschluß. Von dem  
27 im zweiten Wahlgange zur Vergebung gelangenden Mandaten  
entfielen auf Grund dieses Abkommens sechs auf die Sozialdemokratie  
und zwölf auf die Volkspartei.

Der dritte Wahlgang, die Landesproporzwahl, brachte  
der Sozialdemokratie noch weitere vier Mandate, so daß ihre ab-  
gültige Fraktionsstärke nunmehr fünfzehn ab-  
geordnete aufweist. Wie sehr die Wahlkreisverteilung zu-  
gunsten der Sozialdemokratie wirkte, ergibt die Tatsache, daß  
bei Vergebung aller Mandate durch die Verhältniswahl auf die  
Sozialdemokratie nicht 15, sondern 28 Mandate entfielen wären.

Witten in die Landtagswahlbewegung hinein fielen bereits die  
Vorbereitungen für die Reichstagswahlen. Nicht nur waren  
die agitatorischen Kräfte der Partei durch die seit September mit  
Hochdruck betriebene Landtagswahlagitacion erschöpft, ihre Kas-  
senbestände so gut wie aufgebraucht, sie sah sich zum Ueberflus  
auch noch in einer gänzlich veränderten Frontstellung den  
Gegnern gegenüber, da die Volkspartei es fertig gebracht hatte,  
binnen wenigen Tagen durch ihre Abwanderung zum Block in ein  
enges Bundesverhältnis zur Deutschen Partei zu treten, gegen die  
sie soeben bei der Landtagswahl Schulter an Schulter mit der Sozial-  
demokratie einen erbitterten Kampf hatte führen müssen.

Die ganz gewaltigen Anstrengungen, die in diesem Wahlkampf  
von den gegnerischen Parteien gemacht wurden, haben nicht ver-  
hindern können, daß die für die Sozialdemokratie in Württemberg  
abgegebene Stimmzahl von 99748 im Jahre 1903 auf 115001  
anwuchs. Das Mandat für Stuttgart wurde behauptet, während  
die Mandate für Ehlingen, Göppingen und Wöblingen infolge der  
Schwächung der Volkspartei verloren gingen.

Bei den Stichwahlen entschloß sich die Sozialdemokratie zur  
Ausgabe folgender Wahlparole: Im Wahlkreis Heilbronn für  
Raumann und gegen Bauer und; in den Wahlkreisen  
Wöblingen, Calw und Crailsheim, wo Volkspartei gegen  
Bauer und, und im Wahlkreis Freudenstadt, wo Volkspartei  
gegen Zentrum stand, Wahlenthaltung; im Wahlkreis Wa-  
llingen gegen A. Hausmann und für das Zentrum. Dieser  
letzte Teil der Wahlparole ist vom Genossen Nebel in Essen be-  
mängelt worden. Er hat es so dargestellt, als hätte sich in ihr der  
verlorenen Groß gegen A. Hausmann enthalten, der, in der Ent-  
wickelung zu einem zweiten Eugen Richter begriffen, die Sozial-  
demokratie seit langem mit besonderer Kleinlichkeit und Gehässig-  
keit bekämpfe. Das ist aber nicht richtig. Wäre dem so, dann  
hätte ja das Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und Volkspartei  
schon bei der Landtagswahl ein besonders feindseliges sein müssen.  
Es war aber eher das Gegenteil davon. Nur die politische  
Charakterlosigkeit der volksparteilichen Führer, die die in der Land-  
tagswahl von der Sozialdemokratie angenommenen Dienste bei der  
Reichstagswahl mit einem Fußtritt entlohen zu können glaubten,  
sollte in dieser Wahlparole getroffen werden. Hätte die Parole  
anders gelautet, dann hätte man der Sozialdemokratie Württem-  
bergs mit Recht den Vorwurf machen können, daß sie nichts auf  
ihre Ehre halte und sogar noch die Hand lässe, von der sie ge-  
schlagen wurde.

Ein Partei-Apostat? überschreibt die „Nordd. Volks-  
stimme“ in Bremerhaven einen Artikel, in dem sie die Frage auf-  
wirft, ob ein Herr Viktor Rood der Partei angehöre oder  
früher angehört habe. Herr Rood ist seit einiger Zeit Chefredakteur  
der „Unterweser-Ztg.“, eines Blattes, das nach der Schilderung  
unseres Bremerhavener Parteibüros erst linksliberal war, dann  
mit einer konservativ-agrarischen Politik liebäugelte, um schließlich  
unter der neuen Redaktion in einer verschwommenen Mittelstands-  
politik zu stehen. Zu der Frage: „Ein Partei-Apostat?“ sieht  
sich die „Nordd. Volksstimme“ veranlaßt, da Herr Rood  
in der Nummer 50 der „Neuen Zeit“ eine Artikelserie „Die  
Militärsamstände“ begann, auch früher dort bereits Beiträge  
über die Lage der Zivilberufsmuster veröffentlichte. Die „Nordd.  
Volksstimme“ fragt weiter:

„Wie kommt ein Mann, der bis vor kurzem Zeit — in  
einigen Kreisen vielleicht auch heute noch — als Parteigenosse galt,  
dazu, mit einemmal seine ganze Vergangenheit ab-  
zuschütten und in die Redaktion eines so wechselvollen  
Blattes einzutreten, wie es die „Unterweser“ ist? Wie kann dieser  
Mann, der ein zweifellos befähigter Journalist ist, bei einem  
bürgerlichen Blatte einen Unterbruch suchen, das arge Scharf-  
macher unter seinen Aktionären hat?“

Hat er unter dem Jhonge irgend welcher persönlichen Ver-  
hältnisse lediglich das Amt eines kapitalistischen Soldatenberaters  
übernommen, während sich seine innerste Ueberzeugung, sein besseres  
Selbst dagegen kränkte, den journalistischen Hausnach einer  
kapitalistischen Meinungsfabrik zu machen?

Oder ist er ein Apostat, ein Fahnenflüchtiger, ein Abtrünniger  
geworden, um etwa einmal einen ähnlichen Weg zu gehen wie  
Ray Lorenz und noch so mancher andere?

Oder ist er nie überzeugter Sozialdemokrat  
gewesen und hat es nur, dank seiner Befähigung und Ge-  
wandtheit verstanden, in sozialistischen Pressekreisen  
soviel Einfluß zu gewinnen, um als Mitarbeiter  
bei einer so hervorragenden Revue anzukommen,  
wie sie unsere Wochenschrift „Neue Zeit“ dar-  
stellt?“

Die „Nordd. Volksstimme“ fügt hinzu, daß sie von der Redaktion  
der „Neuen Zeit“ die Mitteilung erhalten habe, daß Herr Rood  
bislang als Parteigenosse gegolten habe. Herr Rood  
selbst jedoch behauptet, wie wir einer unzugänglichen Nummer der  
„Unterweser-Zeitung“ entnehmen, daß er sich nie einer Partei ver-  
pflichtet, insonderheit niemals der sozialdemo-  
kratischen Organisation angehöre habe.

Aus persönlicher Kenntnis können wir dazu erklären: Herr  
Rood hat auch vor etwa zwei Jahren für den „Vorwärts“ einige  
kleinere feinsittenmäßig gefärbte Kolagen geliefert. Er — der von  
Veruf Russler ist — bekundete damals das Bestreben, auf  
dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehende Organisation  
der Zivilberufsmuster fördern zu helfen. Ueberhaupt gewonnen  
wir aus seinem ganzen Auftreten den Eindruck, daß er sich als  
Sozialdemokrat fühle. Herr Rood jedoch erklärt, daß er wohl „viel-  
fach die Tendenz der wissenschaftlichen Sozialdemokratie  
billige“, sich jedoch niemals als Angehöriger der Partei be-  
trachtet habe.

Wir wollen darüber nicht mit ihm rechten. Auch glauben wir,  
daß er kein Apostat ist, sondern bei seiner nächsten Verührung mit  
der Partei deren Weisen zu wenig begriffen hat, um sich der  
unmöglichen Situation völlig bewußt zu sein, in die er sich — der  
bermeintliche Anhänger des wissenschaftlichen Sozialismus — durch  
Uebernahme der Redaktion eines mittelständereiterischen Blattes  
gebracht hat.

Herr Rood wird aber hoffentlich doch wohl begreifen, daß er —  
dessen persönlichen Charaktereigenschaften wir in keiner Weise nahe-  
treten wollen — nicht gleichzeitig Leiter eines die Sozialdemokratie  
bekämpfenden Blattes und Mitarbeiter sozialdemokratischer Zeit-  
schriften sein kann.

### Ein guesdiftisches Wochenblatt.

Paris, 1. Oktober. (Fig. Per.)  
Am 8. November wird in Paris ein neues sozialistisches Wochen-  
blatt erscheinen, das „La Socialisme“ heißen und unter der Leitung  
Jules Guesdes stehen wird. Dieser Name zeigt schon an, welche  
prinzipiellen und satirischen Auffassungen das Blatt vertreten wird.  
Man darf wohl sagen, daß seine Herausgabe ein lange empfundenes  
Bedürfnis erfüllt. Es war eine Absonderlichkeit, daß eine über-  
aus klar angelegte Richtung in der Partei, die auf den  
Parteitagen über nicht viel weniger als die Hälfte der Stimmen  
verfügt, eines Diskussions- und Propagandaorgans entbehre. Im  
Zugeblatt der Partei, der „Quinzième“, kommt, wie man weiß, und



man könnte auch sagen natürlcherweise, vor allem der Janrds  
tastehende Kreis zu Worte und wenn auch seitartiller aller  
Nichtungen herangezogen sind, drückt ihm namentlich die Redaktion  
selbst das Gepräge der Tendenz auf, die in Dimoges und Rancy  
die Mehrheit gefunden haben. Und in der allen Richtungen geöffneten  
„gewerkschaftlichen Tribune“ der „Humanität“ findet man tatsächlich  
zumeist antipolitische Spindalisten, die die Kooperation  
der Gewerkschaft mit der Partei heftig zurückweisen.  
Das offizielle Wochenblatt der Partei aber, der „Socialiste“,  
ist in einem mit dem Wachstum der Partei steigendem Maß mit  
Berichten und Mitteilungen administrativer Natur angefüllt. So  
kann das Erscheinen des neuen Wochenblattes allen denen will-  
kommen sein, die — ohne Unterschied ihrer besonderen Meinungen —  
von einer alle Probleme des Sozialismus erfassenden Diskussion die  
Förderung der Parteibewegung erwarten. Darum ist auch nichts  
einschränkender, als wenn die bürgerlichen Blätter aus diesem Anlaß  
über eine bevorstehende neue Spaltung der Partei orakeln. Die  
Herausgabe der querschnittlichen „Socialiste“ wird die Parteieinheit so  
wenig beeinträchtigen, wie es die extrem-revisionistische Diktation der  
„Nouve Socialiste“ getan hat. Daß der französische Sozialismus  
neben Organen, die, wie das „Mouvement Socialiste“ und die  
Herbische „Guerre Sociale“, schon jenseits der Grenze des Anarcho-  
Sozialismus stehen, nun auch eines haben wird, das in der heute  
dringenden Frage, der des Verhältnisses der Partei zu den Ge-  
werkschaften, den Standpunkt des Stuttgarter Kongresses vertreten  
wird, bringt nicht die sozialistische Partei ins Wanken, sondern stellt  
vielmehr in ihrem intellektuellen Organismus erst das Gleich-  
gewicht her.

### Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

**Strafents der Presse.** Wegen Beleidigung eines Baumeisters  
wurde der Genosse Max Müller von der „Volkstimme“ zu  
Ehement vom Schöffengericht zu 14 Tagen Gefängnis  
verurteilt. Die Begründung sagt, daß die bisherigen Geldstrafen  
auf den schon wiederholt bestraften Angeklagten ohne besse-  
rende Wirkung geblieben sind, auch würde durch die Geldstrafe ein Un-  
beteiligter getroffen, da M. die Geldstrafe nicht selbst bezahle. Des-  
halb sei auf Freiheitsstrafe erkannt worden, von der das Gericht  
— — aber auch keine besse-  
rende Wirkung erwartet!

### Gewerkschaftliches.

#### Das Ende vom Liede.

Man schreibt uns aus Senftenberg unter dem 2. Oktober:  
Die Arbeitswilligen, die man mit so viel Liebe und  
Mühe geholt und behandelt hatte, haben die ganze Stadt  
in Aufruhr gebracht. Gestern abend zog ein Trupp dieser  
„Edelsten und Besten“ vor das Rathaus; lärmten, johlten  
und verlangten Nachquartier vom Bürgermeister. Ein hoch-  
wohlwollender Rat der Stadt Senftenberg wußte sich nicht  
anders zu helfen, als die gesamte Polizeimannschaft bis zum  
letzten Gerichtsdienere und Nachtwächter mobil zu machen.  
Vergeblich. Hunderte von Neugierigen hatten sich eingefun-  
den. Am Markt und in den angrenzenden Straßen standen  
die Bürger, eifrig debattierend. Endlich erschienen „Be-  
rittene“. Planmäßig wurde zum Angriff vorgegangen. Daß  
es dabei nicht ohne leichte Zusammenstöße abging, versteht  
sich am Rande. Die Gendarmenpferde tänzelten auf den  
Trottoiren umher und die ehrbaren Spießer waren ganz  
aus dem Häuschen. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorge-  
nommen — aber Geld oder Obdach bekamen die Arbeits-  
„unwilligen“ nicht. Wo sie endlich geblieben sind, weiß man  
nicht. Der beste Helfer bei dieser Tragikomödie war ein leise  
einsprechender, später heftiger werdender, dann wieder nach-  
lassender, sanfter und warmer Regen. Auch noch nach  
werden? Und die Spießer verschwand einer nach dem  
anderen. Nur die liebe Stadtpolizei hatte ihre heilige Not,  
die Schuster- und Bäckerjungen, die sich die erwünschte Ge-  
legenheit zur „Gaudi“ nicht entgehen ließen, zu Hause zu  
bringen. Manchen Spaß hats dabei gegeben.

Die Gendarmerie ritt indessen zum Tore hinaus.  
Draußen in den Werkstätten und Kantinen gab's Arbeit.  
Die fremden Gäste verstanden mit Bierflasche und Schnaps-  
bulle besser umzugehen, wie mit Hade und Schaufel. Sie  
hatten tüchtig einen „in der Krone“ und verlangten Geld.  
Sie seien betrogen und beschwindelt worden, bis 8 Mk. sollten  
sie verdienen, freie Verpflegung sollten sie haben, gesunde  
und geräumige Wohnungen wären vorhanden, herrlich würde  
es sein. — Da kamen sie in elende Höhlen, deren Schmutz  
und Stank man roh überlächelt hatte. Das Erwachen war  
fürchterlich. Darum geberdeten sich die, so da geglaubt  
hatten, eine Ferienreise nach dem Kanaan der Niederlausitz zu  
machen, wie die Wilden. Der Schaden, der angerichtet wor-  
den ist, läßt sich bis jetzt noch gar nicht übersehen.

Heute reisen die Arbeitswilligen in kleinen Trupps nach  
allen Richtungen ab. Einzelne versuchen auch den Vorsitzenden  
der Unternehmervereinigung, Herrn Direktor Schumann  
von den „Ise“ werken, zu sprechen, weil sie diesen für ihr  
Herkommen verantwortlich machen.

Um 11 Uhr haben die Unternehmer Sitzung. Mit Rück-  
sicht darauf hat der Direktor der „Hensels Werke“ die Aus-  
scheidung bereits gebeten, zu arbeiten. „Es müsse sich nun  
entscheiden.“ Durch den total mißglückten Massentransport  
hat sich die Situation von Grund aus verschoben; sie steht  
für die Streikenden so günstig wie nie vorher. Zu den  
Auskundigen sind gestern 50 Mann der „Holen“-Werke ge-  
kommen, ebenso haben sich auf fast allen Werken die Ar-  
beitenden verringert, so daß die Produktion bis auf ein  
Minimum herabsinkt.

Eine Anzahl Versammlungen finden heute nachmittag  
im Auslandsgebiet statt, in der die Lage beraten werden soll.  
Als echtes Streikbrechervermittlungsinstitut hat sich —  
wie sich jetzt herausstellt — die Wach- und Schließ-  
gesellschaft in Essen wieder einmal „glänzend“ be-  
währt. Sie ist es gewesen, die die Leute angeworben, die  
Agenten haben ihr als Zutreiber gedient! Kontrakte hat  
man den Leuten kaum vorgelesen, in die Hände haben sie keine  
bekommen, aber eine Liste mußten sie unterschreiben und die  
Papiere einschließlich Invalidenkarte hat man ihnen abgenommen. Geld hatten sie auch keins und die  
Erregung und Verzweiflung der Leute, die sich betrogen sahen,  
ohne Sachen, Geld, Papiere und Obdach dastanden, ist be-  
greiflich. Findet sich kein Staatsanwalt, der  
diesem Treiben ein Ende macht?

#### Berlin und Umgegend.

##### Tarifbestrebungen in der Kartonindustrie.

Es war am 18. April dieses Jahres, als eine Branchen-  
versammlung der Kartonarbeiter und -arbeiterinnen Berlins der  
Ortsverwaltung des Bundesverbandes und der Branchenleitung  
den Auftrag erteilte, mit dem Prinzipalverbande zwecks Abschluß  
eines allgemeinen Tarifvertrages in Verbindung zu treten. Da für  
die Kartonarbeiter bereits ein Tarifvertrag bestand, so handelte es  
sich hierbei hauptsächlich um Festsetzung von Minimallohnen für die  
Zuschnneider und die Arbeiterinnen, sowie eines Akkordtarifes,  
Regelung der Arbeitszeit und des Beurlaubens oder -unwesens,  
Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inzeratenteil verantw.:  
Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Fortwärts-Druck- u. Verlagsanstalt

Bei dem vor allem Lehnmädchen in Frage kommen, die in  
der Kartonindustrie besonders rücksichtslos ausgebeutet werden.  
Auch hinsichtlich der Heimarbeit, die in diesem Industrie-  
zweig ungefähr 700 Arbeiterinnen umfaßt, mußte etwas  
geschehen. Auf die Einladung zu Verhandlungen erweiterte  
Herr Dite, der Vorsitzende des Prinzipalverbandes, daß vor  
Mitte August eine Zusammenkunft nicht möglich sei. Die Kar-  
tonarbeiterin, die seit einer Reihe von Jahren bewiesen hat, daß sie  
auch die elendesten Arbeits- und Lohnverhältnisse gleichmütig zu  
ertragen vermag, wartete denn auch geduldig den ganzen Sommer  
über und ließ auch den August verstreichen, ohne daß die Prinzipale  
auf die Sache zurückkamen. Auf wiederholte Anfrage traf dann  
am 12. September die Antwort ein, daß die Prinzipale zu ihrem  
„Bedauern“ den Vorschlägen und Wünschen nicht näher treten  
könnten. Die gefährliche Situation sei derartig ungünstig und im  
Niedergange begriffen, daß es zurzeit nicht anging sei, ein-  
schränkende Änderungen vorzunehmen. Die Festsetzung eines  
Akkordtarifs für die Bezugsbranche müsse man als gänzlich un-  
durchführbar ansehen.

Jetzt fand nun im „Englischen Garten“ eine Branchenver-  
sammlung der Kartonarbeiter und -arbeiterinnen statt, in der die Antwort  
des Schupverbandes der Berliner Kartonfabrikanten — so nennt sich  
die Prinzipalorganisation — auf der Tagesordnung stand. Der  
Branchenleiter Schade gab den Bericht. Bemerkenswert ist, daß  
die Kartonfabrikanten von jeder, wenn eine tarifliche Regelung der  
Arbeitsbedingungen angestrebt wurde, bittere Klagen über un-  
günstigen Geschäftsgang und Niedergang der Industrie anstimmten  
und behaupteten, daß aus diesen Gründen ein Entgegenkommen un-  
möglich sei. Dabei hat sich die Kartonindustrie Berlins immer  
weiter entwickelt, neue Fabriken sind emporgeblüht, und die Unter-  
nehmer heimlich trotz der in ihren Reihen herrschenden Schmutz-  
konkurrenz noch ganz erträgliche Gewinne ein. — Der Redner brachte  
folgende Resolution in Vorschlag:

„Die Versammlung nimmt mit lebhaftem Bedauern die ab-  
lehrende Antwort der Prinzipale entgegen. Sie hält die Gründe  
der Ablehnung für ganz unzutreffend und beauftragt die Orts-  
verwaltung und Branchenleitung, nochmals mit den Prinzipalen  
in Verbindung zu treten. Sie erwartet, daß die Prinzipale nun  
mehr Entgegenkommen zeigen werden als bisher. In der ab-  
lehrenden Antwort sieht die Versammlung einen weiteren Ansporn  
zum Ausbau der Organisationsverhältnisse. Sie verpflichtet alle  
Anwesenden, dafür zu sorgen, daß in absehbarer Zeit alle Arbeiter  
und Arbeiterinnen der Organisation angehören.“

Diese Resolution wurde nach lebhafter Debatte gegen zwei  
Stimmen angenommen. Die Gegner der Resolution wünschten, daß  
sofort etwas energischer vorgegangen werde. Die Mehrheit war  
jedoch der Meinung, daß zuvor noch eifriger agitiert werden müsse,  
um eine stärker besuchte Versammlung zustande zu bringen. Be-  
achtenswerte Ausführungen machte auch der Verbandsvorsitzende  
Klotz. Er wies unter anderem darauf hin, daß in erzgebirgischen  
Kleinstädten, wie in Annaberg-Buchholz, wo es lange Jahre erbärm-  
lich mit der Kartonarbeiterschaft bestellt war, jetzt der größte Teil  
organisiert ist und durch energisches Vorgehen annehmbare Tarif-  
verträge erzielt hat, eine erfreuliche, aber für die Kartonarbeiter  
und -arbeiterinnen Berlins beschämende Tatsache, die jedoch beweist,  
daß auch hier endlich die Organisationsarbeit ihre Früchte tragen muß.

**Achtung, Schuhmacher!** Die Differenzen bei der Firma  
G. Klauß, Stallschreiberstr. 4, sind geregelt und ist am Mittwoch  
die Arbeit wieder aufgenommen worden.

Verband der Schuhmacher. Ortsverwaltung Berlin.

**Die Differenzen in der Zuckerwarenfabrik von Kurz u. Co.,**  
Reinickendorferstr. 63, dauern unverändert fort. Bis jetzt sind einige  
unbedeutende Arbeitswillige, darunter ein Heizer, der mit Saal und  
Bad seinen Einzug auf dem Geschäftswagen der Firma hielt, zu  
verzeichnen, die sich mit dem Herrn Chef im Schweiße ihres  
Gesichts abmühen. Zugung ist streng fernzuhalten. — Arbeiterfreundliche  
Blätter werden um Abdruck gebeten. Den Arbeitswilligen gibt man  
bedeutend mehr als die Streikenden überhaupt verlangt haben.  
Zentralverband der Bäcker und Konditoren.

**Zur Bewegung der Marmorarbeiter.** Wir veröffentlichten vor  
einigen Tagen ein Rundschreiben des Unternehmerverbandes, nach  
dem die Arbeiter eine Erhöhung des Akkordtarifes um 15 Proz. ab-  
gelehnt hätten. Die Streikleitung hat dazu zu erklären, daß den  
Arbeitern eine Erhöhung von 15 Proz. nie angeboten wurde, nicht,  
wie es in unserem Blatte infolge eines Fehlers hieß, 40 Proz.

#### Die „Stieger“ unter sich.

Nach Beendigung der diesjährigen Bäderbewegung suchten die  
Innungsmeister den Ausgang derselben als einen Sieg von ihrer  
Seite anzuschreiben. Wie es in Wirklichkeit im Lager der „Stieger“  
ausfiel, zeigte jüngst eine Innungsversammlung in Rixdorf. Die  
Bäderinnungen suchen nämlich jetzt aus der unzweifelhaften  
Niederlage, die sie sich trotz allen gegenteiligen Bescheides zuge-  
zogen haben, zu retten, was noch zu retten ist. Ganz besonders ist  
ihnen der paritätische Arbeitsnachweis des Gesellen-  
verbandes, der sich nach dem Streik in großartiger Weise entwickelt  
hat, ein Dorn im Auge. Auf alle mögliche Weise versuchen sie  
denselben unmöglich zu machen. Nun haben sie einen Innungs-  
Zentralarbeitsnachweis eingerichtet, in dem die beiden großen Ber-  
liner Innungen die ausschlaggebende Rolle spielen und der auch  
nur den betreffenden Innungsmeistern unterstehen soll. Die  
Zwangsinnungen wollen nun ihre Mitglieder unter Androhung  
von Strafen von 20 Mk. zwingen, ausschließlich diesen  
Arbeitsnachweis zu benutzen.

Auch der Vorstand der Zwangsinnung Rixdorf setzt alle  
Gebel in Bewegung, um diesen Innungsarbeitsnachweis zur An-  
nahme zu bringen, findet aber begreiflicherweise bei den Bäder-  
meistern Widerstand, die seinerzeit sich ehrenvolllich verpflichteten,  
ihre Gesellen nur durch den paritätischen Arbeitsnachweis zu be-  
ziehen.

Am 1. Oktober hatte nun der Innungsvorstand eine Innungs-  
versammlung zu Köppler, Rixdorf, Bezirk 147, eingeladen, um  
über die Beteiligung an dem Zentralarbeitsnachweis zu be-  
schließen. In dieser Versammlung kam es nun zu äußerst tur-  
bulenten Szenen. Obermeister Ede hatte sich die Scharfmacher  
Schmidt und Müller aus Berlin kommen lassen, die den  
ziemlich verfahrenen Rixdorfer Innungsleuten aus dem Sumpf  
ziehen sollten. Die Bädermeister von Rixdorf, welche bewilligt  
haben, aber während des Streiks durch Strafbefehle von 20 Mk. bei  
jeder Kleinigkeit, Hefebrotstücken usw. fast zur Verzweiflung getrieben  
wurden, wollten sich aber auch von diesen Herren nicht darüber be-  
lehren lassen, daß mit dieser neuen Bestimmung nicht eine neue  
Rute auf ihren Rücken geflochten werden soll. Laut und energisch  
protestierten sie gegen die Anwesenheit dieser Leute, die der Innung  
Rixdorf nicht angehören. Müller zog es beizeiten vor, sich zu  
drücken; Obermeister Schmidt Berlin blieb aber. Der die Ver-  
sammlung leitende Obermeister Ede ließ abstimmen, ob der Ber-  
liner Schmidt sein Referat halten solle oder nicht. Obgleich das  
Referat der Abstinenz mehr als zweifelhaft war, erklärte er  
aber, daß die Majorität den Schmidt anhören wolle und erteilte  
ihm auch sofort das Wort. Darob erhob sich ein gewaltiger Tumult.  
Nun wurde die Handnachschrift angedruckt und einige  
Bädermeister, die der Innung besonders verhaßt waren, wurden  
hinausbesördert. Dabei kam es zu Schlägereien. Endlich erschien  
ein Polizeiaufgebot, was die Gemüter einigermaßen beruhigte.  
Nun erst konnte Obermeister Schmidt sein Referat halten, oft  
genau durch Zwischenrufe unterbrochen. Er erklärte, daß er an  
solche Szenen gewöhnt sei und sich dadurch nicht aus der Ruhe  
bringen lasse. „Dickschädel“ rief man ihm zu. Beim Streik seien  
viele Meister aus Berlin o. zu ihm gekommen, die gewinkt haben.  
Er habe ihnen aber nicht helfen können. Daß er das alte Märchen,  
daß Schmidt, Schneider und Genossen den Zentralarbeits-  
nachweis beherrschten und für ihre Zwecke benutzen wollten, wieder  
aufwärme, ist selbstverständlich. Der künftige Arbeitsnachweis  
müsse im Interesse der Gesellen den Innungen verbleiben. Er ver-

gaß aber darauf hinzuweisen, daß sich die Innungsvorstände bis  
ausdrückend verhalten haben. Er vergaß  
weiter, auf die bereits schon gerichtlich festgestellten Durchstechereien  
eines der skrupellosen Arbeitsvermittler hinzuweisen, der sich  
noch immer im Amt befindet und bei der Innung noch im hohen  
Ansehen steht.

In der Diskussion ging man nun sowohl mit Schmidt als  
auch mit Ede scharf ins Gericht. Schmidt solle lieber mehr  
Sorgfalt auf seine Innungszeitung verwenden, die nur mit  
Annoncen über Bäderverkaufe, Berichten über Vereine von  
Bädermeisterjahren usw. angefüllt sei, während wissenschaftliche  
und sonstige Artikel vollständig fehlen. Bei der Lohnbewegung habe  
man die Meister, die unter dem Druck des Boykotts bewilligen  
mußten, in geradezu raffinierter Weise schikaniert. Der Innungs-  
vorstand habe seine Macht geradezu nur zu dem Zwecke gebraucht,  
um die Innungsmitglieder durch fortgesetzte Drangsalierungen  
zur Verzweiflung zu treiben. — Ede als Obermeister der  
Innung rechtfertigt dieses Vorgehen damit, daß doch den Innungs-  
vorstandsmittgliedern drei Viertel der Kundenschaft weggeblieben  
sei. Darüber sei der Vorstand so entpört gewesen, daß er mit  
geradezu drakonischen Strafen gegen die Meister vorgegangen sei,  
welche bewilligt hatten. Endlich wurde zur Abstimmung über den  
Antrag des Innungsvorstandes geschritten. Das Resultat war  
die Ablehnung desselben (!) und damit erreichte diese  
für die Innung in vieler Hinsicht charakteristische Versammlung  
ihre Ende. Jede Gesellenversammlung, die auch nur den zehnten  
Teil des Treubels in dieser Versammlung zeitig hätte, wäre  
eine Gnade der Auflösung verfallen. Doch den staatsberathenden  
Bädermeistern kann man ja unmöglich zumuten, andere Manieren  
in ihren Versammlungen zu befolgen.

#### Deutsches Reich.

**Achtung, Formier!** In der Metallgießerei von Lumig (Inhaber  
Melzer) zu Eberswalde sind wegen Akkordabzüge Differenzen aus-  
gebrochen. Zugung von Formern ist streng fernzuhalten.

Deutscher Metallarbeiterverband, 8. Bezirk.

#### Knappheitsreform — noch keine Entscheidung.

Die entscheidende Generalversammlung des Bochumer Knapp-  
schaftsvereins, in welcher ein neues Statut angenommen und über  
die Schaffung eines Rückversicherungverbandes entschieden werden sollte,  
tagte am 28. v. M. in Bochum. Vorher hielten die Kellerten sän-  
dlicher Arbeiterorganisationen noch eine gemeinsame Sitzung ab,  
in welcher einstimmig der Beschluß gefaßt wurde, falls die Werks-  
vertreter kein weiteres Entgegenkommen zeigten, das Statut ab-  
zulehnen. — Verghauptmann Liebrecht wie auch Geheimrat Ober-  
berggrat Dr. Steinbrink hielten die Lage für zu wenig geklärt, als  
daß zur Abstimmung geschritten werden könnte, und beschränkten  
die Abstimmung. Während dieser Zeit sollen neue Ver-  
handlungen gepflogen werden. Demgemäß entscheidet die Versam-  
lung und wählt eine Kommission von 14 Vertretern, sieben Werks-  
herren und sieben Kellerten, die unter Mitwirkung Dr. Steinbrinks  
die sofortigen Beratungen wieder aufnehmen. Fortsetzung der General-  
versammlung am 12. Oktober.

### Letzte Nachrichten und Depeschen.

#### Die „nützlichen Elemente“ in Senftenberg.

Senftenberg, 2. Oktober. (Privatdepesche des „Vor-  
wärts“.) Heute haben sich hier die Krawalle der Streif-  
brecher wiederholt. In großer Anzahl zogen sie vor das Rat-  
haus. Dreißig Berliner Schulkleute sind zur Verstärkung der  
hiesigen Polizeibeamten und Gendarmerie hier angekommen.  
Ein Streikbrecher hat den Direktor von Hensels Werken mit  
dem Messer gestochen. Am Abend kam es zu großen  
Tumulten der Arbeitswilligen. Die Gendarmen haben mit  
blanker Waffe eingehauen, Verhaftungen in großer Zahl  
wurden vorgenommen. Die Geschäftsinhaber haben wegen  
der Unruhen ihre Läden geschlossen. Die Unternehmer, sehr  
wenig erbaud durch die herangezogenen „arbeitswilligen  
Hilfskräfte“, haben eine Sitzung gehabt, über deren Resultat  
noch nichts bekannt ist. Auch die Streikenden hatten heute  
Versammlungen, in denen beschlossen wurde, erneut Ein-  
igungsverhandlungen anzubahnen.

Das offiziöse Wolffsche Bureau versendet  
folgende Meldung:

Senftenberg, 2. Oktober. Infolge der Bergarbeiterbewegung  
ist es zu Ausschreitungen gekommen. Heute nachmittag wurde  
der Direktor eines Werkes von drei Arbeitern überfallen und  
durch Messerstiche schwer verletzt.

Kein Wort davon, daß die Streikbrecher die  
Tumulte begehen, kein Wort davon, daß ein Streif-  
brecher das Attentat auf den Direktor verübte! Die  
Leier der bürgerlichen Blätter werden durch diese tenden-  
ziöse Art der Berichterstattung in den falschen Glauben  
versetzt, daß Streikende die Exzesse begangen hätten.  
Und das ist wohl auch die Absicht. Denn sonst könnte die  
Reichslügenverbandspresse nicht über Robeitzbergen strei-  
kender Arbeiter zetern und die Blätter vom Schlege der  
„Post“ usw. nicht größeren Schutz der Arbeitswilligen ver-  
langen. Diese Meldung ist ein Musterbeispiel, wie man in  
bürgerlichen Kreisen Tatsachen meldet und doch die Wahrheit  
unterklagt.

#### Mordprozess Niederhofer.

München, 2. Oktober. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Nach  
achtägiger Verhandlung erklärten heute die Geschworenen den Zirkus-  
direktor David Niederhofer für schuldig, den Kaufmann Bernhard  
Hentschel im Zirkus Bavoria im Mai 1904 ermordet und be-  
traut zu haben. Niederhofer wurde ferner für schuldig der  
Wechselstichung und des Betrugs erklärt. Das Urteil des Gerichts  
lautete auf Todesstrafe wegen Raubmordes und schweren Raubes  
sowie auf fünf Jahre Zuchthaus wegen Betrugs und Wechsel-  
stichung. Außerdem wurde die Aberkennung der bürgerlichen Ehren-  
rechte ausgesprochen.

#### Nachklänge vom Aufstand in Swenburg.

Petersburg, 2. Oktober. (B. L. B.) Heute ist in Sachen der  
Kampfsorganisation der russischen sozialdemokratischen Arbeiter-  
partei, von welcher am 19. September zahlreiche Mitglieder wegen  
Hervorrufung des Aufruhrs in Swenburg und Anreizung zum be-  
waffneten Aufruhr in Kronstadt vor Gericht gestellt worden waren,  
das Urteil gefällt worden. 18 Personen wurden als schuldig erkannt  
und zu Zwangsarbeit von 4 bis 7 Jahren, der am schwersten be-  
lastete Bergingenieur Maloselow zu 8 Jahren verurteilt,  
16 Angeklagte sind freigesprochen worden.

#### Hagelschlag in der Pfalz.

Ludwigshafen, 2. Oktober. (B. L. B.) Nach dem Pfälzischen  
Kurier wurden gestern in der Nähe von Frankenthal die Gemar-  
kungen von Heudelheim, Weindersheim, Groß- und Klein-Niedes-  
heim von einem furchtbaren Hagelschlag heimgesucht. Hagel-  
körner fielen in der Größe von Taubeneyern nieder, Hunderte  
von Fensterscheiben wurden zertrümmert. Die Felder wurden zer-  
stört, die Trauben in den Weinbergen zerquetscht und alle noch  
auf den Feldern befindlichen Früchte vernichtet. Auch aus Orten  
in Rheinhessen und Oberhessen werden schwere Beschädigungen  
der Fluren durch das gestrige Unwetter gemeldet.

Auf Singer & Co., Berlin SW, Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsblatt



Verein für Sozialpolitik.

Telegraphischer Bericht.

Magdeburg, den 2. Oktober 1907.

In der heutigen Schlußsitzung erfolgte die Besprechung der gestrigen drei Referate über die „Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte der Städte“.

Als erster Redner sprach Geh. Rat Professor Dr. Rosin-Freiburg. Im Gegensatz zu dem Referenten Loening betont er: die Gemeinde ist eine eigene, selbständige Persönlichkeit, die Orts-polizei ist ein der Gemeinde zukommendes Recht. Die Sächsische Städteordnung hat den prinzipiellen Wirkungsbereich beengt, und die preussische Städteordnung sowie das preussische Verwaltungsrecht betrachten die Gemeinde grundsätzlich nur als Wirtschaftsverband, die obrigkeitliche Verwaltung, insbesondere die Ortspolizei, als Aufgabe des Staates. Durch diese Scheidung müssen sich Reibungen ergeben. Unser heutiges Verwaltungsrecht ist zu dem falschen Standpunkt gelangt, daß grundsätzlich die Polizei Aufgabe des Staates ist und daß die Polizeigewalt von staatlichen Funktionären ausgeübt werden muß. Die theoretische Auffassung, daß Befehle und Zwänge ausschließlich Monopole des Staates sind, lasse sich aber historisch nicht begründen. Denn der moderne Staat ist kein Feudalstaat mehr. Die Gefahr einer parteimäßigen Handhabung der Polizei der Städte ist durchaus unbegründet, wie auch die Berichte aus Schleswig-Holstein und Hannover beweisen. Es ist aber nötig, daß die Gemeindevertretungen so zusammengesetzt sind, daß sich in ihnen die soziale Gerechtigkeit verleiht. Je mehr diese soziale Gerechtigkeit zur Geltung kommen wird, desto weniger wird die Einwirkung der Aufsichtsbehörde notwendig sein. Was 1808 notwendig war im Interesse einer Konzentrierung der Staatsmacht, kann 1908 bei einer Neubildung der Städteordnung, nachdem die Städte gezeigt haben, was sie leisten können, überflüssig sein. Die Ortspolizei ist grundsätzlich den Gemeinden zu übertragen. Es wäre höchstens zu prüfen, für welche Zweige der Ortspolizei die Nachmittel der Stadt selbst anzureichen und für welche Zweige größere Verbände oder der ganze Staat nötig ist. Dahin gehören die Sicherheitspolizei, vielleicht auch einzelne Zweige der Verwaltungspolizei. Diese Teilung darf aber nicht nach dem Mittel, sondern sie muß nach dem Zweck erfolgen. Soll die Stadt ihr Haus wohnlich einrichten für ihre Mitbürger, dann muß sie auch Herrin im Hause sein. Ueber die praktische Organisation der Polizei bestimmt der Staat und seine Gesetzgebung. Die kollegialen Organismen werden aber in ihrer Wirkung bleiben bei der Bewilligung von Mitteln, bei der Kontrolle der Exekutive und beim Erlaß allgemeiner Regularien. Der Staat muß die Amtsaufsicht haben, aber sie muß beschränkt sein lediglich auf die Kompetenz. Das fehlt aber eine Revision unseres materiellen Polizeirechts in Preußen voraus. Die Revision unserer kommunalen Polizeigesetze muß so gestaltet werden, daß die Städte, nachdem sie gezeigt haben, daß sie reiten können, auch das blanko Schwert der obrigkeitlichen Gewalt in die Hand bekommen. Dann werden die Städte zeigen, daß sie auch kämpfen können, kämpfen für die soziale Wohlfahrt! (Lebhafte Beifall.)

Rivatdozent Dr. Singheimer-München: An der Spitze aller heutigen Erörterungen muß die Frage des kommunalen Wahlrechts stehen. Das ist die Frage, derenwegen wir hier nach Magdeburg gekommen sind. Was uns gestern Herr Professor Loening geboten hat, war eigentlich ein Torso. Man mußte nicht, ob er ein modifiziertes Dreiklassenwahlrecht, ob er ein Pensusrecht oder ob er ein Pluralwahlrecht haben wollte. Er hat sich nur in negativem Sinne in schärfster Weise gegen das Postulat des Reichstagswahlrechts ausgesprochen. Ich stelle mich als Anhänger dieses Schredgesenstes vor. Ich verlange in Uebereinstimmung mit dem Programm der Sozialdemokratie, der Nationalsozialen und der deutschen Volkspartei die Einführung des Reichstagswahlrechts, abhängig von einer einjährigen Aufenthaltsfrist und verbunden mit dem Proportional-Wahlssystem. (Bravo!) Der neue Sozialismus glaubt gar nicht an das, was Loening ihm unterstellt hat. Nirgends denken sich die Sozialisten die Eroberung der kapitalistischen Bestordnung des Staates durch das Medium der Eroberung der Kommunalverwaltung. Im Gegenteil! Der marxistische Sozialismus habe ursprünglich sogar die kommunale Wahlbeteiligung abgelehnt. Man sollte berücksichtigen, daß wir im Reichen der letzten Reichstagswahlen stehen, welche eine beträchtliche Verminderung der Mandate der Sozialdemokratie gezeitigt haben. Das Ergebnis der Reichstagswahlen wird sein, daß der Revisionismus eine Verstärkung erhalten muß. Der Revisionismus ist aber gekennzeichnet dadurch, daß er keine Gegenmaßnahmen für die Arbeiter herauszuschlagen will und daß er einseht, daß die Voraussetzung zur Hebung der Arbeiterklasse die Rücknahme auf die Interessen der Arbeitgeber ist. Bei den letzten Reichstagswahlen hat die Sozialdemokratie in verschiedenen großen Städten nicht gesiegt. Wir sollten doch vorsichtig sein mit der Prognose, daß das Reichstagswahlrecht die Kommunen der Sozialdemokratie ausliefern würde. Dies würde namentlich nicht der Fall sein, wenn Bezirkswahlen vorgeschrieben würden. Aber wenn das der Fall wäre, weshalb sollten wir uns denn fürchten, wenn wir Stadtwahlverwaltungen hätten, die besetzt sind von sozialistischen Intransigenten? Dann hätten unsere Städte genügende Nachmittel, um die Veranschlagung der Befugenden zu verhindern oder die Verwendung von städtischen Mitteln zu Paralizieren usw. Wenn heute die Gebildeten und Besitzenden die meisten Ehrenämter bekleiden und die Arbeiter nicht, so liegt das an den örtlichen Verhältnissen und daß die Arbeiter nicht dazu kommen. Man dürfte auch nicht sagen, daß die Arbeiter keine steuerlichen Lasten tragen. Man müsse berücksichtigen, daß sie im Kommunalbetriebe indirekte Steuern aufbringen durch Abnahme von Gas, elektrischem Licht, Benutzung der Straßenbahnen usw. Für das Reichstagswahlrecht spreche eine Reihe von Gründen. Die Arbeiter haben in den Genossenschaften, in den Gewerkschaften, in den Gewerbevereinen und im Versicherungswesen gelernt und bewiesen, daß sie verwalten können. In den Kommunalverwaltungen handelte es sich darum, ein Zusammenarbeiten der Arbeiter mit den Arbeitgebern in nicht rein industriellen Fragen zu ermöglichen. Nach meiner Ansicht gibt es keine andere ausreichende Erklärung dafür, daß in der englischen Arbeiterbewegung der Klassenhaß, der bei uns herrscht, gänzlich fehlt, als den Umstand, daß die Forderungen, die ich hier aufgestellt habe, in England längst erfüllt sind. Wenn Sie die Berichte aus Mannheim, Fürth und anderen Städten lesen, so werden Sie erkennen, daß das, was ich fordere, keine Utopien sind, sondern daß Gründe der Gerechtigkeit und Klugheit dafür sprechen. (Lebhafte Beifall.)

Reichstagsabgeordneter Stadtrat Fischel: Ueber die Frage des Wahlrechts habe ich nicht die Absicht, sich zu äußern. Aus der Praxis habe ich manches vorzubringen. Er wisse, welche Hoffnungen man auf den Revisionismus vielfach setzte. Aber im Norden habe man in den Städten die Erfahrung gemacht, daß sehr wenig von praktischer Mitarbeit bei der Sozialdemokratie zu sehen sei, viel mehr aber von der Verfolgung zielbewusster Tendenzen. Habe ja auch einmal der Abgeordnete Wehlich dahin geäußert, daß sich die Sozialdemokratie auch hineinbringen wolle in die Stadtwahlverwaltung, um da ihre Sprengminen zu legen. (Lachen und Auf-

Schredlich) Es werde auch der Staat gezwungen werden, die Tätigkeit der Gemeinde anzuerkennen und den Bedürfnissen der Gemeinden Rechnung zu tragen. Ohne Bewegungsfreiheit gehe es nicht; zu dieser gehöre auch die Verfügung über die Polizei. Es sei daher wünschenswert, daß die Städte die Polizeiverwaltung in die eigene Hand bekommen, ohne dieses Recht werden sie eine Regelung der Wohlfahrtspolizei und des Wohnungswesens nicht energisch durchführen können.

Stadtsyndikus Dr. Landmann-Mannheim steht auf demselben Standpunkte wie Rosin und Singheimer.

Geh. Rat Prof. Dr. Adolf Wagner-Berlin: Ich stimme mit Herrn Singheimer darüber überein, daß die Wahlrechtsfrage der wichtigste Punkt der heutigen Besprechung sei. Im wesentlichen stimme ich auch mit Prof. Loening überein, daß die unbedingte Uebertragung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts nach Art des Reichstagswahlrechts auf die Gemeinden abzulehnen ist. (Bravo!) Ich will es auch als meine eigene Ansicht aussprechen, daß ich durchaus kein Schwärmer für das allgemeine Wahlrecht im Reiche bin. Aber unmöglich ist es, daß auf den Kern des Deutschen Reiches, auf Preußen, dieses allgemeine Reichstagswahlrecht übertragen wird. Auf die Gründe einzugehen, verfolge ich mir. Andererseits ist aber auch das Dreiklassenwahlrecht in den Gemeinden Preußens nicht haltbar. Selbst wenn Herr Fischel recht haben sollte, daß das Privileg der Hausbesitzer nur ein Scheinprivileg ist, so ist dieses Privileg in den Städten durchaus nicht berechtigt. Denn der Hausbesitzer ist z. B. in Berlin zu drei Vierteln verschuldet und zwar rechtlicher Eigentümer, aber nicht wirtschaftlicher. Da läßt sich das Privileg nicht aufrecht erhalten. Zu ganz anderen Verhältnissen würde es kommen, wenn wir die Personalsteuer zu Grunde legen werden. Neben der Berücksichtigung der einzelnen Berufsstände. Wir können aber die Kommunalverwaltungen nicht Gefahr laufen lassen, daß sie in Abhängigkeit von den Arbeiterklassen geraten. Allerdings ist es möglich, daß den gebildeten Klassen das soziale Gewissen gemehrt wird. Und dazu ist es nötig, daß die offiziellen Organe der preussischen Regierung nicht den Begriff des sozialen Bewusstseins und der sozialen Gefühnung verhorreden und als verkappte Sozialisten bezeichnen. Davon kann aber keine Rede sein, daß wir die unteren Klassen ganz vom Wahlrecht ausschließen. Ich kann die letzten Wahlergebnisse nicht so optimistisch betrachten, wie es hier geschieht. Nur Dank der bestehenden Wahlgeometrie ist die Sozialdemokratie nicht so ins Gewicht gefallen, als nach der numerischen Stärke ihr zugekommen wäre. Bedenken Sie, wenn Berlin nicht sechs, sondern eine größere Anzahl von Vertretern zu wählen hätte. Diejenigen, die das allgemeine Wahlrecht verlangen, müßten konsequenterweise auch für eine andere Wahlteilung eintreten. (Zuruf: Wollen wir auch!) Nun, dann werden Sie bald eine wesentliche Steigerung der sozialdemokratischen Mandate zu erwarten haben. Wir würden dann die Sicherheit des Reiches gefährden (!) und die Bewilligung für die notwendigen Mittel für Heer und Marine würden noch unsicherer werden als bisher. Denn die Sozialdemokratie bis in die revisionistischen Glieder hinein ist noch nicht sicher genug in Bezug auf diese Bewilligung. Aber auch das Interesse der Arbeiter erfordert, daß das Deutsche Reich mächtig dasteht. Das muß von vornherein als wichtigste Forderung aufgestellt werden. Für die Sozialreform kommt erst Sicherheit für Land und Leben, dann die allgemeine Wohlfahrt! Also kann kein Gedanke daran sein, daß wir das allgemeine Wahlrecht in den Stadtmunicipalitäten fordern. Redner spricht sich für das Aufsichtrecht der Regierung aus. Dem Professor Rosin müsse er entgegenreden und erklären, der preussische Staat und seine Dynastie, dem wir die Einigung des Deutschen Reiches verdanken, tue Recht daran, daß er alle staatlichen Nachmittel, auch die der Polizei, zu konzentrieren suche. Die russischen Verhältnisse in Bezug auf die Polizei müssen hier abschreckend wirken. Wir gehen im Innern mancher Gefahr entgegen, da müssen wir sorgen, daß die Fängel straff angezogen werden. Der Grundsatz muß lauten: Nieder mit jedem, der die Staatsautorität angreift! (Beifall.)

Stadtrat Rosberg-Schöneberg tritt für das allgemeine Wahlrecht ein. Er erwidert dem Vorredner, daß die Polizei durchaus nicht sich gegenüber der Sozialdemokratie konfrontiert gezeigt habe. Nach der anderen Seite hin hätten sie in Schöneberg mit der Sozialdemokratie die besten Erfahrungen gemacht. Die Sicherheit des Reiches sei nur dann gewährleistet, wenn es uns gelingt, den Patriotismus wieder in den Massen zu wecken. Dazu sei das beste Mittel, ihnen Gelegenheit zur Mitarbeit zu geben.

Professor Max Weber-Heidelberg ist erstaunt über den Standpunkt des Professors Loening. Die nächste Folge des allgemeinen Wahlrechts würde zweifellos eine scharfe Klassenherrschaft der Sozialdemokratie in einzelnen Städten. Die bürgerliche Gesellschaft würde aber eine solche Entwicklung weniger zu fürchten haben, als die Sozialdemokratie. Es würde dann nicht die Partei sein die den Staat überwindet, sondern der Staat, der die Partei erobert. Allerdings werden in dieser Frage dynastische Interessen und dynastische Mängel berührt. Die Monarchen hätten nur einmal auf dem Mannheimer Parteitag da sein und sich die Reden anhören sollen. Ich habe da mit einem russischen Sozialisten auf der Tribüne zusammengesessen. Der Mann hat die Hände über dem Kopfe zusammengeschlagen über diese behäbige Gesellschaft, an der nichts Revolutionäres mehr zu sehen war. (Weiterlekt.) Wenn die Herren auf diesem Parteitag gewesen wären, dann wäre das, was noch von Angst in ihnen steckt, schnell verflogen. Ich verstehe nicht, daß die Kapitalisten solche Angst vor diesen Leuten haben. Die einzig blühende Gemeinde in Sizilien sei Catania und hier herrsche die Sozialdemokratie. Ueber die Ausführungen Wagners in Bezug auf Rußland müsse er sich sehr wundern. In Rußland sei ja alles inhaltlich konzentriert und entspreche im wesentlichen dynastischen Interessen. Gerade unsere Reichstellung und unser Ansehen im Auslande werden durch ihre rücksichtslichen Verhältnisse gefährdet. Durch nichts werden unsere Bündnisse mehr gefährdet, als durch die Verknüpfung scheinbar innerer politischer Verhältnisse mit den wechselnden Stimmungen gewisser dynastischer Personen. Das drückt unsere Achtung als Kultur- und Weltmacht herab.

Oberbürgermeister Lenze-Magdeburg spricht sich gegen das allgemeine Wahlrecht für eine Stadtwahlverwaltung aus. Er habe es in Gera erlebt, wo das allgemeine Wahlrecht herrsche, daß dort eine Stadtwahlverwaltung war, die nur ein sehr geringes Verantwortungsgelübte hatte. Der Revisionismus und der Klänge hatten dort die Vorherrschaft. In den drei preussischen Städten, in denen der Redner später antwortete, habe er einen ganz anderen Geist gefunden.

Gofrat Professor Bacher-Leipzig führt aus, er sei von dem Gesichtspunkte des Staatsinteresses aus prinzipiell Anhänger des allgemeinen Wahlrechts für die Gemeinde. Er habe das allgemeine Wahlrecht in der Schweiz in voller Wirksamkeit gesehen. Es bringt nicht den Sozialdemokraten die Herrschaft, sondern es hilft sie überwinden. Der Redner ist zusammen mit 11 Sozialdemokraten in Leipzig Stadtwahlverordneter geworden. Diese waren zunächst nicht gereizt, Akten zu studieren und mitzuarbeiten. Das dauerte aber nicht lange und jetzt ist das anders geworden. So hat zum Beispiel ein Spengler lange als Vertreter der Kaufmannsinteressen sich einen ziemlichen Einfluß zu erlangen gewußt. Die Massen können wir nur interessieren, wenn sie vollberechtigt mitarbeiten können. Die traurigen Verhältnisse unseres Parlamentarismus werden erst be-

seitigt werden, wenn das Gemeindevahlrecht die Bevölkerung für den Parlamentarismus vorbereitet und diesen auf eine gesunde Grundlage stellt. In der Schweiz haben die Stadtkantone mit voller Leichtigkeit die Sozialdemokratie überwinden. Es ist wünschenswert, daß in die Städteverwaltungen auch eine Vertretung der Sozialdemokratie gelangt und wenn sie auch nur die Gelegenheit bekommt, sich zu blamieren. Das geht in der Stadtwahlverwaltung bekanntlich sehr leicht. In der Leipziger Stadtwahlverordnetenversammlung hat der Redner den Antrag gestellt, daß städtische Lieferungen nicht an Mitglieder der Stadtwahlverwaltung vergeben werden sollen. Darauf habe ihm ein Stadtwahlverordneter geantwortet: „Ja, denken Sie denn, daß ich mich in die Stadtwahlverordnetenversammlung wählen lasse, wenn ich keine städtischen Lieferungen bekomme?“ (Zwischenruf: Ausnahmefall.) Ja, aber diese Ausnahmefälle kommen sehr häufig vor. Das ergibt sich daraus, daß dieser Antrag auch in anderen Stadtwahlverordnetenversammlungen gemacht und abgelehnt wurde. Das Vertrauen zu allen Volksgenossen, auch zur Sozialdemokratie müsse zur Verständigung führen.

Landtags-Abgeordneter Stadtwahlverordneter Karl Goldschmidt-Berlin ist der Meinung, daß die Zahl der Stadtwahlverordneten, welche eigentlich ihre Interessen vertreten, nur sehr gering sein können. Die Wahlrechtsfrage fassen seine politischen Freunde nicht auch vom Standpunkt der politischen Macht, sondern der sozialen Gerechtigkeit auf. Sie verlangen (!) die Befestigung des Dreiklassenwahlrechts und der öffentlichen Abstammung, damit können sie von selbst zum allgemeinen Wahlrecht der Kommune und die Sozialdemokratie wäre gezwungen, die praktische Probe ihrer Fähigkeit abzugeben. Praktische Mitarbeit können sie aber nur leisten im Sinne einer bürgerlichen Kommunalpolitik. Die Massen, die ihr heute vertrauensvoll folgen, würden bald ernüchert werden. Gerade im Interesse der nichtsozialdemokratischen Arbeiter müßte die Gleichberechtigung verlangt werden. (Beifall.)

Landtagsabgeordneter Schiffer (Christlicher Industriearbeiterverband) spricht sein Ersäunen aus über die Ausführung des Prof. Wagner. Er fürchtet, daß diese Rede in der ganzen vaterländischen Arbeiterschaft unangenehmes Aufsehen erregen werde. Wenn Wagner wenigstens prinzipiell sich auf diesen Standpunkt gestellt hätte, ließe sich mit ihm reden. Auch er als Arbeiter sei nicht dafür zu haben, daß von heute auf morgen das Reichstagswahlrecht für die Kommunen eingeführt werde. Aber als Ziel müsse das hingestellt werden.

Reichstagsabgeordneter Franz Behrens-Essen, Generalsekretär des christlichen Arbeitervereins der Vergleute tritt für das Reichstagswahlrecht ein. Die kleinen Bürger und die Arbeiterklasse stehen geschlossen auf dem Standpunkte, daß das Dreiklassenwahlrecht und die öffentliche Stimmabgabe wegzuräumen sei. Gerade die kleinen Geschäftleute und die vaterländischen Arbeiter stehen unter dem doppelten Druck seitens der Sozialdemokratie und der Arbeitgeber.

Stadtrat Fischel-Berlin: Er möchte nicht Mißverständnisse aufkommen lassen. Herr Weber habe gesagt, daß sein Vater, der der Berliner Stadtwahlverwaltung angehört, einmal ausgesprochen habe, der einzige sichere Mann gegen das Spekulantentum sei Singer. Er könne eine derartige Äußerung nicht verstehen, sie sei auch durchaus unberechtigt. Man dürfe nicht immer davon sprechen, daß auf Seiten der bürgerlichen einseitige Interessenvertretung stattfindet. Auch von anderer Seite würden sehr oft unberechtigte Forderungen gestellt. Bei der Sozialdemokratie spiele oft der Agitationszweck mit. Bei diesen Vertretern, die vielfach gar nicht Arbeiter sind, werden manchmal Forderungen gestellt, die vermuten lassen, daß sie den Standpunkt des Parteibüblers vertreten. Er bestreite auch, daß die Stadt Berlin irgendwelche Bevorzugung bei den Anstellungen wälten lasse. Die Anstellungen erfolgten immer in der Reihe der Meldungen.

Nach einem kurzen Schlußwort des Referenten Geh. Rat Professor Loening wurde hierauf die Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik geschlossen.

Eine Besprechung der eigenartigen Tagung befallen wir uns vor.

Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich.

(Telegraphischer Bericht.)

3. Verhandlungstag.

Wien, 2. Oktober.

Den heutigen Gegenstand der Verhandlung bildet der Punkt der Tagesordnung:

Die nächsten Aufgaben der Sozialdemokratie im Parlament.

Referent Dr. Adler führt aus: Die Sozialdemokratie ist in das neue Parlament eingezogen als eine Partei von 87 Abgeordneten. Sie hat sich bei den Wahlen erwiesen nicht nur als Trägerin des Willens des Proletariats, sondern auch als die Hoffnung weiterer Volksteile über unsere organisierte Partei hinaus. An unseren Eintritt knüpfen sich Hoffnungen, knüpfen sich Erwartungen, knüpfen sich aber auch Besorgungen. Besorgungen, ob alle Wünsche, die unsere proletarischen Wähler an unsere Tätigkeit knüpfen, sich erfüllen lassen, ob die Kraft der Fraktion stark genug sein wird, die großen Hindernisse zu überwinden, die einer wirksamen Tätigkeit entgegenstehen. Als wir 87 Mandate errungen hatten, da ist dieser und jener Parteiführer, dieser und jener Minister zu uns gekommen und hat gesagt: Das ist doch eine Verlegenheit für Sie, was werden Sie machen mit der großen Fraktion? (Heiterkeit.) Wir haben geantwortet: Nun, es ist schon schon schlechter gegangen, wir werden es aushalten! (Große Heiterkeit.) Wir werden hoffentlich verstehen, uns den neuen Verhältnissen anzupassen und alle Kräfte wirksam zu machen, die im Proletariat vorhanden sind. Wir haben eine Regierung vor uns, die eine drängende Notwendigkeit nach der anderen erledigen möchte, ohne daß sie allzu beschwert wäre mit Grundsätzen in Bezug auf ein Programm.

Wir haben eine Regierung voll der schönsten Reden: eine so illustrierte Regierungseloquenz haben wir noch nie genossen. Das schlimmste, was der Ministerpräsident zu uns gesagt hat, war, daß eine Klust ihn von uns trenne. Nun, etwas anderes haben wir nie angenommen. (Heiterkeit.) Er bezeichneter es als seine Hauptaufgabe, das positive Programm der Sozialdemokratie zu erfüllen, nur mit den prinzipiellen Anschauungen könne er nicht mitgehen. (Heiterkeit.) Wir wissen, was diese Wünsche wert sind. Wir sehen einem Kartell aller nicht proletarischen Parteien gegenüber. Diese Koalition wird nicht durch ein klares Programm gebunden, sondern nur durch den Wunsch, jeden Machtzuwachs der Sozialdemokratie zu verhindern. Wie steht es nun damit? Die Sozialdemokratie ist der Ausdruck der Kraft des Proletariats, und das Proletariat in Oesterreich ist langsamer als in anderen Ländern, aber am österreichischen Nahe gemessen, ganz kolossal gewachsen mit der wirtschaftlichen Entwicklung. Wenn es nun auch im letzten Kampfe um das Wahlrecht eine entscheidende Rolle gespielt hat, so wissen wir doch, daß das Proletariat noch von der politischen Macht entfremdet ist. Die Aufgabe des Proletariats ist es aber, die politische Macht zu erobern. Wir fassen das jedoch nicht so auf, daß das Proletariat einmal ohnmächtig und dann am entscheidenden Punkte plötzlich allmächtig wird. Wir sind der Ansicht, daß dieser Machtzuwachs Schritt für Schritt erfolgt, und wir setzen eine Klust der Politik darin, die Kraft, die in diesem Moment vorhanden ist, im Proletariat lebendig zu machen, die Linie des geringsten Wider-



standes auf der anderen Seite zu finden und aus dieser Linie Fortschritte zu erzielen. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben unsere Macht in jedem Moment zur Belegung aller Positionen zu betätigen, aller Positionen auf parlamentarischen Gebiete, in der Verwaltung, im gesamten öffentlichen Leben. (Erneute Zustimmung.) Wir sind der Überzeugung, daß wir unserem Ziele nichts vergeben, wenn wir uns ihm so Schritt für Schritt nähern. (Lebhafte Beifall.) Wenn das Opportunismus genannt wird, so sagen wir: Ja, wenn es erlaubt ist, Forderungen aufzustellen innerhalb der heutigen Gesellschaft, dann muß es auch erlaubt sein, es zu erfüllen. Darüber nachzudenken, wie man sie durchsetzt. (Wab!) Die österreichischen Sozialdemokraten werden mißraut als die wahren Musterknaben des politischen Opportunismus hingestellt. Für diese Ehre möchte ich mich höchst bedanken. Wir nehmen in Anspruch, daß unsere Politik im entscheidenden Punkte nicht um eines Haars Breite abgewichen ist von unseren Prinzipien. Die österreichische Sozialdemokratie ist eine durchaus proletarische Partei mit durchaus proletarischem Ziele. Sie macht ihre Politik allerdings nicht ins Blaue, nicht jenseits von Zeit und Raum. Sie macht die proletarische Politik in jedem Momente und würde es sich allerdings als eine schwere Sünde anrechnen, wenn sie jemals um eines augenblicklichen scheinbaren Vorteils willen ein Stück ihres Prinzips aufgeben wollte. (Lebhafte Zustimmung.) So könnten wir zum Beispiel durch eine etwas weniger gewissenhafte Politik Eroberungen in kleinbürgerlichen Kreisen machen. Das wäre aber nicht nur gewissenlos, sondern eine Dummheit. Der echte Opportunismus wählt seine Wege zum Ziel, der falsche Opportunismus operiert sein Ziel auf dem Wege, um augenblickliche Vorteile zu erreichen. (Lebhafte Beifall.)

Wir haben eine Koalition aller nicht proletarischen Parteien gegen uns. Wie lange das dauern wird, mag dahingestellt bleiben. Wenn die Herzen der Koalition so energisch wären, als sie hungrig und gierig sind, dann würden wir bald ernsthafte Alternativen gegen den Lebensnerv des Proletariats abzuwehren haben, vor allem den Versuch, das Koalitionsrecht zu vernichten. Die Herren sind nicht unlang genug, das zu wagen, sie sind auch nicht einig genug dazu. Wir werden im Parlament zunächst zu tun bekommen nicht mit den Reformen, die die Thronrede angekündigt hat, sondern mit dem, was der Regierung auf den Nägeln brennt, mit dem österreichisch-ungarischen Ausgleich. Die Ordnung unserer Verhältnisse mit Ungarn ist gewiß eine Lebensfrage für Oesterreich. Aber ein ehelicher Friede mit den Böllern Ungarns ist nur dann möglich, wenn auch dort die Völker selber zum Wort gekommen sein werden. (Lebhafte Zustimmung.) Das wichtigste für uns ist, daß Ungarn den Händen einer kleinen, gewissenlosen Clique politischer Abenteuerer entzogen wird. Gern würden wir Oester bringen, wenn damit für Ungarn das allgemeine und gleiche Wahlrecht durchzusetzen wäre. (Wab!) Was heute geschieht, sieht nicht danach aus. Im Parlament werden wir den Ausgleich prüfen. Ruhig und ohne Aufregung, wie unsere Politik überhaupt sich aller demokratischen Möglichkeiten im Gegenja zu unseren bürgerlichen Parteien enthält. Die wirtschaftlichen Interessen Oesterreichs werden wir rücksichtslos wahren. Den schönen Augen der Regierung werden wir kein Opfer bringen, selbst wenn die Regierung Gefahr läuft, einer anderen Regierung zu weichen, die uns vielleicht weniger gefällt als diese.

Der Merkantilismus hat heute eine große Partei hinter sich. Sie wartet darauf, offen zu regieren, wie sie heute verdeckt regiert. Die Christlichsozialen zögern nur deshalb, weil das Geschäft mit dem Ausgleich belastet ist, den sie dann verantworten müßten. Das möchten sie gern andere machen lassen. Jedenfalls müssen wir uns einem Zustand der anonymen Herrschaft der Merkantilen noch viel mehr widersetzen als der Herrschaft unter offener merkantiler Firma. Wenn die Herren Oesterreich beherrschen zu können glauben, mögen sie es unter eigener Verantwortung tun, und wir werden ja sehen, wie lange man sie wird herrschen lassen können. (Beifall.) Wir sind in einem Uebergangsstadium. Wir haben das allgemeine Wahlrecht nicht als Krönung, sondern als Beginn einer Aera der Neubildung Oesterreichs empfohlen. Scheinbar haben wir unterschicklos einen reaktionären Klub vor uns. Wir können sein Wirken in aller Ruhe abwarten. Nicht wir werden geschändet, wenn unsere bürgerlichen Gegner sich durch den Bund mit den Merkantilen hoffnungslos kompromittieren. Aber im Parlament entstehen dadurch für uns Hindernisse. Wir können nicht so leicht darauf rechnen, mit den einzelnen Teilen der bürgerlichen Parteien operieren zu können, um bestimmte Forderungen durchzusetzen. Aber wir brauchen doch nicht zu fürchten, daß unsere Arbeit fruchtlos sein wird. Sind die Dinge, die wir in nächster Zeit zu verketen haben, doch Forderungen, die reif, ja überreif sind, ohne uns aber nicht verwirklicht würden. Vor allen Dingen werden wir unsere politische Forderung in konkrete Gesetzesvorschläge kleiden müssen. Im Parlament suchen wir und sozialer Nachpfeifer, als nur möglich ist. Wir haben beantragt, den Vizepräsidenten aus unserer Mitte zu stellen, und sind nicht genossen, diesen Anspruch aufzugeben. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben durchgesetzt, daß wir in allen wichtigen Ausschüssen vertreten sind. Wir wünschen nichts mehr, als positive Arbeit leisten zu können. Dabei folgen wir nur dem Beispiel aller anderen sozialdemokratischen Parteien. Das beste Beispiel für positive Arbeit liefert die deutsche Partei. Ich möchte dabei einen kleinen Irrtum berichtigen, der meinem Freunde Bebel, ich weiß nicht wie, in seiner Essener Rede passiert ist. Er meinte da, wir Oesterreicher bedürften nur der Ausflärung darüber, daß die deutsche Sozialdemokratie Positives geleistet hat.

Wir wissen genau, was die deutsche Sozialdemokratie an positiver Arbeit geleistet hat, und wir werden stolz darauf sein, wenn wir sie darin nachahmen und sie auch nur annähernd erreichen können. (Lebhafte Zustimmung.) In der Praxis haben wir die Handhabung des Versammlungsrechtes fortwährend gründlich reformiert, ohne in der Lage zu sein, den Nachbarn des Gesetzes im Parlament zu ändern. Jetzt ist es unsere Aufgabe, diese bessere Praxis umzusetzen in das Gesetz. Das Recht muß reformiert werden. Dabei wird sich der wahre Charakter unserer Regierung zeigen. Wie unsere Regierung über demokratischen Fortschritt denkt, beweist ja allerdings schon ihre Haltung zur Landtagswahlreform. Wenn der Minister den Wunsch hat, seinen Ruhm, das allgemeine Wahlrecht durchgesetzt zu haben, recht bald verblasen zu lassen, dann mag er nur den Weg weiter gehen, den er in der Landtagswahlreform betreten hat. Die Christlichsozialen machten sich mit dem billigen Geschenk des Jubiläumsspenden abfinden. (Lebhafte Zustimmung.) Sie wollen die Altersversicherung verschleppen. Dagegen müssen wir uns mit allem Nachdruck wenden. Mit dem Militarismus werden wir uns praktisch befassen. Wir werden mit aller Schärfe nicht nur die zweijährige Dienstzeit fordern, sondern vor allem rücksichtslos die Interessen der Soldaten vertreten. Unser Kampf gegen den Militarismus ist kein Kampf gegen das Militär, er ist ein Kampf zum Schutze der in das Meer eingereichten Proletariat. Wir werden positive Entwürfe in einer ganzen Reihe von Fragen einbringen, vor allem die Umgestaltung der Sanitätsgesetzgebung fordern.

Wir verlangen eine Regelung der Verhältnisse der Eisenbahner, der Handelsangestellten, der Bergarbeiter. Wir verlangen die Abkürzung der Arbeitszeit, Regelung der Heimarbeit. Wir haben darüber eine Reihe Vorschläge eingebracht oder vorbereitet. Mit der positiven Tätigkeit aber allein ist es nicht getan, es muß auch Kritik an unserer Verwaltung im einzelnen geübt werden.

Die Fraktion hat den besten Willen, aber nehmen Sie Rücksicht auf unser Können. Wir sind als Parlamentarier jung und sind in einem Parlament, dessen Verhältnisse neu sind. Wir werden sehr der Schulung bedürfen und werden uns sehr zusammenschließen müssen, um den Verhältnissen gewachsen zu sein.

Ich kann nicht schließen, ohne einen Blick zu werfen auf die Verhältnisse in der sozialdemokratischen Fraktion selbst. Die Erstgenannten des sozialdemokratischen Verbandes, der einen Klub der Deutschen, Tschechen, Polen, Italiener und Ruthenen umschließt, ist eine politische Ertragslosigkeit allererster Ordnung. Dieser Erfolg ist um so wichtiger, als er die Vorbedingung für die Lösung

des Grundproblems Oesterreichs, des Nationalitätenproblems, ist. Ich will mit aller Offenheit über die Verhältnisse der Deutschen zu den Bruderparteien sprechen. Wir sind nicht einen Moment abgewichen von der Empfindung internationaler Solidarität; aber in der politischen Praxis ist es außerordentlich schwer, diese internationale Solidarität mit der Pflicht gegen die eigenen nationalen Organisationen zu vereinigen. Die gegenseitigen Machtverhältnisse spielen nicht nur eine Rolle in dem Verhältnis zwischen verschiedenen Klassen und Gesellschaften, sondern auch im Verhältnis zwischen nationalen Organisationen der einzelnen Klassen; während wir in der Politik genötigt sind, Rücksicht zu nehmen auf die Macht der Gegner, haben wir im Verhältnis zu den Organisationen der eigenen Partei Rücksicht zu nehmen auf die Schwäche unserer Brüder. Heute können wir den politischen Bruderorganisationen, vor allem den Tschechen, dazu Glück wünschen, daß sie so gewachsen sind, daß sie die Konzeptionen an die Schwäche nicht mehr brauchen. Heute stehen wir gleich und gleich. Dieses Kräftigwerden insbesondere der Tschechen macht die Arbeit im Parlament leichter. Der Verband ist ein leistungsfähiges Instrument, um unsere politischen Forderungen durchzusetzen.

Nicht immer ergibt die Geschichte Krisen, wie die des Kampfes um das Wahlrecht. Neue andersartige, aber nicht leichtere Aufgaben sind und jezt geworden. Unsere Gegner schwanken uns gegenüber zwischen zwei Gefühlen. Entweder sind wir in ihren Augen überhaupt nichts und demnach auch nicht die Vertretung der Arbeiterschaft, zum anderen aber werden wir vielfach überschätzt oder unsere Gegner stellen sich so, als ob sie uns überschätzen. Wir selbst werden nicht in den Fehler verfallen, uns zu überschätzen noch zu unterschätzen. Wir wollen das Neueste tun, um die Macht, die wir haben, zum Ausdruck zu bringen. Wir haben die Kraft, unsere politischen Interessen zu schützen, sowohl gegen eine neutral feindliche Regierung, als auch eine Regierung, die kommen muß und die offen gegen die Sozialdemokratie und gegen jede Kulturentwicklung gerichtet ist. Glaubt man in Oesterreich noch, mit einer solchen offen reaktionären Regierung kommen zu können, wofür wir sind bereit. Die Arbeiterschaft, die getruht hat, in schwierigsten Zeiten Oesterreich zu einem entscheidenden Schritt nach vorwärts zu drängen, wird hart genug sein, um es zu verhindern, daß irgend welche entscheidenden Schritte nach rückwärts gemacht werden. (Lebhafte Beifall.)

In der Diskussion fordert Frau Schlegler die Fraktion auf, für das Frauenwahlrecht nicht bloß im Parlament, sondern auch außerhalb desselben einzutreten und sich des Wöchnerinnen- und Kinderschutzes anzunehmen, damit die Merkantilen nicht der Fraktion zuvorkämen.

In seinem Schlußwort hebt Dr. Adler hervor, daß die Fraktion sich ihrer Pflicht voll bewußt sei, für die Förderung der proletarischen Frauen auf politischem Gebiete wie auf sozialem Gebiete einzutreten, umso mehr, als die Frauen selbst keine Vertretung im Parlament haben.

Nachdem Diamant den Parteitag im Namen der polnischen Partei begrüßt hat, wird zur Erledigung des nächsten Punktes der Tagesordnung,

#### der Wohnungsfrage,

geschritten. Parteisekretär Dinarski legt in einem instruktiven, mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Referate die Schäden, die das Wohnungsseind über die arbeitende Klasse verhängt, eingehend dar. Der eigentliche Inhalt seiner Rede kam in folgenden Worten zum Ausdruck, deren Annahme er beantragte:

Die Wohnungsfrage gehört zu den Problemen, deren völlige Lösung auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nicht erreicht werden kann. Solange die kapitalistische Ordnung besteht, und die Wohnungen ebenso wie alle anderen Dinge nicht zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse, sondern als Ware hergestellt werden, wird es auch unmöglich sein, den arbeitenden Klassen gesundheitslich und räumlich vollkommen befriedigende Wohnungen zu einem für sie erschwinglichen Preise herzustellen. Die durch die kapitalistische Industrie und den kapitalistischen Handel bedingte Zusammendrängung großer Menschenmassen an einzelnen Orten treibt den Wert der Grundstücke in die Höhe und verteuert die Wohnungsmiete nicht bloß für die Arbeiter, sondern auch für alle kleinen Leute, Gewerbetreibende, Beamte und Angestellte verschiedenen Grades. Am fühlbarsten aber wird die durch die steigende Verteuerung der Miete auf der einen Seite und das Fehlen entsprechender kleiner Wohnungen in genügender Zahl auf der anderen Seite entsetzende Wohnungsnot der Arbeiterklasse, die einen prozentual immer größeren Teil ihres Einkommens für die Miete aufwenden muß und dadurch in ihrer Lebenshaltung noch mehr herabgedrückt wird. Um die Höhe des Mietzinses leichter erörtern zu können, wird ein immer größerer Teil der arbeitenden Bevölkerung gezwungen, die räumlich und hygienisch ohnehin schon ungenügende Wohnung mit fremden Personen zu teilen. Daraus entstehen schwere sanitäre und sittliche Gefahren, und mit dem Fehlen eines wirklichen Heims fehlt jede Grundlage für die Entwicklung eines wirklichen Familienlebens. Zugleich entstehen in allen Städten in den vornehmlich von den ärmeren Klassen bewohnten und überfüllten Stadtvierteln Seuchenherde, die bei jeder Epidemie Opfer an Menschenleben fordern. Wenn auch eine vollkommene Lösung der Wohnungsfrage innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nicht herbeigeführt werden kann, so muß doch der Kampf gegen diese Mißstände schon heute mit der größten Energie geführt und einer wirksamen Wohnungsreform der Weg gebahnt werden. Ausgehend von diesen Erwägungen fordert der Parteitag den Erlass eines Reichswohnungsgezetzes, die Errichtung eines Reichswohnungsamtes, die Errichtung von kommunalen Wohnungsämtern in allen Städten, deren Aufgabe die Organisation einer Wohnungsinspektion, die Heranziehung von Hilfskräften aus der organisierten Arbeiterschaft, eine regelmäßige Wohnungsstatistik und Wohnungsbewertung sein muß. Ferner wird gefordert die Reform der Bauordnung mit weitgehenden Bestimmungen über die hygienische Einrichtung der Häuser und Wohnräume, eine Reform des Steuerwesens, ausgiebige Besteuerung des unbedienten Wertzuwachses an Grund und Boden, Ausdehnung des Enteignungsrechts der Gemeinden, Erbauung eigener Musterhäuser mit billigen, allen hygienischen Anforderungen entsprechenden Wohnungen durch die Gemeinden in eigener Regie, Reform des Verkehrswesens und Erleichterungen für alle Arbeiter und Arbeiterinnen, die außerhalb ihres Arbeitsortes wohnen. In den bürgerlichen Bestrebungen, den Arbeitern zum Erwerb eigener Wohnhäuser zu verhelfen, erklärt der Parteitag keine Förderung im Interesse der Arbeiterklasse und keinen geeigneten Schritt zur Abänderung der Wohnungsnot. Dagegen empfiehlt er die Unterstützung gemeinnütziger Bauvereinigungen, soweit sie auf der Grundlage des gemeinsamen Eigentums eingerichtet sind. Die Vorbedingung zu jeder gedeihlichen Reform des Wohnungswesens aber ist die Beseitigung des volkseindlichen Haus- und Grundbesitzerprivilegs und die Demokratisierung der Verwaltung. Deshalb fordert der Parteitag als wichtigsten Schritt zu jeder ersten Reform die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts für Land und Gemeinden. — Die Diskussion über das Referat wird hierauf vertagt. Morgen vormittag findet eine geschlossene Sitzung statt, in der über die Parteipresse beraten werden soll. Nachmittags soll zunächst des Organisationsstatut erörtert werden, falls die Kommission bis dahin ihre Arbeiten beendet hat.

## Soziales.

### Zum Arbeitsfeld der Schmiede.

Nach dem soeben erschienenen Geschäftsbericht der Schmiedevereinigung für das Jahr 1906 werden alle Geschäfte derselben immer noch nur von der Zentrale Berlin aus erledigt. Zur Sektionsbildung, wie die meisten Berufsvereinigungen, die Geschäfte zu vereinfachen, zu verteilten, hat man sich da immer noch nicht entschließen können. Den Schaden haben in erster Linie die

armen Verletzte davon. Sie warten und warten auf ihren Bescheid.

„Der Himmel ist groß und Berlin ist weit.“ Und dabei wird die Berufsvereinigungen riesig groß, ohne daß Abhilfe erfolgt. Wohl in keiner Berufsvereinigungen ist die Zahl der mitversicherten Unternehmer so groß als bei der Schmiedevereinigung. Nach dem Bericht waren versichert:

	Betriebe mit Personal	Betriebe ohne Personal	Insgesamt
Am 1. Januar 1906	54 045	12 411	66 456
31. Dezember 1906	54 436	13 039	67 475
Zunahme:	391	628	1019

Es waren versichert:

	am 1. Januar 1906	85 927 Arbeiter	— Ehefrauen
31. Dezember 1906	86 810	—	97
Zunahme:	883	—	97

Hieraus ergibt sich, welche ungeheures Feld dem Verbands der Schmiede zur Agitation und Organisation noch offen steht. Im Jahre 1906 haben auch 2454 Betriebe den Bescheid gewechselt.

Interessant ist auch die Uebersicht des Berichtes über die Zahl der versicherten Betriebe und Arbeiter in den einzelnen Bundesstaaten und Provinzen. Es würde zu weit führen, auf die Details einzugehen und geben wir deshalb nur die Zahlen der einzelnen Bundesstaaten.

Es waren versichert in:

	1905	1906		
	Betriebe	Arbeiter	Betriebe	Arbeiter
Königreich Preußen	38 978	52 796	37 899	53 804
Bayern	9 400	9 968	9 653	10 044
Sachsen	8 092	5 447	4 040	5 473
Württemberg	3 941	3 465	3 937	3 491
Großherzogtum	6 941	7 511	6 999	7 577
Herzogtum	1 926	2 825	1 987	2 876
Freie Städte	895	1 071	886	1 084
Reichslande	573	1 086	571	1 096
	1 900	1 748	2 268	1 865

Unfälle wurden im Berichtsjahre 4154 gemeldet, jedoch nur 1179 entschädigt! Die Zahl der Betriebsunfälle ist in ständigem Steigen begriffen: im Jahre 1902 wurden 1975 Unfälle, im Jahre 1903: 2758, 1904: 3717, 1905: 3814 und 1906: 4154 Unfälle gemeldet!

Sehr groß muß die Zahl der Lehrlinge im Schmiedebetrieb sein. Das ergibt sich aus der Zahl der entschädigten Unfälle. Nach dem Bericht wurde im Jahre 1906 erstmalig Rente gezahlt an 649 verletzte Unternehmer, an 346 verletzte Gesellen und 230 verletzte Lehrlinge!

Augenverletzungen trugen davon 152 Verletzte und zwar: 58 Unternehmer, 62 Gesellen und 34 Lehrlinge.

An Bohrmaschinen verunglückten 162 Personen (82 Unternehmer, 53 Gesellen und 77 Lehrlinge!)

Unfälle bei Hufbeschlag kamen 192 vor, die 110 Unternehmer, 58 Gesellen und 15 Lehrlinge betrafen.

Handwerk und Landwirtschaft ist im edlen Schmiedebetrieb nahe beiläufig. Allein 206 landwirtschaftliche Unfälle zählt der Bericht auf.

Als Folgen der Verletzungen werden angegeben:

in 31 Fällen Tod, in 3 Fällen völlige, in 141 Fällen teilweise und in 1004 Fällen vorübergehende Erwerbsunfähigkeit. Völlige Erwerbsunfähigkeit kennt die Berufsvereinigungen also fast gar nicht. Entweder tot — oder „teilweise“ arbeitsfähig!

Wie „gerne“ die Unternehmer die Unfallbeiträge zahlen, ergibt sich aus dem Bericht. 14 239 Zwangsbeiträge mußten vorgenommen werden! 21 Proz. der veranlagten Betriebe zahlten also nicht auf Aufforderung ihre Beiträge. Der Ausfall an Beiträgen infolge der fruchtlosen Pfändung betrug im Jahre 1906 die Summe von 14 357 Mark! Wie viele Gesellen mögen da heute noch auf ihren Lohn warten? Fordern sie, so werden sie als „begehrliche Menschen“ hingestellt!

Der technische Aufsichtsbearbeiter der Berufsvereinigungen hat im Berichtsjahre von 67 475 versicherten Betrieben — 1316 revidiert! Davon waren 1144 Betriebe: Huf- und Wagenschmieden. Der Beamte bemerkt: „In 293 Betrieben fand sich nichts zu erimieren“. Mit anderen Worten: in 1023 von 1316 revidierten Betrieben wurden Verstöße gegen die Unfallversicherungsbestimmungen entdeckt! Aus der Zusammenstellung der vorgefundenen Mängel ersehen wir, daß an Arbeitsmaschinen in 22 Kraftbetrieben Verstöße entdeckt wurden. Wie es dagegen in den Handbetrieben aussieht, ergibt sich aus folgendem Satze des Berichtes: „Arbeitsmaschinen in Handbetrieben“. In 372 Betrieben fehlten an den Bohrmaschinen die Schutzvorrichtungen, in 14 Betrieben waren zwei und noch mehr Bohrmaschinen ohne Schutzvorrichtungen, in 18 Betrieben waren die Schutzvorrichtungen unzureichend. In einem Betriebe war das Schwungrad der Bohrmaschine lose aufgelegt. Dieser von einem unverantwortlichen Leichtsinne des Unternehmers zugehende Mißstand mußte sofort beseitigt werden.

In 68 Betrieben waren ferner Holzlangen nicht vorhanden, in einer ganzen Reihe von Betrieben waren diese Langen mangelhaft, in 242 Betrieben fehlte jedes Verbandsmaterial, in 424 Betrieben die Unfallversicherungsbestimmungen.

Den Unternehmern wurde „nahegelegt“, den Genuß von Spirituosen während der Arbeitszeit in den Werkstätten tunlichst einzuschränken. Gut! Aber die vorgefundenen Mängel müssen doch auch beseitigt werden! Unfallschuld hat das Schmiedehandwerk nach diesem Bericht wahrlich dringend notwendig! Ebenso dringend notwendig wäre es, alljährlich mehr Betriebe revidieren zu lassen. Bis jetzt werden doch eigentlich nur „Stichproben“ gemacht. Der Beamte bemerkt, daß er stets „unvermutet“ revidiert habe. Hat er auch die und da nach den Schlafstellen der Gesellen und Lehrlinge gesehen?!

### Ein zärtlicher Chef.

Unter Ausschluß der Öffentlichkeit wurde gestern vor der zweiten Kammer des Kaufmannsgerichts die Klage der Kontoristin Adelheid B. gegen den Kaufmann A. Felsau, Inhaber eines Wurst-Spezialgeschäftes, verhandelt. Die Klägerin war von B. entlassen worden, weil sie den Chef Dritten gegenüber bezichtigt hatte, er habe versucht, ihr Gewalt anzutun. Die Klägerin hielt in der geringen Verhandlung ihre Bezeichnung in vollem Umfang aufrecht. — Der Beklagte bestritt das Vorliegen eines Rotzuckerbrotts und gibt — als Entschuldigung — folgende Darstellung: Er sei am fraglichen Tage durch reichlichen Alkoholgenuß nicht Herr seiner Sinne gewesen und habe in dieser Stimmung allerdings die Klägerin geduzt und auf den Schoß zu ziehen versucht. Am Nachmittag habe er ihr auch in Hemd die Tür geöffnet. Daß sie nicht sofort zurücksprach, sondern ins Zimmer an ihr Pult ging, habe er als Ermunterung aufgefaßt. Er habe dann einzig und allein durch zärtlichen Begehren versucht, ihre Zuneigung zu gewinnen, von Gewalt könne gar keine Rede sein.

Der Vorliegende setzte dem Beklagten auseinander, seine eigenen Angaben genügen, um die Entlassung ungerechtfertigt erscheinen zu lassen. Die Klägerin habe keine unwahre Behauptungen über ihren Chef verbreitet, denn sie konnte mit Recht von „Gewalt autum“ sprechen, wenn sich diese Gewalt auch in sanfter Form zeigte. Das Gericht wäre zu einer Verurteilung des Chefs in Gesamthöhe von 225 M. gekommen, wenn nicht die Klägerin zugab, infolge ihrer durch ihren Rechtsanwalt erhaltenen, nach Ansicht des Gerichts irrigen Auskunft, sich bis zum 1. Oktober nicht um Stellung bemüht zu haben. Dilemm Umstände hatte es der Beklagte zu verdanken, daß er mit einem Vergleiche von 150 M. davonkam.

Es ist bedauerlich, daß einer solchen Sachlage gegenüber ein Vergleich geschlossen ist. Nach dem Befehl lag keineswegs eine Veranlassung dazu vor. Die Klägerin, die zu Unrecht entlassen war und ihrerseits ein Recht zur sofortigen Aufhebung des Arbeits-



Verhältnisse nach der Sachlage hatte, war nach dem Befehl berechtigt, vollen Lohn als Entschädigung zu verlangen. Sie brauchte sich nur das anrechnen zu lassen, was sie durch anderweitige Verwendung ihrer Dienste erworben oder „zu erwerben böswillig“ unterlassen hatte. Den Beweis für solches „böswillige“ Unterlassen hatte der Beklagte zu führen und hat ihn nicht einmal angetreten.

## Gerichts-Zeitung.

### Wahlnachträge.

Verletzung des Gesetzes über das Vereins- und Versammlungsrecht und Beleidigung von Polizeibeamten wurde dem Genossen Paul Guttier zur Last gelegt, der gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts Berlin III stand. Der Angeklagte leitete eine am Abend des Wahltages in Schmargendorf abgehaltene Versammlung. Längere Zeit nach deren Eröffnung erschienen dort die Gendarmenwachmeister Siborins und Ehrenbrecht zur Überwachung und verlangten einen angemessenen Platz zur Wahrnehmung ihrer dienstlichen Obliegenheiten. Der Angeklagte erklärte, daß er ihnen nun einen anderen Platz nicht mehr anweisen könne als einen, den sie für ungeeignet erklärten. In einer Schlußansprache soll der Angeklagte sich einer Beleidigung der beiden Beamten schuldig gemacht haben. Das Charlottenburger Schöffengericht hatte das Vorliegen einer Verletzung des Vereinsgesetzes verneint und den Angeklagten wegen Beleidigung der Gendarmen zu 100 Mark Geldstrafe event. 20 Tagen Gefängnis verurteilt. Hiergegen hatte der Staatsanwalt und für den Angeklagten auch Rechtsanwalt Dr. Herzfeld Berufung eingelegt. Entgegen den Befindungen der beiden Gendarmen bestätigte ein Teilnehmer an der Versammlung an der Hand seiner Notizen dem Angeklagten, daß die beiden Beamten den ganzen Gedankengang seiner Rede nicht richtig erfasst haben müßten. Trotzdem bestätigte das Gericht das erste Urteil und legte außerdem dem Angeklagten eine Geldstrafe von 30 M. wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz auf.

### Ein großer Streikprozess

wurde am Dienstag vor der Strafkammer des Landgerichts Erfurt verhandelt. Angeklagt waren zwölf Bauarbeiter, die sich gegen die §§ 111, 114, 116, 185 Str.-G.-B. sowie gegen § 153 der Gewerbeordnung vergangen haben sollten. Der Anklage liegt folgender Vorfall zugrunde: Am 22. Juli d. J. waren auf dem Bahnhofsplatz des Personenbahnhofs Erfurt eine Anzahl ausländischer Maurer und Bauhilfsarbeiter auf Streikposten usw. anwesend, als sie durch das Auftreten eines Agenten aufmerksam wurden, daß ein Transport arbeitswilliger Italiener zu erwarten war, die denn auch abends gegen 1/2 9 Uhr von Halle her eintrafen und für den Maurermeister Grohmann in Erfurt angeworben wurden. Das besetzte die Ausständigen natürlich in große Erregung und als der Zug eintraf, suchten sie die Italiener zur Weiterfahrt zu bewegen; dem wollte auch ein Teil der Leute nachkommen. Die Anklage behauptet jedoch, daß einige der Angeklagten die Italiener gewalttätig am Aussteigen gehindert und sie in den Wagen zurückgeworfen hätten. Auch zwei Polizeibeamte sowie der Bauunternehmer sollen tätlich angegriffen, bedroht und beleidigt worden sein. Inzwischen hatte sich, da die Vorgänge bekannt geworden waren und um diese Zeit ein lebhafter Zugverkehr herrscht, auf dem Platz vor dem Bahnhof eine große Menschenmenge angehäuft, die nur schwer und nach Aufgebot einer großen Anzahl Schutzleute auseinandergebracht werden konnte. Unter dieser Menschenmenge sollen sich die Mehrzahl der Angeklagten ebenfalls befunden haben und nicht der dreimal erlassenen Aufforderung zum Auseinandergehen gefolgt sein; gegen sie richtet sich mithin außerdem die Anklage aus § 116 wegen Auflaufs. Der letzte Angeklagte endlich hat sich wegen Widerstands gegen einen Polizeibeamten zu verantworten.

Nach Beendigung der umfangreichen Beweisaufnahme beschloß das Gericht zunächst, sich wegen der auf dem Bahnhofsplatz und am Bahnhofsplatz abgehaltenen Vorgänge für unzuständig zu erklären und die daran Beteiligten sechs Angeklagten dem Schwur-

gerichte zu überweisen. Von der Teilnahme an dem Menschenauflauf auf dem Bahnhofsplatz wurden 6 Angeklagte freigesprochen. Gegen die vier anderen mußte der Staatsanwalt nach dem Ausfall der Beweisaufnahme selbst Freisprechung beantragen. Gegen drei andere Angeklagte wird nochmals gesondert verhandelt werden, weil sich eine weitere Zeugenvernehmung nötig macht. Ein Angeklagter wurde wegen Beleidigung am Aufzug zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte drei Monate Gefängnis beantragt.

### Aus der Zeit des polnischen Schulstreiks.

Wegen Beleidigung des Kreisinspektors K. in Warschau ist am 5. April von der Strafkammer in Dohnsalka der Redakteur des „Dziennik Kujawski“, Kajimir Janowski, zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt worden. Er hatte in einem Artikel von einem sogenannten komischen Vorfall gesprochen, der sich in der Labischiner Volksschule ereignet habe. Der Kreisinspektor habe von den Kindern solche Antworten erhalten, daß er die Gendarmen habe holen müssen, um ohne Furcht in sein Hotel zu gelangen. In der Schule sei er mutig, indem er Kinder schlagen und martern lasse, draußen trage er einen Revolver bei sich und lasse sich von Gendarmen begleiten. Festgestellt ist von der Strafkammer folgendes: Der Kreisinspektor wurde von den Kindern mit Brummen statt mit Gruß empfangen und erhielt keine oder falsche Antworten. Deshalb ließ er mehrere Kinder durch den Lehrer züchtigen. Inzwischen sammelten sich draußen murrende Eltern an. Ohne Wissen des Inspektors wurden zwei Gendarme geholt. K. unterließ sich noch lange mit dem Lehrerkollegium, ehe er die Gendarmen im Schulhause bemerkte, über deren Anwesenheit er seine Vermunderung ausdrückte. Dann ging er im Gespräche mit dem einen Gendarm fort und beschwichtigte unterwegs unwillige Verhärzungen von Eltern. — Die Revision des Angeklagten kam am Dienstag vor dem Reichsgericht zur Verhandlung. Er betraf sich darauf, daß er die Sache so dargestellt habe, wie sie ihm erzählt worden sei. Der Artikel richte sich gar nicht gegen K., sondern gegen das System. — Das Reichsgericht erkannte auf Verwerfung der Revision, weil sich deren Angriffe nur gegen die tatsächlichen Feststellungen richten, deren Nachprüfung dem Revisionsgericht nicht zusteht.

## Versammlungen.

Bei der Firma „Monoline“, Aktiengesellschaft, Berlin SW., Alte Jakobstraße, herrscht unter den Arbeitern und Arbeiterinnen große Unzufriedenheit, deren Ursachen in einer Betriebsversammlung am Montag in den Rittersälen erörtert wurden. Der Referent Otto Handke als Vertreter vom Deutschen Metallarbeiterverband unterzog die Verhältnisse, die bei dieser Maschinenbau-Gesellschaft herrschen, einer eingehenden Kritik. Eigenmächtig bezieht er schon, wenn man hört, daß dort bei einer Zahl von 350 Arbeitern und Arbeiterinnen 100 Bekehrte angenommen worden sind! Mit Vorliebe werden Leute angestellt, die im Christlichen Metallarbeiterverband organisiert sind. Mit einer Karte vom Arbeitsnachweis des Verbandes der katholischen Arbeitervereine ist es nicht schwer, sofort angestellt zu werden. Freilich müssen die „Christlichen“ auch äußerst billig arbeiten. Eine Reihe von Beschwerden haben die Arbeiter vorzubringen und sie beauftragten eine Kommission, mit der Direktion Rücksprache zu nehmen, aber die Direktion empfing die Vertreter der Arbeiter nicht und zwei Mitglieder der Kommission belamen sogar ihre Entlassung. Dies erregte natürlich große Entrüstung. Die Arbeiter beklagen sich sehr über ungerechte Behandlung durch einige Vorgesetzte; sie behaupten, daß die Vereinbarungen über Abschlagszahlungen bei der Affordarbeit nicht eingehalten werden und daß das Bestreben obwalte, die Affordsätze zu reduzieren. Die Strafgesetze werden in einem ziemlich reichen Maße erhoben, aber den Arbeitern wird nicht gestattet, bei der Verwendung der Gelder mitzureden. In sanitärer Beziehung bleibt viel zu wünschen übrig. Die Wascheinrichtung befindet sich im 5. Stockwerk, unter dem Dach. Wer nun eine sehr schmutzige

Arbeit verrichtet oder mit giftigen Substanzen zu tun hat, braucht natürlich viel Zeit, bis er vor dem Frühstück oder Mittag sich etwas säubert in dem weit entfernten Waschraum; deshalb wird eine Wascheit von 5 Minuten vor jeder Pause verlangt. Für Trinkwasser ist auch nicht gesorgt. Diese und ähnliche Wünsche sollte die Kommission vortragen; sie wartete 14 Tage lang und fragte sechs Mal an, wann die Direktion Zeit habe, die Kommission anzuhören, bis endlich der Bescheid kam, daß die Direktion überhaupt keine Zeit dazu habe. — Die Versammlung erhob energischen Protest gegen ein solches Verhalten; die Arbeiter und Arbeiterinnen sind nicht gewillt, sich in dieser Weise fortgesetzt behandeln zu lassen. Die Direktion war eingeladen worden, einen Vertreter zu der Betriebsversammlung zu entsenden, war aber dieser Einladung nicht nachgekommen.

### Die folgende Resolution wurde angenommen:

Die am 30. September 1907 tagende Versammlung der bei der „Monoline“ beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen protestiert ganz entschieden gegen die Haltung der Direktion gegenüber der von der Arbeiterschaft gewählten Kommission. Die Nichterkennung der Kommission ist in den heutigen sozialen Zeitverhältnissen um so unverständlicher, da es auch bei den größten Industriefirmen üblich ist, es sogar als eine Notwendigkeit von den Arbeitgebern bezeichnet wird, daß Wünsche, Beschwerden und Forderungen der Arbeiterschaft durch eine geeignete Vertretung den Arbeitgebern zuerst mitgeteilt werden. Wenn die Direktion der „Monoline“ eine Ausnahme in dieser Hinsicht machen will, dann erweckt sie den Anschein, daß mit Absicht eine Differenz ernsteren Charakters mit der Arbeiterschaft gesucht wird. Sollte die Direktion in Zukunft diese Haltung noch einnehmen, dann hat dieselbe die Folgen einer solchen Stellungnahme selbst veranlaßt.

### Eingegangene Druckschriften.

Führer durch die Unfallversicherung des Deutschen Reichs. 50 Bl. für die Versicherten nach dem neuesten Stande der Gesetzgebung und Rechtsprechung bearbeitet von Ernst Junke, Verlag von Franz Vahlen in Berlin W. 8.

# Inserate

für die nächste Nummer müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags des vorherigen Tages in unserer Expedition abgegeben werden.

## Größere Anzeigen

für die

## Sonntags-Nummer

erbitten dagegen schon bis

freitag nachmittag 5 Uhr,

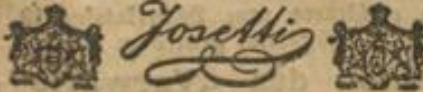
da nur in diesem Falle die Aufnahme garantiert werden kann.



### Drei Dinge sind nötig zur Herstellung bester Cigaretten:

1. Umfassendes Verständnis der Fabrikation.
2. Allerbeste Rohmaterialien.
3. Technisch vollkommenste Fabrikeinrichtung.

Dafür zu sorgen ist unsere Sache. Eins nur ist nötig zum Einkauf bester Cigaretten: darauf zu achten, dass die Cigaretten die Marke



tragen. Dafür zu sorgen ist Ihre Sache. Diese vier Faktoren gewährleisten Ihnen den Einkauf denkbar bester Cigaretten. Die Marke Josetti ist die Garantie.

Dass wir die besten Cigaretten fabrizieren, können Sie selbst feststellen bei einem Versuch mit irgend einer Sorte deren Vorzüglichkeit durch die Marke Josetti garantiert ist. Josetti Juno 10 St. 20 Pf. Josetti Vera 10 St. 30 Pf.



## An die Hausfrauen von Berlin.

## Zur Richtigstellung

## einer ganz unwahren Behauptung!

Durch Zeitungen, Flugblätter usw. wird die Nachricht verbreitet, daß die Mitglieder des Verbandes der Fabrikanten von Markenartikeln, zu denen auch wir gehören, einen Ring geschlossen hätten, um die feststehenden Detailverkaufspreise ihrer Waren zu erhöhen.

### Dies ist eine Unwahrheit!

Wir erklären, daß der bewährte, allgemein beliebte Kathreiners Malzkaffee nach wie vor zum bisherigen Preise an das Publikum verkauft werden wird.

Die verehrten Hausfrauen von Berlin bitten wir, sich durch oben erwähnte Ausstreuerungen nicht irreführen zu lassen, vielmehr im eigenen Interesse darauf zu bestehen, daß ihnen, wie bisher, Kathreiners Malzkaffee verabsolgt wird und nicht eine andere, minderwertige Ware.

Sollten die Mitglieder von Konsumvereinen den echten Kathreiners Malzkaffee in ihrem Konsumverein nicht bekommen können, so erhalten sie ihn bei jedem anderen Kaufmann zum bekannten, bisherigen Preise.

## Kathreiners Malzkaffee-Fabriken,

Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

München.



# A. JANDORF & Co

Spittelmarkt

Belle Alliancestrasse

Grosse Frankfurterstrasse

Brunnenstrasse

Kottbuser Damm

Donnerstag, Freitag, Sonnabend, Montag



Schreibhefte 20 Blatt stark mit Lösblatt	Dtzd. 70 Pf.
Oktavhefte 3, 5 Pf.	Aufgabenhefte 3, 4, 6 Pf.
Diarien mit festem Deckel	18, 25, 38 Pf.
Diarien mit Wachstuchdeckel	18, 35 Pf.
Löschblätter stark, in Mappen	25 Blatt 6 Pf.
Blaue Umschläge	25 Bogen 10, 25, 50 Pf.
Heft-Etiketten	100 Stück 8, 10 Pf.
Griffel	Dutzend 8, 15 Pf.
Schiefertafeln 18, 22 Pf., poliert 45 Pf., Apptafeln 45, 95 Pf.	
Federkasten	8, 15, 25 Pf.
Federkasten doppelt	25, 35, 45 Pf.
Federkasten schwarz lackiert	25, 35, 48 Pf.
Zeichenblocks	9, 18, 25 Pf.
Zeichenständer	35, 45 Pf.
Ordnungsmappen mit Einrichtung	25, 38, 48, 85 Pf.
Zensurenmappen vorschriftsmässige Formate	25, 45, 75 Pf.
Schreibzeuge für die Schule, 1 Glas 40 Pf., 2 Glas 75 Pf.	
Schultinte	Flasche 3, 5, 10, 25 Pf.
Tinte rot oder blau	Flasche 6, 12 Pf.
Tuschkasten für den Schulgebrauch	25, 45, 75 Pf.
Tuschkasten Tubenfarben	75, 1.20, 2.25

Zirkelkasten	25, 45, 95 Pf.
Reisszeuge für Fachschulen	95, 1.45, 1.95, 3.00 bis 20.00
Reissbretter nach Vorschrift	1.15, 1.45, 1.75, 2.25 bis 6.00
Skizzenbücher	15, 25, 35, 60, 95 Pf.
Radiergummi Marken AKA, Toff-Toff, Blitz	5, 8, 15 bis 1.20
Reissnägel	3 Dutzend 7 Pf., 12 Dutzend 15, 20, 30 Pf.
Schulfedern:	Alfred 2100 Perry 17 Perry 28
	Dutzend 15 Pf. Dtzd. 8 Pf. Dtzd. 10 Pf.
Schulfedern 3 Dutzend	Karton 15 Pf.
Röder Börsenfedern	Dutzend 15 Pf.
Gemischte Federn	Karton ca. 100 Stück 25 Pf.
Bleistiftspitzer nur gute neue Systeme	20, 45, 65 Pf.
Bleistifte:	Schulstift Faber „Raffael“ „Dessin“
	Dutzend 20 Pf. Dtzd. 45 Pf. Dutzend 68 Pf.
A. W. F. Polygrades	13 Pf.
Kohinoor	25 Pf.
Albrecht Dürer	9 Pf.
Federhalter	2, 4, 6, 8 Pf.
Federbüchsen	4, 6, 8 Pf.
Federwischer	4 Pf.
Butterbrotpapier ca. 100 Bogen	20 Pf.
Zeichenkohle	Karton 5 Pf.

## Schulmappen für Mädchen

Glanz-Ledertuch schwarz mit Rindlederhenkel in der Hand und auf dem Rücken zu tragen	1.25, 2.25
Leder-Imitation braun mit Leinenfutter, in der Hand und auf dem Rücken zu tragen	2.90
Leder schwarz mit Futter, in der Hand und auf dem Rücken zu tragen	3.85
Rindleder ohne Pappeneinlage und ohne Futter, in der Hand und auf dem Rücken zu tragen	4.95, 6.85

## Schulmappen für Knaben

Glanz-Ledertuch schwarz, mit schw. Ledertuchklappe	95 Pf.
Ledertuch schwarz, mit imitierter Seehundklappe	1.35, 1.85
Leder-Imitation braun, mit brauner Klappe	2.75
Leder mit Leder-Klappe	3.85
Rindleder mit Rindlederklappe, ohne Pappeneinlage und ohne Futter	4.95, 6.85
Frühstücks-Taschen Wachstuch	45 Pf.
Frühstücks-Taschen Rindleder	95, 1.25

## Schuhwaren

Rossleder Knopf- und Schnürstiefel		
Grösse: 27-30	31-35	36-40
	3.45	3.95
		5.25
Box-Calf Knopf- und Schnürstiefel		
Grösse: 27-30	31-35	36-40
	5.25	6.25
		7.25

## Reform-Hängeschürzen

Panama schwarz mit Volant und farbigem Börtchen				
ca. 60	65	70	75	80 cm
	1.25	1.40	1.55	1.70
				1.85
Panama schwarz mit Volant und breitem gestickten Besatz				
ca. 60	65	70	75	80 cm
	1.75	1.90	2.05	2.20
				2.35
Panama schwarz mit Volant und Tasche, elegante Garnierung				
ca. 60	65	70	75	80 cm
	2.25	2.40	2.55	2.70
				2.85

Verkaufsstelle für Abonnements-Marken der Grossen Berliner Strassenbahn

### Bekanntmachung.

Auf unsere Veranlassung veranstaltet das „Theater an der Spree“, Köpenickerstrasse 68, am nächsten Sonntagnachmittag eine **Sonder-Vorstellung** der Alt-Berliner Posse „Der Aktienbuhler“. Wir haben hierfür **sämtliche Plätze** gekauft und verkaufen sie zu folgenden Preisen:  
**Jeder Platz im Parkett, I. Rang und Logen . 1.00 Mark.**  
 II. Rang . 0.50  
 Wir bitten die Mitglieder der **begüterten Kreise** ausdrücklich, hiervon **keinen Gebrauch** zu machen. Andere Vereine, Fabriken, Geschäfte usw., die eine **größere Anzahl** Billets benötigen, wollen sich **direkt mit uns** in Verbindung setzen.  
**Der Vorstand der**  
**Lessing-Gesellschaft für Kunst u. Wissenschaft**  
 Eingetragener Verein.  
 Billetverkauf in unserem Bureau: West-Buchhandlung Kantorowicz, Potsdamerstr. 135, allen Warenhäusern Wertheim und an der Theaterkasse, Köpenickerstr. 68. 74/20\*

### Vertrauen muß

der deutsche Handel fassen, er muß sich für die ihm von den **Tiefspekulanten** an den **Produktenbörsen** bebrachten **Verluste** revanchieren, er muß diese **jetzt** dafür **bluten lassen**, er muß **tüchtig eingreifen**, er muß **große Lebensmittelvorräte** hinlegen, um das **deutsche Volk ernähren** zu können.

Das **Wirtschaftsbild** der **Gegenwart** und der **Zukunft** ist zu beziehen durch alle **Buchhandlungen** (Kommissionär: Otto Weber, Leipzig). **Brochüre A**, vollständige Ausgabe, **Mk. 2.** — **Teil- und Volksausgabe**, 60 Pfg. Gegen Einsendung von **Mk. 2.10**, bzw. **65 Pfg.** für das **Inland**, **Mk. 2.20** bzw. **70 Pfg.** für das **Ausland**, werden die **Brochüren** portofrei vom **Verfasser Kaufmann Michael Proestler** in **Würzburg** versandt, wenn in **Buchhandlungen** nicht erhältlich.  
 Man verlange ebendasselbe **Flugschriften** und **Prospekte**.

## Knorr's Hafermehl

Bestes Rohmaterial und sorgfältige Fabrikation bedingend die wertvollen Eigenschaften von **Knorr's Hafermehl** als leichtverdaulichste, nahrhafte und Durchfallvorbeugende **Kindernahrung**.

Nähre mit „Knorr“.

## Möbel

zu staunend billigen Preisen

auch auf 187L\*

Teilzahlung.

Riesenauswahl.

## M. Landau

Oranienstraße 193.

## Möbel

Komplette Wohnungs-Einrichtungen in allen Stil- und Holzarten.

Einzelne Möbel als Ergänzungsstücke.

**Wochenrate 1.00.**

**S. Dorn, Alte Schönhauserstr. 3**

Am Schönhauser Tor. 752\*

Wir haben noch eine Anzahl Exemplare von

### Ferdinand Freiligraths Werken

Mit einer Einleitung von Schmidt-Weigensfeld in drei eleganten Leinenbänden gebunden

am Lager, die wir den Lesern unseres Blattes weiter zu dem

**Ausnahmepreis von 3 M.**

abgeben können.

Der soeben erschienene neue Bücherkatalog ist in unserem Geschäftskatal gratis zu haben.

Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, Laden.

## Möbel

außergewöhnlich billig, auch auf Teilzahlung.

Moabit, Otto-Strasse 2

(nahe Turm-Strasse)

J. Kirstein.

186L\*



Ein Kulturbild aus Crimmitschau.

„Das war ein schwarzer Tag für uns!“ werden die Crimmitschauer Veranlasser eines staatsanwaltlichen Kesselreibens gegen das „Sächsische Volksblatt“ in Zwickau auszurufen, wenn sie das Fazit des Prozesses ziehen, der dieser Tage vor dem Zwickauer Gericht gegen den Redakteur Schubert des genannten Parteiblattes und den Stadtverordneten Genossen Fiedler aus Crimmitschau verhandelt wurde.

Kläger war der Stadtrat in Crimmitschau in der Person des unbesoldeten Stadtrates Schwabenfabrikant Richter.

Der noch in aller Erinnerung stehende denkwürdige Lohnkampf in Crimmitschau Ende 1903 und Anfang 1904, der mit einer Niederlage der Arbeiter endete, hatte eine Verschärfung der wirtschaftlichen und politischen Gegensätze im Gefolge, die heute noch andauert und ihren gelegentlichen Ausbruch im Gerichtssaal findet. Seit dieser Zeit ist das Crimmitschauer Fabrikantentum unablässig bemüht, den Einfluß der organisierten Arbeiterschaft auf allen Gebieten zu brechen und besonders ihre Wirksamkeit auf kommunalem Gebiete lahmzulegen. Es sei nur an die verflochtenen Stadtverordnetenwahlen vor ein und drei Jahren erinnert, wo das die Stadtverwaltung unbeschränkt beherrschende Fabrikantentum beispiellose Anstrengungen machte, mit Hilfe der neugegründeten nationalen Knüttelgarde unsere Genossen aus dem Stadthause zu verdrängen. Das gelang damals nicht, und die letzten Crimmitschauer Stadtverordnetenwahlen haben bewiesen, daß alle ähnliche Versuche der Fabrikanten in Zukunft elend scheitern werden, dank der zielbewußten Geschlossenheit der Crimmitschauer organisierten Arbeiterschaft.

Aber was man auf dem geraden Wege der Vergewaltigung nicht erreichte, versuchte man auf dem krummen Wege kleinlicher Schikanierungen unserer im Stadtverordnetenkollegium tätigen Genossen.

So hat man es vor gar nicht langer Zeit fertig gebracht, unseren Genossen Meißel auf Jahre hinaus aus dem Schulausschuß auszuschließen, nur weil er es gewagt hatte, Mißstände im Schulwesen vor der Öffentlichkeit aufzudecken. Freilich haben die Herren Crimmitschauer Gewalttäter nachträglich eine Rektifizierung durch die Aufsichtsbehörde erfahren, so daß die Herren im Schulausschuß unseren Genossen in nicht allzu ferner Zeit wieder unter sich sehen werden.

Die Klagen der Crimmitschauer Stadtherren gegen das „Sächsische Volksblatt“ und gegen Genossen in Crimmitschau bilden eine stehende Rubrik vor dem Schöffengericht Crimmitschau und dem Landgericht Zwickau. Aber bisher hat man mit solchen Klagen wenig Glück gehabt. Gewiß, in den meisten Fällen sind Verurteilungen erfolgt, aber trotz der Verurteilung konnten die Genossen folgerhebenden Hauptes als moralische Sieger im Kampfe gegen die Kommunalherrschaft der Crimmitschauer Fabrikanten den Gerichtssaal verlassen.

Diesmal handelte es sich um folgendes:

In seiner Eigenschaft als Stadtverordneter waren dem Genossen Fiedler Beschwerden über Mißstände im Armenwesen zugegangen, die er pflichtschuldigst im Armenausschuß vorbrachte. In einer Sitzung des Armenausschusses verlangte man von Fiedler, er solle die Beschwerden vortragen. Es war Fiedler vorher keine Mitteilung zugegangen, daß er sein Material in der Sitzung vorlesen sollte. Infolgedessen erklärte Fiedler in der Sitzung, er wolle dem Ausschuß sein Material schriftlich vorlegen, womit man einverstanden war. Auf Grund dieses durchaus richtigen Verhaltens Fiedlers warf Stadtrat Richter, der Vorgesetzte im Armenwesen, dem Genossen Fiedler vor, er hätte unbewiesene Beschuldigungen aufgebracht. Der Herr Stadtrat sprach seine Verwunderung aus, daß ein Mann wie Fiedler in dieser Weise gegen den Stadtrat vorgehen könne, ohne Beweise zu erbringen.

Infolge dieses unmotivierten Angriffs erklärte nun Fiedler, daß er jetzt sein Material dem Stadtverordnetenkollegium vortragen werde.

In der betreffenden Stadtverordnetenversammlung kürzten sich nun die regierenden Herren von Crimmitschau mit grümmender Miene auf unseren Genossen. Es regnete Beschimpfungen Fiedlers. So erklärte der Vizevorsitzer Dr. Wagner, Fiedler suche städtische Einrichtungen mit zynischem Hohn zu verunglimpfen und hüble um den Weisfall der Gasse. Weiter sagte ein Herr Schumann, die Tätigkeit des Herrn Fiedler bestehe nur darin, Ungleichheit zu stiften usw. Schließlich beschloß das Kollegium ein Vertrauensvotum für den angegriffenen Stadtrat Richter, damit seine Tätigkeit als Inspektor des Armenhauses noch lange der Stadt erhalten bleiben möge.

In seiner Verteidigung hatte Genosse Fiedler erklärt, Stadtrat Richter habe ihn in jener Armenausschusssitzung angepöbel. Das war dem empfindlichen Herrn Stadtrat Anlaß genug, um unseren Genossen zu verklagen.

Mit Fiedler war auch der Genosse Schubert vom „Sächsischen Volksblatt“ angeklagt, weil in einem Artikel: „Das Armenwesen im Crimmitschauer Stadtparlament“ gesagt war, unter Stadtrat Richters Aufsicht und unter der Verwaltung des früheren Armenhausverwalters sei das Armenhaus verkauft und verwanzt gewesen.

In der Verhandlung wurden geradezu haarsträubende Verhältnisse im Crimmitschauer Armenhause aufgedeckt, wie sie bis zum Amtsantritt des jetzigen Armenhausverwalters bestanden haben.

Der Armenhausverwalter Rascher sagte als Zeuge aus, daß bei seinem Amtsantritt das Armenhaus voll ungeziefer gewesen sei. Die Bettstellen waren samt und sonders verwanzt. 25 Bettstellen mußten sofort weggenommen werden. Weiter wurde festgestellt, daß ein Tisch so von Wanzen durchsieht gewesen ist, daß eine Zeise förmlich zerpfissen schien. Alte Bettstellen waren mit Striden zusammengebunden. Die Decken waren so verschmutzt, mit ungeziefer hart behaftet und zerrissen, daß der übergroße Teil in die Lumpen getan werden mußte. Der frühere Stadtrat Dr. Busch hat bei seiner kommissarischen Vernehmung in Halle ebenfalls angegeben, daß das Armenhaus von Ungeziefer durchsieht war. Der Fußboden war sehr schlecht und viele Betten verwanzt.

Alle diese Zustände sind durch die mangelhafte Beaufsichtigung, die Stadtrat Richter vorzunehmen hatte, verschuldet.

Geradezu lässlich nahm es sich aus, wie der streitbare Herr Richter am Pruzentisch stand und selber zugeben mußte, bei seinen Armenhausinspektionen nie einen Blick in die verwanzten Betten geworfen zu haben.

Trotz dieser niederträchtigen Beweisaufnahme und trotzdem der Artikel keinerlei formelle Verleumdung enthielt, bis auf eine scherzhafte Bemerkung über Stadtrat Richter als Schützenkönig, wurde Schubert mit 40 Mark Geldstrafe belegt. Genosse Fiedler mußte den Vorwurf des Anpöbelns mit 20 Mark „büßen“. Beide Genossen werden Berufung einlegen.

Wenn also auch diesmal wieder zwei Sozialdemokraten im Kampfe gegen das Crimmitschauer Fabrikantentum als Verurteilte die Stätte des Gerichts verlassen haben, so reden die in der Verhandlung aufgestellten Tatsachen doch zu laut und zu deutlich, als daß die Öffentlichkeit im Zweifel sein könnte, wer die wirklichen Verurteilten sind: Es ist das sozial rückständige Crimmitschauer Stadtregiment, das ausführende Organ des erbsüchtigen Fabrikantentums. Dieses Unternehmertum ist das Hindernis, das Crimmitschauer Gemeinwesen in moderner Weise ausgebaut wird, wie es unsere Genossen erstreben. Deswegen der ständige Kampf unserer Genossen gegen diese ver-

schwägernte und verpöbelte Gesellschaft, die da glaubt, ein vertriebes Anrecht auf die Herrschaft in Crimmitschau zu haben.

Der 4. Kongress der tschechoslowakischen Gewerkschaften.

Prag, 30. September 1907.

Am 28. September trat in Prag der vierte Kongress der tschechoslowakischen Gewerkschaften zusammen. Die Gewerkschaftskommission hatte dem Kongress einen umfangreichen Bericht über ihre Tätigkeit vorgelegt und benützte den Umstand, daß die Kommission 10 Jahre bestche, dazu, um ein Bild über die Geschichte und Entwicklung der tschechoslowakischen Gewerkschaftsbewegung zu geben.

Der Kommission waren im Jahre 1907 nur 134 Organisationen mit 7102 Mitgliedern angeschlossen; diese Zahl wuchs derart, daß die Kommission im Jahre 1900 bereits 514 Vereine und 22 723 Mitglieder zählte. Das letzte Berichtsjahr weist jedoch eine Anzahl von 1208 angeschlossenen Vereinen mit 60 971 Mitgliedern auf, wovon 3280 Frauen sind. Bis auf ganz geringfügige Ausnahmen sind alle Branchen in der tschechoslowakischen Gewerkschaftskommission vertreten.

Mit dem Anwachsen der Mitgliederzahl wuchsen natürlich auch die Pflichten der Gewerkschaftskommission. Ihre Ausgaben beliefen sich im Jahre 1906 auf 448 976 Kr., so daß auf ein Mitglied ein Beitrag von 12 Kr. entfällt. Hiervon kamen auf Unterhaltungen 234 812 Kr. (6,30 Kr. pro Mitglied), auf die übrigen Ausgaben als Rechtsschutz, Fachblätter, Bildungsziele, Agitation, Gehälter usw. 212 164 Kr. (5,70 Kr. pro Mitglied). Das Vermögen der Gewerkschaftskommission angeschlossenen Vereine auf 869 137 Kr., ihre Streikfonds auf 133 343 Kr. beliefen.

Der Bericht weist ferner nach, was für Kämpfe die tschechoslowakische Arbeiterschaft in den letzten 10 Jahren zu bestehen hatte; es sind hier von namentlich die großen Ausstände der Textilarbeiter im Jahre 1899, der Streik der Bergarbeiter im Jahre 1900, der Streik der Hüttenarbeiter in Mähr.-Odrau im Jahre 1906, die bedeutendsten. Aber neben den Streiks hatten die Organisationen der tschechischen Arbeiterschaft namentlich in den letzten Jahren von den neu ins Leben gerufenen Unternehmerorganisationen zu leiden, welche nur zu leicht dazu zu bewegen waren, die Kräfte ihrer neuen Organisationen mit denen der Arbeiterorganisationen zu messen. Doch blieb die Arbeiterschaft in diesen großen Kämpfen im großen und ganzen Sieger. Es gab natürlich auch Niederlagen, die oft sehr empfindlich waren; aber nie wurde die Zertrümmerung der Gewerkschaft erreicht. Je mehr die Macht der Gewerkschaften wächst, je fester die Organisation wird, desto seltener kommt es zu unüberlegten Streiks, desto häufiger werden Verhandlungen angebahnt und Kollektivverträge mit den Unternehmern geschlossen.

In den Jahren 1901 bis 1905 gab es in Böhmen 306 Ausstände, an denen 45 423 Arbeiter teilnahmen, und die 643 431 Tage dauerten. Hiervon waren 101 (25,5 Proz.) Abwehrstreiks mit 11 754 (25,8 Proz.) Arbeitern und 151 580 (23,5 Proz.) Tagen. Von diesen Abwehrstreiks wurden 52 (51,5 Proz.) mit 6767 (57,5 Proz.) Arbeitern nach einer Streikdauer von 95 097 (82,7 Proz.) siegreich zu Ende geführt. Bei den übrigen siegten die Unternehmer.

In den 205 Angriffstreiks waren 33 889 (74,2 Proz.) Arbeiter beteiligt und die Streiks dauerten 491 571 Lohnstage. Mit einer Ertragslosigkeit endeten 219 (74,3 Proz.) Ausstände, an denen 25 371 (75,5 Proz.) Arbeiter beteiligt waren und die 398 441 (81 Proz.) Tage dauerten.

Auch die Gewerkschaftspresse zeigt einen erfreulichen Aufschwung. Im Jahre 1898 hatte die tschechoslowakische Gewerkschaftsbewegung 10 Blätter mit einer Auflage von 21 700 Exemplaren, heute zählt sie 48 Fachblätter, die in einer Auflage von 180 250 Exemplaren erscheinen.

An dem Kongresse selbst nahmen 63 700 organisierte Arbeiter durch 309 Delegierte teil. Die Wiener Reichsgewerkschaftskommission war durch Genossen Hueber vertreten.

Neben administrativen Angelegenheiten erledigte der Kongress mehrere Fragen von allgemeinem Interesse. Zur Frage der Tarifverträge nahm er eine Resolution an, in welcher die gesetzliche Regelung derselben und die Ungültigkeitserklärung der einem Tarifvertrage zuwiderlaufenden Arbeitsverträge verlangt wird. Als notwendige Voraussetzung für die Erspriechlichkeit eines Tarifvertrages wird jedoch eine starke Gewerkschaftsorganisation sowie vollständige Koalitionsfreiheit erklärt.

Der Kongress nahm weiter scharfe Stellung gegen den Aufschwung, wonach Arbeiter bei den Arbeitgebern Kost und Logis beziehen. Die Resolution macht auf die moralischen und materiellen Schäden dieser Art von Arbeitsverträgen aufmerksam und fordert eine rege Agitation in Wort und Schrift gegen diese patriarchalische Entlohnung der Arbeiter.

Der Umstand, daß die Regierung zahlreiche Ausnahmen von der geschlichen Sonntagsruhe zuläßt, veranlaßte den Kongress neuerdings die Forderung der Wündigen Sonntagsruhe nachdrücklich zu proklamieren.

Das meiste Interesse des Kongresses nahm jedoch der Konflikt mit der Wiener Gewerkschaftskommission in Anspruch. Wie vorausgesehen war, nahm der Kongress eine Resolution an, in welcher an der Selbständigkeit der tschechoslowakischen Gewerkschaftskommission sowie an der Forderung einer selbständigen Vertretung in der Arbeiterinternationale festgehalten wird. Die Kommission wurde beauftragt, in allen gemeinsamen Angelegenheiten mit der Wiener Gewerkschaftskommission sowie mit den ausländischen Gewerkschaftszentralen in Fühlung zu treten.

Der Kongress war jedoch nicht nur von einem numerischen Aufschwunge der tschechoslowakischen Gewerkschaftsbewegung, sondern auch von einem bedeutenden kulturellen Fortschritt derselben. Seine Verhandlungen bewegten sich auf einem Niveau, welches einen jeden Sozialisten mit Freude erfüllen mußte.

Anherordentliche Generalversammlung des Verbandes der Lithographen, Steindruckern und verwandten Berufe.

(Deutscher Seneffelderbund.)

München, 30. September 1907.

Im Anschluß an die Generalversammlung des Deutschen Seneffelderbundes wurde heute die Generalversammlung des Verbandes der Lithographen usw. eröffnet.

Es wird zunächst der Bericht der Mandatsprüfungskommission entgegengenommen. Danach sind 60 Delegierte anwesend. Die österreichische Bruderorganisation ist vertreten durch Mühlberger-Wien; ebenso ist der Verband der Buchdruckerhilfsarbeiter und Arbeiterinnen durch dessen Vauvorsitzenden Albert Schmidt-München vertreten.

Sämtliche Mandate werden für gültig erklärt.

Hierauf wird der

Bericht des Hauptvorstandes

und des Ausschusses entgegengenommen. Der ebenfalls gebrauchte vorliegende Geschäftsbericht wird von dem Vorsitzenden des Hauptvorstandes, Kollegen Sillier-Wien, ergänzt.

Aus dem Rechnungsbuch ist folgendes hervorzuheben: Nach Auflösung des gewerkschaftlichen Teiles vom Seneffelderbund beschloß die hannoversche Generalversammlung am 5. April die Wiedergründung eines Verbandes zur Vertretung gewerkschaftlicher Interessen. Als Sitz des Hauptvorstandes wurde Berlin be-

stimmt und die Kollegen O. Sillier zum Vorsitzenden, B. Brall zum Kassierer und M. Obier zum Sekretär gewählt. Am 12. Mai kam in Leipzig eine Verschmelzung mit dem Lithographenbund (Sitz Nürnberg) zustande. Es traten 500 Mitglieder vom Lithographenbund in den gewerkschaftlichen Teil des Verbandes am 1. Juli über. — Ferner fanden Verhandlungen mit dem Formstecherverband statt bezweckend Verschmelzung. Es ist die Auflösung des Formstecherverbandes und Uebertritt der Mitglieder desselben in den Verband am 1. Januar 1908 geplant. — Am 10. August wurde Kollege P. Parthel-Wien zum Redakteur der „Graphischen Presse“ mit einem Jahresgehalt von 2300 Mk. gewählt. — Am 1. September wurde Kollege O. Waulnecht-Stuttgart zum Vauangestellten für das Rheinland, Sitz Köln, gewählt.

— Zu den von der Generalkommission der Gewerkschaften eingerichteten Unterrichtsreisen sollen im Frühjahr und Herbst je zwei Mitglieder entsandt werden. — Der Verband war auf folgenden Kongressen vertreten: auf dem Internationalen Kongress in Stuttgart, auf dem Buchbinderverbandstag, auf dem Internationalen Kongress in Kopenhagen. Auf letzterem stellte der Verband den Antrag zur Schaffung einer internationalen Ausstellung für die graphischen Künste, ferner den Antrag, alle Mitglieder von Verbänden, welche Gegenseitigkeitsverträge abgeschlossen haben, sollen in allen derselben ohne Zahlung des Eintrittsgeldes sofort aufgenommen werden. — Die Konferenz der Tapeten-, Buchstich- und Linoleumdrucker am 1. September in Leipzig beschloß, sich nicht dem Verbands der Fabrik- und Landarbeiter, sondern dem Verbands der Lithographen anzuschließen. — Im letzten Jahre fanden für Lithographen und Steindruckern in 28 Städten und 42 Firmen Lohnbewegungen ohne Streiks statt, wobei es sich um acht- und neunstündige Arbeitszeit, Feiertagsbezahlung, Ueberstundenzuschlag, Lohnerhöhung und Urlaubsbewilligungen handelte. — Streiks fanden vier statt: in Altwasser wegen Nichtbewilligung der Arbeitszeitverlängerung und Feiertagsbezahlung; letztere wurde erreicht; in Neu-Müppin ist gegenwärtig ein Streik wegen Lohnerhöhung; in Leipzig ein Streik wegen Preisschleuberei der Firma Mejo u. Springer; in Karlsruhe wurde die Firma Gusch durch einen dreiwöchentlichen Streik zur Wiederanerkennung des Tarifs gezwungen. — Tarifverträge wurden abgeschlossen mit der Firma Strohschach in Ebersbach i. S. auf drei Jahre bis 1. April 1910, ebenso mit der Firma Serong in Dörfer, mit den Vereinigten Kunstankalsten in Kaufbeuren auf 2 1/2 Jahre. Verschiedene Lithographenfirmen haben den vom 1. Januar 1907 bis 1. Januar 1910 gültigen Tarif anerkannt, wodurch die Prämienarbeit abgeschafft wurde. — Der Verband zählt zurzeit 14 288 Mitglieder, das ist eine Zunahme von 427 Mitgliedern. Nach Verschmelzung mit dem Seneffelderbund wird der Verband 17 500 Mitglieder zählen.

Sillier führte zum Geschäftsbericht aus: Wie in München es geschah, so werden auch die Arbeitgeber anderer Städte die Tarife kündigen und ohne Tarife arbeiten. Er glaube aber, daß die Arbeitgeber die Erfahrung machen werden, daß sie ohne Tarif weit schlechter wegkommen. Dann kritisierte Redner das Vorgehen des Fabrik- und Landarbeiterverbandes, der die Buchstichdrucker und verwandte Gewerbe in seinen Verband ziehen wollte, trotzdem der Verband der Lithographen schon bestimmte Abmachungen mit den Buchstichdruckern getroffen hatte. Redner ist der Ansicht, daß die Interessen der Buchstichdrucker am besten im Verband der Lithographen vertreten werden, da es doch verwandte Gewerbe seien.

Kassierer Brall erstattete den

Rassenbericht

über das 2. Quartal 1907. Der Bericht ergibt eine Einnahme von 62 655,01 Mk. und eine Ausgabe von 33 078,21 Mk., somit einen Ueberschuß von 29 577,70 Mk. Das Gesamtvermögen des Verbandes beträgt 83 943,26 Mk., darunter befinden sich 4506,84 Mk. Vorküsse an Mitglieder. Der Kassierer macht aber darauf aufmerksam, daß der Verband noch an einige Mitglieder, von denen er zu lange Extrasteuern verlangt habe, Gelder hinauszubehalten habe.

Wegner erstattete den

Ausschußbericht.

In der nun folgenden Debatte über den Geschäftsbericht stellt der Vorsitzende auch den Antrag Augsburg zur Diskussion, welcher lautet:

„Restierende Extrasteuern des vergangenen Kampfes sollen bei allen Unterstützungskassen in Abzug gebracht werden können und sollen mindestens bis zur 14. Woche gezahlt werden müssen.“

Dazu liegt ein Antrag Leipzig vor:

„Restierende Streik- und Extrasteuern des vergangenen Kampfes sollen bei allen Unterstützungskassen in Abzug gebracht werden und müssen mindestens in der Höhe von 14 Wochen Streiksteuern und in der Höhe von 10 Wochen Extrasteuern bezahlt werden.“

Rudolf-Hamburg wünscht, daß auf der nächsten Generalversammlung eine gründliche Aussprache über die Auskunftsarten erfolge. — Der Gauvertreter vom Rheinland, Kollege Waulnecht kritisiert die von Seiten des Hauptverbandes der Arbeitgeber eingeschlagene Politik der Tarifkündigung und Weiterarbeitens ohne Tarif. Tarifverträge müssen, soweit sie annehmbar sind, abgeschlossen werden, da sie erfahrungsgemäß zur Steigerung der Löhne beitragen. — Hierauf folgte eine lebhafteste Diskussion über die Extrasteuern, Auskunftsarten, Lehrlingsfrage usw. — Ulrich-Hamburg sagt darüber, daß trotz der Auskunftsarten manche Kollegen unter dem angegebenen Mindestlohn arbeiten. — Rasch-Hannau wünscht, daß die Extrasteuern in anderer Form eingezogen werden. — Leinen-Dresden verlangt, daß die Extrasteuern so lange erhoben werden, bis die Kosten für den letzten Kampf gedeckt sind. — Schulz-Kassel fordert, daß die Fragen der Auskunftsarten der Zahl nach beschränkt werden und daß die Karten streng geheim gehalten werden, da sie sonst den Schatzkammern ein gutes Kampfmittel bieten. — Rudolf-Hamburg verwirft den partiiischen Arbeitsnachweis. — Rappelt-Altmann wünscht die Aufstellung eines Gaubeamten für Schleifen sowie daß den Lehrlingen eine kleine Vorkasse über den Verband eingehändigt wird. — Lindenbahn-Fürth ersucht um Verbreitung eines Situationsplanes über die Zahlstellen. — Herbst-Nürnberg wünscht die Gründung einer Fachschule.

In seinem Schlusswort weist Sillier darauf hin, daß die Auskunftsarten in ihrer jetzigen Form sich bewährt haben und beibehalten werden, denn gerade durch die Lohnfestsetzungen auf diesen Karten ist eine Lohnrückbildung ausgeschlossen. Die Extrasteuern müßten in der Form, wie es der Hauptvorstand vorgeschlagen hat, beibehalten werden.

Der Antrag Leipzig wird hiermit einstimmig angenommen, ebenso ein Antrag Halle, den Hauptvorstand zu beauftragen, eine Klärung und Einigung bezüglich der Organisation der Tapeten-, Buchstich- und Linoleumdrucker und des Verbandes der Fabrik- und Landarbeiter herbeizuführen.

Der Hauptvorstand und die Kontrollkommission werden für die abgeschlossene Geschäftsperiode einstimmig entlastet.

Den nächsten Punkt der Tagesordnung bildet die

Stellungnahme des Verbandes zu den Beschlüssen der General-

Versammlung des Deutschen Seneffelder-Bundes.

In den Uebergangsbestimmungen schlägt der Hauptvorstand und der Ausschuß des Vorstandes vor: 1. Allen in den Verband übertretenden Mitgliedern des Seneffelder-Bundes die Arrenzzeit voll anzurechnen. 2. Die zu gewährenden Unterstützungen aus Verbandsmitteln weiter zu bezahlen. 3. Die Mitglieder des Seneffelder-Bundes, welche der Gewerkschaftskasse des Verbandes nicht angehört, sollen den seit Ostern 1907 fällig gewordenen Beitrag für



die Gewerkschaften nachzahlen. 4. Ausgenommen sind solche abtretenden Bundesmitglieder, die in Staatsbetrieben beschäftigt sind sowie Prinzipale, Betriebsleiter, Oberlithographen, Oberdrucker, Faktoren und alle über 60 Jahre alten Bundesmitglieder. (Hierzu liegt ein Antrag Müller vor: Die Bestimmungen haben nur Geltung für diejenigen Mitglieder, die am 1. Juli 1906 unter die von der Berliner Generalversammlung getroffenen Bestimmungen fielen, soweit sie sich noch in ihren Stellungen befinden und noch Mitglieder sind.) 5. Mitglieder des Bundes, welche nur der Krankenliste angehören, zahlen für diesen Kassenzweig einen Wochenbeitrag von 35 Pf.

6. Als Betriebsleiter Oberlithograph, Oberdrucker und Faktor gilt der, dessen Anstellungsbedingungen den gesetzlichen Bestimmungen bei Betriebsleitern entspricht. 7. Ueber die Beteiligung der Oberlithographen usw. bei Kohnbewegungen entscheidet der Hauptvorstand. 8. Für alle diese Mitglieder ist das Gesamtstatut verbindlich. Hierzu beantragt Müller: Sämtliche Unterstellungen sind freiwillige, nicht Anlagbare. Ferner wird beantragt, den Kassierer des Senefelder Bundes Brall und den Sekretär Lange als besoldete Beamte des Verbandes zu übernehmen und den früheren Kassierer des Bundes G. Dietrich die Pension weiter zu gewähren.

Hierzu liegen folgende Anträge vor: Der Antrag Dresden-Karlruhe fordert, daß Mitgliedern, welche den von Seiten des Reichsschutzbundes gegründeten Verein „Senefelder“ angehören, die Mitgliedschaft im Verband zu verweigern, wenn sie fernerhin dem Reichsschutzbund angehören wollen. Der Antrag Fürth verlangt, daß die sogenannten Halbmitglieder des Senefelder Bundes in den Verband übernommen werden. Die Anträge Hannover-Detmold, Lehr wollen, daß Halbmitglieder in den Verband nicht aufgenommen werden und für Oberlithographen usw. keine Ausnahmestimmungen zugelassen werden.

Sillier begründet die Anträge des Hauptvorstandes; er empfiehlt insbesondere die Uebernahme der Halbmitglieder, die bei Streiks oft eine ausschlaggebende Bedeutung haben. In der nun folgenden Diskussion entspannt sich ein lebhafter Streit über die Aufnahme der Halbmitglieder und die Weiterzahlung der Pension an Dietrich, Bralle, Hannover ist dafür, daß im Interesse einer einheitlichen Organisation, keine Halbmitglieder aufgenommen werden. Der gleichen Anschauung ist Eichenmüller-Nürnberg, der es als unbillig erklärt, Leuten, die materiell am besten in der Lage sind, Beiträge zu zahlen, Vergünstigungen zu gewähren.

Die Anträge 1, 2, 8, 6-8 sowie der Antrag Dresden-Karlruhe werden einstimmig angenommen. Der Antrag unter 4 wird mit 48 gegen 18 Stimmen angenommen; dagegen stimmen u. a. die Vertreter von München, Hamburg, Hannover.

Der nächste Punkt der Tagesordnung „Anträge zum Statut“ wird von der Tagesordnung der Generalversammlung abgelehnt und einer aus 9 Mitgliedern bestehenden Kommission überwiesen.

Den nächsten Beratungsgegenstand der Generalversammlung bilden Allgemeine Anträge. Der Gau Dresden beantragt die Errichtung eines ständigen Bureaus in Dresden vom 1. Januar 1908 an zur Erledigung aller Verwaltungsgeschäfte des Verbandes. — Ein Antrag Hamburg verlangt die Anstellung eines Lokalbeamten für Hamburg mit der Funktion eines Gauleiters. Der Gau München beantragt, Bayern zu einem Gau zu vereinigen und einen Beamten anzustellen. — Eichenmüller-Nürnberg wendet sich gegen diesen Antrag. — Die Generalversammlung erklärt, daß neue Beamtenstellen für Dresden, Hamburg, München und Schleien zu schaffen sind. — Der Antrag Karlsruhe, außer den bestehenden Auskunftsarten für Stellungsuchende auch diesbezügliche Anfragelarten herauszugeben, wird ohne Debatte angenommen. — Ueber den Antrag Frankfurt a. M., die Generalversammlung wolle beschließen, den Anschlag der Porträtsphotographen an den Verband abzulehnen, entspannt sich eine lebhafteste Debatte, in der Vorsitzender Sillier betonte, daß es einzig dastehen würde, wenn dieser Antrag angenommen würde. Die deutschen Gewerkschaften seien bestrebt, sogenannte Industrieverbände zu schaffen. Deshalb sei der Verband der Lithographen, der die graphischen Gewerbe umfassen soll, verpflichtet, den ihm verwandten Photographen den Anschlag zu ermöglichen. — Der Antrag wird einstimmig abgelehnt. — Der bisherige Hauptvorstand wird einstimmig wiedergewählt.

Rebakter Vathel-Verlin erstattete Bericht über den internationalen Kongress in Stuttgart. Damit ist die Tagesordnung der außerordentlichen Generalversammlung erledigt und wurde die Versammlung geschlossen.

## Die Halbwarmen für das Frauenstimmrecht.

Die Verhandlungen des Frauenstimmrechtsverbandes hinterlassen keinen befriedigenden Eindruck. Es wurde recht fleißig gearbeitet, manches gute und verständige Wort gesprochen und zu einem großen Teil mit Eifer und Sachkenntnis debattiert. Trotzdem ist sicher, daß man, auch wenn wir nur vom Standpunkt des Verbandes urteilen wollten, der Hauptfrage der Tagung, dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht, bei weitem nicht gerecht geworden ist. Dies hätte ein großer Tag werden können, hätte es werden müssen, aber es war es keineswegs. Eine Versammlung von Menschen, die sich entrecht glauben, weil denen, die sie vertritt, das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht fehlt, die nur den einen Zweck kennt, für seine Erreichung zu arbeiten, die in ihm das Fundament weiblicher Entwicklungsmöglichkeiten überhaupt sieht, eine solche Versammlung müßte bei Beratung dieser einzigen Lebensaufgabe eine Schwungkraft zeigen und einen Geist atmen, den nur die flammende Entrüstung derer hervorzubringen vermag, die wirklich und wahrhaftig entrecht sind, und das sind die meisten Angehörigen des Verbandes — wir sehen von Ausnahmen ab — nicht. Man mißverstehe uns nicht. Wir wissen sehr wohl, daß die Frauen aller Klassen unter der Vorenthaltung ihrer politischen öffentlichen Rechte leiden, und die Sozialdemokratie wird nie aufhören, eine scharfe Streiterin für die rechtliche und politische Gleichberechtigung beider Geschlechter zu sein. Inbes, und das ist es, was wir sagen wollen: der allergrößte Teil der Beschäftigten, und zu ihnen zählen die meisten Anhängerinnen des Verbandes, findet in seinem Besitz einen Ausgleich der politischen Rechtslosigkeit, er macht sie weniger fühlbar. Und nur das, was man in tiefster Tiefe fühlt, was nur die brennende materielle und sittliche Not so fühlbar machen kann, daß es uns auffahren läßt, nur das macht ganze Menschenschichten zu himelstürmenden, trotigen und begeisterten Kämpfern. Das Referat selbst, das Fräulein Lyda Gustava Heymann-Hamburg erstattete, war gut, soweit es sich mit geschichtlichen Rückblicken und den Argumenten der Gegner des Frauenwahlrechts befaßte. In der Aufzählung der Gründe, die das Wahlrecht der Frau notwendig machen, unterließ man die scharfe Darstellung: keine eingehende Schilderung der gewaltigen wirtschaftlichen Veränderungen, die das Wahlrecht der Frau als ein unabdingbares Ergebnis ihrer gänzlich anders gewordenen gesellschaftlichen Stellung und Tätigkeit ansieht, wohl aber die alte Anschauung, daß das Naturrecht auch zum Wahlrecht für die Frau führe. Als in der Diskussion Fräulein Heymann daran erinnert wurde, daß ein Referat über das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht eine Erwähnung der preussischen Zustände verlange, da meinte sie: man rede am besten über Preußen gar nicht mehr, dieses Preußen mache sich so breit, daß es einen aneulen müsse. Stimmt, er ist eitelhaft, dieser scheinheilige preussische Nar. Aber gerade deshalb muß man darüber reden; angenehm ist es ja nicht, das kann man Fräulein Heymann nachfühlen. Von Preußen kann und darf man nicht schweigen, wenn man in Deutschland Wahlrechtsfragen behandelt, schon der agitatorischen Wirkungen wegen nicht, die eine Schilderung der durch die Dreiklassenwahl geschaffenen politischen Zustände auflösen müßte. Draufschrei als am preussischen Beispiel ist die dringende Notwendigkeit, aus vormärzlichen Zeiten herauszukommen, gar nicht nachzuweisen.

Dr. Dreißfeldt, der dies einzusehen schien, brachte gegen Schluß der Verhandlungen den Antrag ein, daß der Verband die Parteien tatkräftig unterstützen solle, die auf dem Boden des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts ständen und hierfür kämpften. Dieser Antrag, der, vorläufig wenigstens, auf Preußen zielt, wurde einstimmig angenommen, und man darf ihm, wenn man nach ihm handelt, nicht unterliegen. Daß die Wahlarbeit dieser Frauen nicht bedeutungslos ist, das haben wir bei der letzten Reichstagswahl in Frankfurt sehen können, und wenn wir sie auch beileibe nicht überschätzen, sind wir gerecht genug, es ihnen gegenüber auszusprechen. In der langen Diskussion trat manche — sagen wir einmal Unstimmigkeit zutage. Als die Genossin Zieh verschiedene, den sozialdemokratischen Frauen gemachte Vorwürfe zurückgewiesen und betonte hatte, daß es ein durchaus zutreffender Tadel sei, der, bei einem Verbands für Frauenstimmrecht, das Fehlen eines klaren Programmpunktes rüge, welcher nicht mit aller Deutlichkeit ausgesprochen: wir fordern das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht, da antwortete Fräulein Augsburg, dieser Programmpunkt sei deshalb überflüssig gewesen, weil er etwas Selbstverständliches ausdrücke, etwas, das den Frauen so notwendig sei, wie die Luft zum Atmen. Welch komische Auffassung! Nun, man hat die Sache nachgeholt, der Programmpunkt steht jetzt in den Satzungen, und die Frauen, die sich anschließen, wissen jetzt, auf was sie sich verpflichten. Welche Unklarheit über das eigene Wollen bei einzelnen dieser führenden Frauen besteht, dafür bot Fräulein Käte Schirmacher ein deutliches Beispiel, das nicht dadurch an Wert verliert, daß dieser Dame allgemein stark widerprochen wurde. Sie sagte, als die Genossin Zieh ihr den Vorwurf machte, Anhängerin des beschränkten Wahlrechts zu sein, das folgende: Ich glaube, daß das allgemeine Wahlrecht viele Fehler hat; recht deutlich sieht man das in Frankreich, wo es die üppigste Korruption hervorgerufen und befestigt hat, das die Kreaturen der Deputierten an alle Staatsstücken kommen; das allgemeine Wahlrecht ist nur dann segensreich, wenn ihm eine starke Staatsgewalt gegenübersteht, vor diesen Schäden, die sie in Frankreich erkannt habe, wolle sie ihr Vaterland bewahren, trotzdem sei sie in Deutschland für das allgemeine Wahlrecht. O Logik! Man erkennt wichtige Schäden des allgemeinen Wahlrechts, will sein Vaterland vor ihnen bewahren und tritt dennoch für den Urheber dieser Schäden ein. Klare Denken scheint nicht die Hauptstärke bei den verschiedensten dieser Frauen zu sein, sonst könnte man nicht über den Begriff des Patriotismus eine Meinung äußern wie Fräulein Wischniewska, die, unter teilweisem Beifall, der Sozialdemokratie antimationale Gesinnung vorwarf. Du lieber Himmel! Ueber derlei Dinge muß man noch mit Führerinnen der radikalen Frauen streiten! Dieser Vorwurf wurde übrigens von Fräulein Heymann im Schlusswort mit großer Schärfe zurückgewiesen, das sie gerne anerkennt. Wie nötig logischeres Denken selbst für die Hauptführerin der Bewegung wäre, zeigt folgender Vorfall. Fräulein Augsburg meinte, das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht sei zwar die einzige Hauptforderung des Verbandes, auf die sich jedes Mitglied verpflichten müsse, im übrigen aber könnten sie alle irgendwelcher politischen Partei angehören: von links bis rechts, und sie merkte nicht, daß diese schrankenlose Bewegungsfreiheit ihre Hauptforderung aufhebt. Seit wann sind National-liberale und die Konservativen aller Schattierungen für das allgemeine Wahlrecht eingetreten? Niemals. Und der, der Anhänger dieser Parteien und des Verbandes ist, heuchelt hier oder dort.

Die Satzungen enthalten u. a. die Bestimmung, „daß der Verband nicht auf dem Boden einer bestimmten politischen Partei steht“, und gleich hinterher heißt es: „Der Verband erstrebt das allgemeine, gleiche, direkte und geheime, sowie passive Wahlrecht für beide Geschlechter zu den gesetzgebenden Körperschaften“ usw. Da meinte denn ein Dr. Blum aus den badischen Landen (natürlich ist der Mann Jurist), daß dieser zweite Satz dem ersten widerspreche, weil es — bestimmte politische Parteien gäbe, die dieses Wahlrecht auch erstrebten. Eine ebenso folgerichtige Weiterentwicklung der Neutralitätsforderung war die heimgewandene Forderung, die später fallen gelassen wurde, den verschiedenen politischen Richtungen von Verbandswegen die verschiedenen dementsprechenden Frauenblätter zu liefern. Natürlich ist dies absurd und macht die Verbandsleitung, wie Fräulein Wischniewska richtig bemerkte, zu einer Zeitungsexpedition, berechtigt aber war dies Verlangen; es zeigt nur, zu welchen unbegrenzten Möglichkeiten die heilige, unantastbare Neutralität zu führen vermag. Den Abschluß der Verhandlungen bildete eine gut besuchte öffentliche Versammlung im Saalbau, in der über das Wahlrecht gesprochen wurde. In dieser Versammlung wurde die beste Rede der ganzen Tagung gehalten: Fräulein Dr. Coker, eine Privatdozentin aus Bern, machte viel feine und zutreffende Bemerkungen über die rückständigen staatsrechtlichen Einrichtungen des gesamten Europa, über die brutale Männerherrschaft, Philistertum und über Liebe und Ehe. Etwas mehr historische Erkenntnis und nicht die hundertfache Variierung des Satzes, daß nur die Männer die Frauen niederhielten, hätten wir aber auch hier gewünscht.

Von unserem persönlichen politischen Standpunkt aus können wir, bei aller Verschiedenheit der Grundanschauung und der Ziele, es durchaus begrüßen, wenn recht viele bürgerliche Frauen sich zu dem Zwecke organisieren, für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht einzutreten. Dieser Punkt ist jetzt in die Satzungen aufgenommen worden. Das ist ein Fortschritt, vielleicht wird er von den bürgerlichen Frauen nachdrücklicher vertreten als von ihren Männern, auf die deutsche Sozialdemokratie können sie dabei rechnen; der wird dieser Programmpunkt der heiligsten einer sein.

## Aus Industrie und Handel.

Reichsbank. In der letzten Woche sind die Ansprüche an die Bank bedeutend größer gewesen als man erwartet hatte. An die Stelle der vorwöchigen steuerfreien Rotenreserve von 41 039 000 Mark ist eine Steuerpflicht von 518 884 000 Mark getreten. Vor zwei Jahren hatte die Verschlechterung des Status vom 23. bis 30. September 54,6 Millionen Mark ausgemacht, jetzt beträgt die Schwächung 554 423 000 Mark.

### Produktionssteigerungen.

Bei den mehr oder minder tiefstinnigen Betrachtungen, über die Veränderung der sozialen Lage der Arbeiter, werden in der Regel die Verschiebungen in der Produktion ganz übersehen. Unbestreitbar ist aber von großer Bedeutung das Verhältnis zwischen Produktivität und Konsumkraft. Wenn die Konsumkraft der Arbeiter in einem bestimmten Zeitraum um 20 Proz. gestiegen ist, die Produktivität in der gleichen Zeit aber um 30 Proz. und mehr zunahm, dann ist trotz des absoluten Hinausgehens des wirtschaftlichen Niveaus relativ eine Verschlechterung eingetreten. Wie in der Kohlen- und Eisenindustrie die Produktivität sich verändert hat, zeigen folgende Angaben, bei deren Würdigung nicht vergessen werden darf, daß die produktionssteigernde Wirkung der verbesserten Technik, in der Kohlenindustrie, stark abgeschwächt wird durch die natürlichen Verhältnisse, z. B. Lieferverden der Schächte usw. Wir stellen hier für die Kohlenindustrie die Ziffern zweier Jahre einander gegenüber. Danach betrug:

	1792	1906
die Zahl der Kohlenbergwerke	154	175
die Gesamtförderung (Tonnen)	176 676	76 811 054
der Wert der Förderung (Mark)	688 687	673 584 595
die Zahl der beschäftigten Arbeiter	1 357	278 719

Demnach entfielen auf ein Werk durchschnittlich:

Arbeiter	8,8	1 600
Förderwert (Mark)	4 440	3 848 200
Fördermengen (Tonnen)	1 150	438 000
Produktion pro Arbeiter (Tonnen)	130	280

Für die Eisenindustrie ergeben sich folgende Zahlen:

	1848	1880	1900
Zahl der Eisenerzgruben	1 974	889	575
Arbeiter	15 610	85 814	43 808
Gesamtproduktion	693 725	7 238 640	18 064 291
Zahl der Hochofen	(1880) 290	140	108
Arbeiter	( ) 21 117	21 117	34 743
Gesamtproduktion	( ) 1 409 429	2 729 038	8 520 541
Zahl der Flußeisenwerke	2	53	189
Arbeiter	1 332	20 116	124 655
Gesamtproduktion	9 024	680 592	6 361 650

Demnach auf einen Betrieb durchschnittlich:

Im Eisenerzbetriebe Arbeiter	7,91	42,66	76,13
Förderung	351	8 267	32 905
Hochofenbetriebe Arbeiter	—	106	322
Förderung	—	19 493	78 865
Flußeisenbetriebe Arbeiter	6,66	380	650
Erzeugung	4510	12 464	33 660

Produktion pro Arbeiter:

Eisenerz	44 1/2	202	432
Roheisen	(1860) 65 1/2	129	245
Flußeisen	6 1/4	33	51

Im Kohlenbergbau hat sich die Produktivität pro Arbeiter von 1792 auf 1906 um 115 Proz. gehoben. Dabei ist noch unberücksichtigt geblieben der enorme Umfang der Nebenproduktion, die früher ganz unbekannt war. In der Eisenerzgewinnung ist die Produktivität pro Arbeitskraft in 60 Jahren um 870 Proz. gewachsen; in der Roheisenherstellung beträgt die Produktionszunahme in 37 Jahren 270 Proz., und in der Flußeisenerzeugung ist die Leistung pro Arbeiter in 60 Jahren um 680 Proz. hinaufgegangen.

Bierproduktion im Reichsland. Elb-Lothringen ist nicht nur ein Weinland, auch das Bier hat viele Freunde dort. Der Verbrauch ist von Jahr zu Jahr gestiegen, die Zahl der Brauereien dagegen ständig gesunken. Die Gesamtzahl der am Schluß des Rechnungsjahres 1906 in Elb-Lothringen vorhandenen Brauereien betrug 76 gegen 80 im Vorjahre, davon waren nur 62 gegen 64 im Vorjahre im Betrieb. Die Menge des erzeugten Bieres ist gestiegen von 1 332 140 Hektoliter auf 1 881 123 Hektoliter. Im Jahre 1870 wurden von 318 Brauereien nur 687 752 Hektoliter Bier gebraut. Der Bierverbrauch im Reichsland stieg von 1 606 248 Hektoliter im Jahre 1905 auf 1 734 843 Hektoliter im Jahre 1906, also um 88 595 Hektoliter.

Warenpreise und Arbeitslöhne in Japan. Aus dem neuesten finanziellen und wirtschaftlichen Jahrbuch für Japan (Jahrg. 1907), das allerdings meist nur Angaben bis zum Jahre 1905 und 1906 bringt, ergibt sich, daß seit 1900 eine starke Warenpreissteigerung in Japan eingetreten ist. Seht man den Preis für Reis für das Jahr 1900 gleich 100, so stieg bis 1905 der Preis für Reis auf 112, für Gerste auf 139, für Roggen auf 141, für Weizen auf 180 und für Sojabohnen auf 121. Der Preis für Rinder ging auf 154, für Eier auf 115 hinauf, während der Milchpreis auf 98 gefallen ist. Ungemein verteuert hat sich das Salz, nämlich um 84 Proz. Wenige Waren sind gegen 1900 billiger geworden; von den wichtigsten nennen wir Eisen und Holz. Vergleicht man mit der Bewegung der Warenpreise die Gestaltung der Löhne, so ergibt sich, allerdings unter Berücksichtigung der Tagelöhne, daß die Warenpreise im allgemeinen stärker in die Höhe gegangen sind als die Löhne. Seit 1900 sind um mehr als 20 Proz. die Tagelöhne der Schneider für japanische Kleidung, der Schuhmacher, der Sackmacher, der Tabakschneider, der Ziegelbrenner, der Harnschneider, der Juweliere und der Töpfer gestiegen. Um gerade 20 Proz. hat sich das Lohnniveau der Schriftsetzer erhöht, während die Drucker nur 11 Proz. gewonnen haben. Lohnverminderungen sind seit 1900 gleichfalls zu verzeichnen und zwar bei den Brauereiarbeitern um 4,9, bei den weiblichen Webern gar um 10 Proz. Im Durchschnitt dürfte sich seit 1900 das Lohnniveau am Lohnsatz gemessen um 10 Proz. gehoben haben, während die Warenpreissteigerung höher ist. Allerdings ist daraus allein noch kein Urteil über die Gestaltung der wirtschaftlichen Lage der japanischen Arbeiter möglich, da auch noch der Umfang der Arbeitslosigkeit in den beiden Vergleichsjahren zu berücksichtigen wäre. Darüber fehlen aber zusammenfassende Angaben.

## Aus der Frauenbewegung.

Genossinnen!

Von der vielgerühmten deutschen Einigkeit, ist im Betreff des Vereins- und Versammlungsrechtes nichts zu spüren. Nur eins haben alle Vereinsgesetze in Deutschland gemein, nämlich, daß sie — mit wenigen, winzigen Ausnahmen — gleich reaktionär sind. Wo noch ein etwas freierwilliger Wind durchs Land weht, genügt ein Wind aus dem reaktionärsten aller Bundesstaaten, aus Preußen, um diesen Wind zeitweise zu mähtigen. Die Auslegung der Paragraphen übertrifft häufig die Schärfe der Gesetze selbst. Daß in erster Linie die Sozialdemokratie die ganze Härte der Gesetzesbehandlung zu kosten bekommt, ist selbstverständlich. Am allerschlimmsten stehen in diesem Punkte, wie ja in jeder anderen Beziehung auch, die Frauen da. Versucht man schon den Männern an alle mögliche Weise Anseln anzulegen, so ist den Frauen in einzelnen Staaten ganz, in anderen teilweise, die Bewegungsfreiheit geraubt. So können z. B. in Preußen Frauen nur unpolitischen Bildungsvereinen angehören, und wie es um das Bestehen dieser Bildungsvereine bestellt ist, davon kann so manches Liedchen gesungen werden. Im Rheinland sind in letzter Zeit zahlreiche Frauenbildungsvereine der polizeilichen Auflösung verfallen. Auch in der nächsten Nähe der Reichshauptstadt, in dem Vororte Lichtenberg, hat man den Staat getreut durch Auflösung eines Frauenvereins.

Aber dies fortwährende Durchqueren der gefährlichen Klippen des Vereinsgesetzes hat die sozialdemokratischen Frauen neue Wege finden lassen. Gemeinschaftlich können Männer und Frauen sich in Preußen politisch nicht organisieren; damit haben wir uns vorläufig abzufinden. Aber einer politischen Partei — eine Partei ist ja kein Verein — können auch die Frauen in Preußen angehören, d. h. soweit eine Partei vorhanden ist, die Frauen als Parteigenossinnen haben will resp. sie als solche anerkennt. Diese Partei ist die Sozialdemokratie! Das Statut der sozialdemokratischen Partei sagt im § 1:

„Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei dauernd durch Geldmittel unterstützt.“

Die Berliner Parteigenossinnen geben Parteikarten heraus, auf denen monatlich ein freiwillig gegebener Betrag quittiert wird. Hierdurch ist jeder Frau, die sich mit unseren Ideen eins fühlt, Gelegenheit gegeben, ihre Parteigebührigkeit zu dokumentieren. Der Klassenkampf der Partei erfordert Opfer. Auch die Frauen, die ja im täglichen Leben gewohnt sind, Opfer zu bringen, sollten ihren Stolz darin sehen, die Partei, der sie mit Leib und Seele angehören, mit Geldmitteln zu unterstützen. Karten für freiwillige Beiträge erhält man bei folgenden Genossinnen: Frau Wengels, Warschauerstraße 20; Frau Reipert, Marienburgerstraße 22 II; Frau Wulff, Kirchstraße 5; Frau Panzeram, Pappelallee 76 I; Frau Raichle, Wolgasterstraße 5 I; Frau Hoppe, Wandelstraße 40 II. Auch im Bureau der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands, Lindenstraße 3, erster Hof, Eingang II, 4 Treppen für Niederbarnim; bei Frau Neumann, Weihensee, Adolphstraße 40 und bei den örtlichen Vertrauenspersonen.

## Eingegangene Druckschriften.

„März“, Halbmonatsschrift für deutsche Kultur. Herausgeber: A. Thoma, G. Delle, K. Langen, K. Kram. Erstes Oktoberheft. Preis 1,20 M. Verlag von K. Langen in München.



# HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE

Donnerstag, Freitag, Sonnabend, sowie Vormittag

ALEXANDERPLATZ

## 3 Waggon Glas und Porzellan

### Beleuchtungs-Artikel Serien-Geschirre aus echt. Porzellan Wirtschaftsartikel

Speise-Krone 4 Stk., Mitzg.	39 <sup>00</sup> 44 <sup>00</sup>
Salonkrone 3 Stk. samtlg.	18 <sup>00</sup> 22 <sup>50</sup> 30 <sup>00</sup> 34 <sup>00</sup>
Zug-Ampeln 2 teilig.	13 <sup>50</sup>
Zug-Ampeln 3 teilig.	24 <sup>00</sup>
Perl-Ampeln r. Schlafzimm.	13 <sup>50</sup> 18 <sup>50</sup> 24 <sup>00</sup>
Küchen-Lamp. m. pr. Bronn.	75 90 Pf. 1 <sup>10</sup>

Tafelgeschirre	Feston-Form weiss	Feston-Form mit Gold-Emprerulanden	Ovale Form Kleinblattmuster
Teller flach und tief	15 Pf.	38 Pf.	45 Pf.
Dessertteller	9 10 12 Pf.	22 25 28 Pf.	25 32 Pf.
Suppenterrinen	1 10 bis 1 <sup>25</sup>	2 <sup>95</sup> 5 <sup>25</sup>	4 <sup>25</sup> 6 <sup>35</sup>
Kartoffelschüsseln m. Deck.	90 Pf. 1 <sup>15</sup>	2 <sup>25</sup>	2 <sup>90</sup> 3 <sup>45</sup>
Bratenschüsseln oval	25 30 40 Pf. bis 1 <sup>85</sup>	90 Pf. 1 <sup>45</sup> 1 <sup>95</sup> bis 3 <sup>90</sup>	95 Pf. 1 <sup>45</sup> 2 <sup>95</sup>
Gemüseschüsseln rund	50 70 Pf.	1 <sup>55</sup> 1 <sup>95</sup>	1 <sup>75</sup> 1 <sup>95</sup>
Salatschüsseln viereckig	15 22 bis 55 Pf.	48 68 95 Pf. bis 2 <sup>35</sup>	1 <sup>10</sup>
Saucières	45 55 Pf.	1 <sup>55</sup>	1 <sup>65</sup>
Beilagenschalen oval	20 28 Pf.	70 90 Pf.	85 Pf.

Waschfässer a. stark. Zink, m. Holzst.	8 <sup>75</sup> 10 <sup>50</sup> 12 <sup>50</sup>
Waschzuber a. stark. Zink, m. Holzst.	8 <sup>50</sup> 10 <sup>75</sup> 12 <sup>75</sup>
Waschtopfe emub. verz.	2 <sup>25</sup> 2 <sup>95</sup> 3 <sup>60</sup> 4 <sup>25</sup> 5 <sup>85</sup>
Waschkessel a. stark. Kupf. 14 <sup>05</sup> 19 <sup>75</sup> bis	25 <sup>00</sup>
Waschtische ganz gesch. incl. Garn statt	17.50 15 <sup>00</sup>
Waschmaschinen m. Grobbarer Trommel	22 <sup>50</sup> 30 <sup>00</sup>
Wäschmangeln	42 <sup>50</sup> 56 <sup>00</sup> 65 <sup>00</sup>
Kohlenkasten viereck. schw. lack.	1 <sup>15</sup> 1 <sup>40</sup> 1 <sup>70</sup>
Gasplättchen ff. vernick. boss. Ausf. m. gross Erb.	6 <sup>00</sup>
Gaskocher 1loch, 1 Wärmestelle	4 <sup>75</sup>
Gaskocher 2loch, 2 Flammen	7 <sup>75</sup>
Gaskocher 4loch, 2 Flammen	11 <sup>50</sup>
Gasbratöfen m. Ober- u. Unterb.	37 <sup>50</sup> ohne 27 <sup>50</sup>
Flieschhackmaschinen statt 2.95 1 <sup>50</sup> statt 3.50	2 <sup>50</sup>
Reibmaschinen mit buntem Gehäuse	1 <sup>50</sup> 1 <sup>75</sup>
Messerputzmaschinen incl. Schmirgel	4 <sup>75</sup> 5 <sup>95</sup>

### Emaille-Waren

Runde Wannen 95 bis 60 cm	1 <sup>50</sup> 1 <sup>70</sup> 2 <sup>15</sup> bis 3 <sup>50</sup>
Ovale Wannen	1 <sup>00</sup> 1 <sup>25</sup> 1 <sup>55</sup> bis 3 <sup>00</sup>
Eimer ca. 26 cm hoch oder blau	65 Pf.
Milchimer mit Falzdeckel u. Aufschrift	2 <sup>85</sup>
Eimer dek. mit Deckel	1 <sup>75</sup> mit Messingbügel 2 <sup>75</sup>
Toilette-Eimer gerade Form, mit Korbboden	3 <sup>25</sup>
Schmortöpfe	35 40 50 75 Pf. 1 <sup>25</sup>
Casserollen Emf. m. Ausguss	25 30 40 50 Pf.
Wasserkessel mit Ansatz	55 65 90 Pf. 1 <sup>10</sup>
Wasserkessel für Gas	45 55 65 Pf. 1 <sup>20</sup>
Kochtöpfe 10 Grössen	30 Pf. bis 1 <sup>25</sup>
Wasserkannen r. dek., ca. 5 Liter	1 <sup>25</sup>

Kaffeegeschirre	Neuconische Form mit Gold-Emprerulanden	Moderne Form mit blauen Kleinblattmuster
Kaffeekannen	65 85 Pf. 1 <sup>00</sup> 1 <sup>20</sup> bis 2 <sup>25</sup>	1 <sup>95</sup> 2 <sup>45</sup> 2 <sup>95</sup> 3 <sup>45</sup>
Teekannen	90 Pf. 1 <sup>10</sup> 1 <sup>40</sup> 1 <sup>70</sup>	1 <sup>95</sup> 2 <sup>45</sup> 2 <sup>95</sup>
Rahmglieder	22 28 40 48 bis 85 Pf.	65 85 Pf. 1 <sup>10</sup>
Zuckerboxen	60 80 Pf.	1 <sup>55</sup> 1 <sup>90</sup>
Kaffee- oder Teetassen	28 Pf.	50 Pf.

### Bürstenwaren

Rosshaar-Besen Prima-Qualität	2 <sup>10</sup> 2 <sup>50</sup> 2 <sup>90</sup>
Rosshaar-Handfeger Prima	1 <sup>25</sup> 1 <sup>50</sup>
Bohrbürsten eisern	3 <sup>50</sup> 4 <sup>75</sup> 5 <sup>75</sup>
Bohrbürsten eis. m. Lederpolst.	10 <sup>00</sup> 11 <sup>50</sup> 12 <sup>75</sup>
Bohrmaschine gelb	Dose 50, weiss 70 Pf.
Bohrerstaahlspähne	Pack 18 Pf.
Haarbesen graue	60 80 95 Pf.
Handfeger	40 55 65 Pf.
Teppichbesen Halbstroh	1 <sup>15</sup> 1 <sup>45</sup>
Teppichbesen Cooco	1 <sup>25</sup> 1 <sup>50</sup>

### Grosse Posten echtes weisses Porzellan

mit kleinen Schönheitsfehlern, besonders preiswert

Speiseteller flach	10 Pf.	Kaffeekannen für 8 Pers.	45 Pf.
Dessertteller	5 Pf.	Kaffee- od. Teetassen	7 Pf.

### Stahlwaren

Solinger Bestecke mit vernick. Griffen, 12 Stk. Paar	4 <sup>50</sup>
Solinger Schinkenmesser m. schw. Gr. Wert bis 2.95	1 <sup>00</sup>
Solinger Schneiderscheren mit lackierten Griffen	1 <sup>00</sup>
Solinger Küchenmesser	durchweg 10 Pf.
Rasiermesser unter d. Hülse d. Wertes	75 Pf. 1 <sup>00</sup> 1 <sup>50</sup>

### Komplette Küchen

Küche 7teilig, Tholia	64 <sup>75</sup>	Küche 7teilig, ff. lackiert	112 <sup>50</sup>
Küche 7teilig, Ida	107 <sup>00</sup>	Küche 7teilig, Ahornlack	128 <sup>75</sup>
Küche 7teilig, Amalia	152 <sup>50</sup>	Küche 7teilig, naturlasert	162 <sup>50</sup>
Küche 7teilig, ff. gelb lasiert, extra solid			
265 <sup>00</sup>			

### Holzwaren

Bügelbretter sauber bezogen, mit Leisten	2 <sup>25</sup> 3 <sup>75</sup>
Leitern mit Stahlschutzgurt, 6 Stuf.	2 <sup>50</sup> 10 Stuf. 4 <sup>00</sup>
Küchenschiffe	7 <sup>50</sup>   Küchenschühle extra stark 3 <sup>50</sup>
	30 40 50 60 m
Wäscheleinen la. Qual.	1 <sup>75</sup> 2 <sup>45</sup> 3 <sup>00</sup> 3 <sup>55</sup>
Obstborden mit 6 Kästen	10 <sup>75</sup> mit 8 Kästen 12 <sup>50</sup>

### Teppich-Kehrmaschinen 7<sup>50</sup> und 10<sup>85</sup> Geflügelscheren Solinger ff. vernickelt mit Knochenbrecher 1<sup>25</sup>

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

#### Theater.

Donnerstag, den 3. Oktober.  
Anfang 7<sup>15</sup> Uhr.  
Königl. Opernhaus, Siegfried.  
(Anfang 7 Uhr.)  
Königl. Schauspielhaus, Die Hohensteiner.  
Deutsches. Prinz Friedrich von Romburg.  
Kammerspiele, Liebet. (Anfang 8 Uhr.)  
Anfang 8 Uhr.  
Neues Schauspielhaus, Der Tod Schiller's.  
Schiller's. (Wallner-Theater.) Rosmersholm.  
Schiller Charlottenburg, Monna Vanna.  
Friedrich-Wilhelmstadt, Schauspielhaus, Der blinde Passagier.  
Berliner, Die tanzenden Männchen.  
Kessing, Der Bund der Jugend.  
Neues, Gespenster.  
Kleines, Vater und Sohn.  
Koching, Die lustigen Weiber von Winkler.  
Zentral, Unsere blauen Jungen.  
Römische Oper, Westler.  
Witten, Die lustige Witwe.  
Vauvillehaus, Duftensieder.  
Residenz, Haben Sie nichts zu verzeihen?  
Trionon, Feinlein Jofette — meine Frau.  
Thalia, Ihr Lebt-Über-Denk.  
Witten, Amerikafeld.  
Bernhard Weis, Wilhelm Tell.  
Theater an der Spree, Der Affenbubler.  
Metropol, Das muß man sehen.  
Nyolla, Spioester Schäfer.  
Spezialitäten.  
Walhalla, Spezialitäten.  
Polles Caprice, Geheißte Liebe.  
Casino, Die wilde Jagd.  
Gebr. Herrmann, Madame Wig-Wag. Es lebe das Nachtleben.  
Passage, Danny Wäcker. Spezialitäten.

Wintergarten, Auf St. Denis, Spezialitäten.  
Reichshallen, Stelliner Säger.  
Prater, Der Logenbruder.  
Carl Haberland, Spezialitäten.  
Urania, Taubentröße 48/49.  
Abends 8 Uhr: Ueber den Brenner nach Venedig.  
Nachm. 4 Uhr: Von der Zugsitze zum Bohmann.  
Sternwarte, Invalidenstr. 57/62.  
**Ferdinand Bonn**  
**Berliner Theater.**  
Anfang 8 Uhr.  
**Die tanzenden Männchen.**  
Freitag: Der Widerspenstige Zähmung.  
Sonnabend: Der Bakfiskohn.  
**Neues Theater.**  
Anfang 8 Uhr.  
Gastspiel von Johanne Dybwad aus Kristiania:  
**Gespenster.**  
Freitag: Der Dieb.  
Sonnabend: Der Dieb.  
**Kleines Theater.**  
Abends 8 Uhr zum 71. Male:  
**Vater und Sohn.**  
Freitag 3. 1. Male: Maria Magdalena.  
Eine bürgerliche Trauerspiel in 3 Aufzügen von Fr. Heibel.  
Sonnabend: Maria Magdalena.  
Sonntag: Maria Magdalena.  
**Theater des Westens.**  
8 Uhr: **Die lustige Witwe.**  
Sonntag nachm. 3<sup>15</sup> Uhr halbe Preise:  
**Frühlingsluft.**  
8 Uhr **Residenz-Theater.** 8 Uhr  
Direktion: Richard Alexander.  
**Haben Sie nichts zu verzeihen?**  
Robert de Triebel: Mich, Alexander.  
Sonnabend, den 3. Oktober:  
**Ganz der Papa.**  
Sonntag, 6. Oktober, nachm. 3 Uhr:  
**Der Prinzgemahl.**

#### Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Rosmersholm.**  
Schauspiel in 4 Aufz. v. Henrik Ibsen.  
Deutsch von Wilhelm Lange.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Der Herr Senator.**  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Götz von Berlichingen.**

Schiller-Theater Charlottenburg.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Monna Vanna.**  
Schauspiel in 3 Aufzügen von Maurice Maeterlinck.  
Deutsch von F. v. Oppeln-Brankofski.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Das vierte Gebot.**  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Rosmersholm.**

## Haben Sie schon

### Deutschen Konzerthallen,

An der Spandauerbrücke 3, besucht???

XIII. Saison.  
**Zirkus Busch**  
Donnerstag, den 3. Oktober 1907,  
präzise 7<sup>15</sup> Uhr:  
**Große Vorstellung.**  
**Auf der Hallig!**  
Diesj. gr. Ausstattung-Pantom.  
des Zirkus Busch in 4 Bildern.  
Im 1. Bilde: Mr. D. Bruno-Ridpath, Produktionen im Kanoo in 4 Mtr. Wassertiefe. — Kentorn und Aufnahmen des Bootes. — Sport- und Schwimm-Evolutionen.  
Ferner: Mons. Caroll, Fakirkünste, u. das vorzähl. Progr.

**Luisen-Theater**  
Reichenbergerstr. 34.  
Anfang 8 Uhr.  
**Amerikasepp'l.**  
Freitag: Mutterlegen.  
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Kinder-vorstell.: Weinselva von Marsthan.  
Abends: Gebildete Menschen.  
Sonntag nachmittag: Don Carlos.  
Abends: Die beiden Reichenmüller.  
Montag: Carmen.

**BERNHARD ROSE THEATER**  
Gr. Frankfurterstr. 132.  
**Wilhelm Tell.**  
Anfang 8 Uhr.  
Wochentagspreise.  
Freitag: Der Held des Tages.  
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Kinder-vorstellung: Rag und Mark.

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater.  
Nachmittags 4 Uhr:  
Von der Zugsitze zum Watzmann.  
Abends 8 Uhr:  
Ueber den Brenner nach Venedig.  
Invalidenstr. 57-62: Sternwarte.  
Zur Beobachtung: Mars, Saturn, Doppelsterne, Nebelstöße.  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.**  
Anfang 8 Uhr.  
**Der blinde Passagier.**  
Freitag: Der blinde Passagier.  
Sonnabend: Der blinde Passagier.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Jugend.  
Abends 8 Uhr: Die Ridelungen.

**Zentral-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Unsere blauen Jungen.**  
Gaudewille in 3 Akten.

**Theater an der Spree**  
Königsplatzstr. 68.  
Nachmittags 3 Uhr: Der Goldvontel.  
Täglich 8 Uhr:  
**Der Affenbubler.**  
All-Berliner Gefangnisse v. D. Kallisch.  
In Originalkostümen und Dekorationen der fünfziger Jahre.

**W. Noacks Theater**  
Direktion: Rob. Dill. Oranienstr. 16.  
**Bertretenes Glück.**  
Schauspiel in 5 Akten nach dem gleichnamigen Roman v. Bert. Noack.  
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.  
Ehren- und Vorzugsstellen gültig!  
Sonnabend 3. 1. Male: **Die Schuld.**

**Theater des Zentrum.**  
Sophien-Ecke, Sophienstraße 17/18.  
**Bis früh um Fünfe**  
v. Aren u. Pippich, Musik v. G. Linde.  
Anfang 8 Uhr. Kleine Preise.

**Zirkus Schumann**  
Gente Donnerstag, den 3. Oktober, abends präzise 7<sup>15</sup> Uhr:  
**Elite-Abend.**  
Gala-Programm.  
Die großartigen neuen Spezialitäten und Direktor Albert Schumanns neuesten Monnerdressuren.  
Um 9<sup>15</sup> Uhr die diesjährige große Wasserpantomime  
voll Witz und Humor:  
Eine Fortsetzung der berühmtesten und populärsten Pantomime:  
**Die lustigen Heidelberger.**  
**Ein Fest auf dem Neckar.**  
Samst. Bilder aus dem modernen Studentenleben von Hofballmeister H. Ziemis.  
Besonders hervorzuheben:  
**Die Wissenschaften.**  
Klisché-plastische Darstellung auf dem Wasser.

**Lortzing-Theater**  
Donnerstag, den 3. Oktober ca.:  
**Lustige Weiber.**  
Anfang 8 Uhr.  
Freitag: Maxiba.  
Sonnabend: Die beiden Schützen.

**Stadt-Theater Moabit.**  
Mit-Moabit 143.  
Gente  
Donnerstag, den 3. Oktober 1907:  
**Die Mönche**  
oder  
**Die Musketeire im Nonnenkloster.**  
Aufspiel in 3 Aufz. von W. Tenell.  
Aufsenerstr. 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.  
Nach der Vorstellung: **Gr. Ball**



# WINTERGARTEN Ruth St. Denis

Henriette de Sorris, lebende Bilder.  
Lindsay, Peitschenmanipulator.  
Werner Alberti, kgl. Kammermaler.  
Grays Affondressur.  
Der Biograph.  
Ariette Dorgère, Sängerin.  
De Bière, Zauberkünstler.  
Empire comedy four, amerikani-  
sches Gesangsquartett.  
Loris Loyal, Reitakt.  
Die vier Gordons, Akrobaten.

Sonntag, den 6. Oktober,  
und folgende Sonntage,  
nachmittags 3 Uhr:  
**Populäre Konzerte**  
von  
**Johann Strauss**  
aus Wien  
(50 Mann Orchester).  
Preise: 0,50 M., 1 M., 1,50 M.

**Passage-Theater.**  
**Danny Gürtler**  
der König der Bohème  
und das  
kolossale Oktober-Programm.

**Walhalla-  
Variété-Theater**  
Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.  
Das Sensations-Programm  
**16 arabische Springer 16**  
**Edi Blum,**  
der beliebte Komiker.  
— Anfang 8 Uhr. —  
Sammel-Konzert f. Theaterbes. frei.

**Theater**  
**Folies Caprice**  
Linienstr. 132, Ecke Friedrichstraße.  
● **Geteilte Liebe** ●  
Antiquitäten - Unter Teil.  
Anfang 8 Uhr.

**1882 — 1907**  
**25**  
**Jubiläums-  
Geschenk-Woche.**  
**Steppdecken**  
Spezialhaus  
**Emil Lefèvre,**  
Berlin Süd. Seit 1882  
nur Oranienstr. 158  
Unterhalte nirgends Filialen!

**Gelegenheitskauf!**  
Bunt Cretonne Ersatz für 900  
Deckbett  
Similiseide in den 525 750  
Farben rot, blau, oliv  
Wollatlas 675 850  
Bunte Normal- 150 250 350  
Schlafdecken  
Wolldecken ganz dick 300 400  
Reisedecken (engl.) 6, 8, 10 M.  
Pracht-Katalog mit ca. 600  
Illustrat. gratis und franko.

# Freie Volksbühne.

Die erste Serie der  
**21. (I.) Abendabteilung**

Freitag, den 18. Oktober, abends 8 1/4 Uhr,  
**Luisen-Theater: Bartel Turaser.**  
Drama in 3 Akten. In Szene gesetzt v. Adolf Steinert.

Wiederholungen dieses Stückes: Freitag, den 25. Oktober, 15. November, 22. November.  
Zweite Serie im **Lortzing-Theater**  
Freitag, den 25. Oktober, 1. November, 8. November, 15. November.

An Operaufführungen sind zunächst in Aussicht genommen:  
**Figaros Hochzeit & Hans Heiling**  
**Weisse Dame & Die lustigen Weiber.**  
Anmeldungen zu den Abendabteilungen werden in allen  
Zahlstellen angenommen.  
Das Einschreibegeld beträgt 1 Mark, der Beitrag 1 Mark pro Monat.

Dritte Serie im **Neuen Schauspielhaus**  
Aufführung Hebbels: **Judith.**  
Sonntag, den 6. Oktober, nachmittags 3 Uhr:  
**Neues Schauspielhaus.** 10./11. Abteilung. **Berliner Theater.** 2./3. Abteilung.  
**Fuhrmann Henschel** **Freiwild**  
Schauspiel in 5 Aufzügen v. Gerhart Hauptmann. Schauspiel in 3 Akten von Artur Schnitzler.

## Herbst-Fest im Mozartsaal

Sonnabend, den 19. Oktober, 8 1/2 Uhr,  
mit darauffolgendem Ball und Gesellschaftsabend.

**Schumann-Abend**  
unter  
**Mitwirkung erster Solisten.**  
Festmarken a 90 Pf. inkl. Programm bei sofortiger Bestellung in allen Zahlstellen.

## Der Kunst-Abend Marcell Salzer

über Ludwig Thoma  
findet im großen Saale des **Gewerkschaftshauses** am Freitag,  
den 25. Oktober, 8 1/2 Uhr, statt (da der Rathssaal an diesem Abend von der Ver-  
waltung dienstlich verwendet wird).  
Einlaßkarten a 30 Pf. in allen Zahlstellen bei sofortiger Bestellung zu haben.  
230/1 Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

**Rixdorfer Theater**  
Bürgerstraße, Bergstraße Nr. 147.  
Sonntag, den 6. Oktober 1907:  
Gastspiel des Opern-Ensembles  
(Theater des Westens) unter Leitung  
des Direktors Artur Beloni:  
**Die Fledermaus.**  
Operette in 3 Akten von Joh. Strauß

**Apollo  
Theater**  
Ab 8 Uhr:  
Die neuen Spezialitäten!  
Um 9 1/2 Uhr:  
Das Tagesgespräch Berlins:  
**Sylvester Schäffer jr.**  
der weltberühmte Universalkünstler.

**Gebr. Herrnfeld-  
Theater.**  
57 Kommandantenstraße Nr. 57.  
Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-2  
Die erfolgreichsten  
Zach-Komödien  
:: seit 17 Jahren ::  
**Madame Wig-Wag**  
Operetten-Burleske, Musik  
von E. Thal.  
**Es lebe das Nachtleben!**  
Separat-Abende in 2 Akten.  
Weiße Stücke mit den Autoren  
Anton und Donat Herrnfeld.  
Sonntag nachmittags 3 Uhr:  
**Ein verrücktes Hotel**  
und  
**Sayfish geht zur Jagd**  
mit Anton und Donat Herrnfeld.

**Palast-Theater**  
Burgstraße 24.  
Täglich 8 Uhr. Entree 20 Pf.  
**Der brillante  
Oktober-Spielplan.**  
II. a.:  
**Paula Duvals**  
Hunde-Dressur.  
**Die 5 Rammoneurs**  
Damen-Ensemble.  
**Ein glänzender Reinfall**  
Poffe.

**Kasino-Theater.**  
Rothringstr. 37. Täglich 8 Uhr:  
Das vollst. neue Oktober-Programm.  
Nur Attraktionen 1. Ranges.  
**Die wilde Jagd.**  
Lustspiel in 4 Akten v. Ludwig Fulda.  
Sonntag nachm. 4 Uhr: Mid Carter.

**ORIGINAL  
SINGER  
NÄHMASCHINEN**  
Einfache Handhabung! 1292\*  
Große Haltbarkeit! Hohe Arbeitsleistung!  
Weltausstellung Paris 1900: **Grand Prix** Weltausstellung  
St. Louis 1904.  
Unentgeltlicher Unterricht, auch in moderner  
Stichtickeri.  
Elektromotoren für Nähmaschinenbetrieb.  
**Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.**  
Berlin W., Leipzigerstr. 92. Filialen in allen Stadtteilen.  
**Wilhelm Dietz,**  
Solinger Stahlwaren-  
Berlin, Brunnenstraße 5,  
am Rosenthaler Tor.  
Solinger Stahl.  
Tischmesser u. Gabeln. ES- u. Kaffeelöffel empfehle in großer  
Auswahl; ferner Scheren, Zuschneidescheren, Haarschneide-  
maschinen, Taschenmesser, Rasiermesser, Tranchier-, Hack-, u. Wieg-  
messer, Wagen, Haushaltungsmaschinen, Nickel-Service,  
Tablette, Kassatten, Revolver, Teschings, Luftbüchsen, Manition etc.

**Metropol-Theater**  
**Das muß man seh'n!!**  
Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern)  
von J. Freund. Musik von Viktor  
Hollander. In Szene gesetzt  
von Direktor Richard Schultz.  
**G. Thielscher a. D. F. Massary**  
**B. Darmand a. D. E. Withney a. D.**  
**Bender. Giampietro. Josephi.**  
**Anfang präzise 8 Uhr.**  
Rauchen überall gestattet.  
**Sonntag, den 6. Oktober,**  
nachmittags 3 Uhr:  
**Die Herren von Maxim.**

**Trianon-Theater.**  
Fräulein Josette — meine Frau.  
Anfang 8 Uhr.

**Deutscher  
Buchbinder-Verband.**  
Zahlstelle Berlin.  
Am Dienstag, den 1. Oktober,  
verstarb unser Mitglied, der  
Gutsarbeiter  
**Gustav Beck**  
im 60. Lebensjahre.  
Wir werden sein Andenken in  
Ehren halten!  
Die Beerdigung findet am Frei-  
tag, den 4. Oktober, nachmittags  
3 Uhr, von der Kapelle des  
Debnig-Kirchhofs in Reinickendorf,  
Berlinerstr. 25, aus statt.  
24/19 Die Ortsverwaltung.

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher  
Teilnahme und die überaus reichen  
Rangpenden bei der Beerdigung  
meines lieben Vannes, unseres guten  
Vaters lagen wir allen Bekannten,  
insbesondere seinen Herren Kollegen  
sowie dem Gesangsverein „Typhographia“  
unseren herzlichsten Dank. 2058  
**Aug. Michulski** nebst Kindern,  
Reichenbergerstr. 165.

**Hygienische**  
Bedarfsartikel. Neues Katalog  
u. Empfehlung Aerzte u. Prof. grat. auf  
H. Dager, Gummiwarenfabrik  
Berlin NW., Friedrichstraße 51/52.

**Prater-Theater**  
Kastanien-Allee 7-9.  
**Die Logenbrüder.**  
Schwanz von Laufs und Kraak.  
Anfang 8 Uhr.  
Freitag: Zum ersten Male:  
Der Widerspenstigen Zähmung.

**Sanssouci,** Kottbuser  
Strasse 6.  
Direktion: Wilhelm Reimer.  
Sonntag, Montag,  
Donnerstag:  
**Hoffmanns Nordd. Sänger**  
u. Tanzkränchen.  
Die lustige Witwe.  
Streit der Schmiebe.  
Sonnt. Beg. 5, wochentl. 8 1/2  
Freitag: Gastspiel der  
Berliner Volkstheater.  
(Theater-Abend.)

**Reichshallen-Theater.**  
Täglich:  
**Stettiner Sänger.**  
Britton  
als  
Mute im  
Familien-  
bad  
Wannsee.  
Anf. Bochent. 8, Sonntags 7 Uhr.

**Buggenhagen,  
Moritzplatz.**  
Inh. Albert Böhme.  
Täglich:  
**Die 7 Schwaben**  
moderne Volks-Sänger.  
**Martin Bendix**  
als  
Sherlock Holmes aus Trouwenbrieten.  
Im unteren } **Militär-Konzert.**  
Saal täglich: }  
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.

**Union-Festsäle**  
Greifswalderstr. 222. — am —  
Königsstor.  
Jeden Donnerstag:  
**Norddeutsche  
Sänger.** 4035\*  
Anfang 8 Uhr. — Sons gelten.  
Nachdem: **Freitag.**  
Gegründet 1864.

**Pelzwaren-  
Fabrik**  
**S. Schlesinger**  
Neue Königstr. 21.  
(O. Lannanhaus.)  
Kell. Laden  
II. Etage  
**Einzelverkauf**  
wie alljährlich  
nach beendeter  
Engros-Saison.  
**Pelz-Stolas,  
Muffen etc.**  
zu fabelhaft billigen Preisen.  
Reparaturen billigst.

**Sozialdemokratischer Wahlverein  
des  
6. Berliner Wahlkreises.**  
**Todes-Anzeige.**  
Am 30. September verstarb unser  
Mitglied, der Buchhalter  
**Benno Goldschmidt**  
Koloniestr. 124.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet Freitag,  
vorm. 8 1/2 Uhr auf dem Friedhof  
der sülbbchen Gemeinde in Welzen-  
see statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Wahlverein  
des  
6. Berliner Wahlkreises.**  
**Todes-Anzeige.**  
Am 30. September verstarb  
unser Mitglied, der Schriftleger  
**Otto Leipner**  
Lindowstr. 10.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet Freitag,  
nachmittags 5 Uhr von der Halle  
des neuen Nazareth-Friedhofes  
aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Wahlverein  
des  
6. Berliner Wahlkreises.**  
**Todes-Anzeige.**  
Am 30. September verstarb unser  
Mitglied, der Arbeiter  
**Ernst Heinicke**  
Kolbergerstr. 23/29.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute  
Donnerstag nachm. um 7 1/2 Uhr  
von der Halle des Dantes-Kirch-  
hofes aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Deutscher  
Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht,  
daß unser Mitglied, der Metall-  
arbeiter  
**Ernst Heinicke**  
am 30. September an Lungenerleiden  
gestorben ist. 153/14  
Ehre seinem Andenken.  
Die Beerdigung findet heute  
Donnerstag, den 3. Oktober,  
nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Dantes-Kirchhofes,  
Wandstraße, aus statt.  
Kege Beteiligung erwartet  
Die Ortsverwaltung.

**Zentral-Kranken- u. Sterbekasse  
der deutschen Wagenbauer.**  
Bezirk Berlin IV.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Mitgliebrn zur Nachricht,  
daß unser Mitglied, der Arbeiter  
**Ernst Heinicke**  
am Montag, den 30. September,  
an der Prostatierkrankheit ver-  
storben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 3. d. M., nach-  
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Dantes-Kirchhofes aus  
statt. 4035  
Zahlreiches Beileid ermarket  
Die Ortsverwaltung.

**Zentralverein für alle in der  
Kutbranche beschäftigten Arbeiter  
und Arbeiterinnen.**  
**Filiale Berlin.**  
**Todes-Anzeigen.**  
Am Montag verstarb unser  
Kollege  
**Emil Kade.**  
Die Beerdigung findet Freitag  
nachmittags 4 Uhr von der Leichen-  
halle des Friedens-Kirchhofes,  
Nordend • Niederhörschhausen, aus  
statt.  
Am Montag verstarb unser  
Kollege  
**Fritz Mader.**  
Die Beerdigung findet Donner-  
tag nachmittags 4 Uhr von der  
Leichenhalle des Zentr.-Fried-  
hofes in Friedrichssee aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.  
Wir sind von der Brückenstr. 10a nach  
Neanderstr. 9  
3915\*  
**Dr. Friedberg.  
Dr. Feilchenfeld.**



Partei-Angelegenheiten.

Charlottenburg. Heute abend 8 1/2 Uhr findet im Volkshaus, Rosenstr. 3, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt.

Treptow-Baumschulweg. Heute, Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, finden wieder 10 öffentliche Versammlungen in den bekannten Lokalen statt.

Alt-Fliecke. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet am Sonntag, den 5. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Sch. Grünauerstraße 29, statt.

Berliner Nachrichten.

Die Deputation für die Blindenpflege genehmigte in ihrer letzten Sitzung unter Vorbehalt der Nachprüfung einzelner Posten den Entwurf des nächstjährigen Etats, umfassend die Blindenschule und die Beschäftigungsanstalt.

Der Entwurf weist auf ein Einnehmen 286 148 M., denen eine Ausgabe von 843 101 M. gegenübersteht.

Eine sehr erfreuliche und damit segensreiche Entwicklung hat die Beschäftigungsanstalt genommen, die mit 2 88 000 M. balanziert. An Arbeitslöhnen wurden insgesamt rund 58 000 M. in Ansatz gebracht.

Erwachsene Blinde wurden in der Anstalt beschäftigt: 1898 72, 1900 schon 129 und 1907 198 Arbeiter. Diese konnten meistens mit Unterstützung aus Stiftungsmitteln in die Lage gebracht werden, der Unterstützung aus öffentlichen Mitteln zu entbehren.

In der Blindenschule werden zurzeit 60 schulpflichtige Kinder in fünf Klassen unterrichtet. Die Schüler und Schülerinnen haben in diesem Jahre unter Führung von tüchtigen Kräften, die mit der Blindenpflege und dem Unterricht vertraut waren, die Schulferien als Kolonien in Rheinsberg verbracht. Die Kosten des Unterhalts hatte die Deputation aus Stiftungsmitteln bereitgestellt. Der Erfolg des ersten selbständigen Versuchs muß als ein in jeder Beziehung gelungener bezeichnet werden.

Die anderen Gegenstände der Tagesordnung betrafen fast nur Unterstützungsgesuche, die meist im Sinne der Antragsteller beschieden wurden.

Automobilrennen in belebten Straßen.

Der kaiserliche Automobilklub wird, wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, am 6. Oktober und folgende Tage auf der Straße Wilmersstraße, Westend, Tempelhofer, Berlin, Wilmersstraße Zulässigkeitsfahrten für Automobile im Gewicht bis zu 8500 Kilogramm veranstalten. Diese Straße, die teilweise durch außerordentlich belebte Gegenden Groß-Berlins führt, dürfte während des Rennens sich für das Publikum als geradezu lebensgefährlich erweisen.

Fast scheint es, als ob die Unternehmer erproben wollen, was Automobile im stärksten Straßengewühl zu leisten imstande sind. Der den Verkehr in jener Gegend kennt, dem wird es nicht zweifelhaft sein, daß es zu Kollisionen kommen wird, und es steht zu befürchten, daß mancher seine geraden Glieder dabei einbüßt.

Die ganze Veranstaltung wird ziemlich geheim betrieben, wahrscheinlich um den Verkehr nicht abzulenken und so die „richtige“ Wirkung zu erzielen. Da es der kaiserliche Automobilklub ist, welcher das Rennen veranstaltet, so versteht es sich von selbst, daß die Behörden gegen das Unternehmen nichts einzunehmen haben, sondern pflichtschuldigst dasselbe zu fördern suchen. Uns will es aber scheinen, als ob der großstädtische Straßenverkehr sich sehr schlecht zu solchen Experimenten eignet und daß es ein gewissenloses Spielen mit Menschenleben ist, wenn Ungetüme bis zu 170 Zentner Gewicht durch den großstädtischen Verkehr rasen. Wir sind gewiß keine Gegner der modernen Entwicklung, namentlich auf dem Gebiete des Verkehrswezens, aber um die Zuverlässigkeit solcher Verkehrsmittel festzustellen, dafür scheint uns mehr eine gute Fahrerschule geeignet zu sein, in welcher Maschinen und Führer gründlich geprüft und geübt werden, als Veranstellungen, die für einzelne zwar einen Nervenspiegel bedeuten, für die großstädtische Bevölkerung aber schwere Gefahren für Leib und Leben mit sich bringen müssen. Jedenfalls halten wir es für unsere Pflicht, die Einwohner jener Gegend noch rechtzeitig zu warnen.

„Selbstmord wegen Vergasung der Armenhülle?“ Unter dieser fragenden Überschrift melden wir am 20. September, daß eine Frau Braun, Ackerstraße 8, ihrem Leben durch Gift ein Ende zu machen gesucht habe, und daß das Gerücht verbreitet werde, sie sei in Not gewesen und habe vergeblich sich um eine Armenunterstützung bemüht. Wir fügten hinzu, ein Vertreter unseres Blattes habe zweimal erfolglos versucht, bei dem zuständigen Armenvorsteher — einem Herrn Meißner, Ackerstraße 146 — eine Auskunft darüber einzuholen, was an dem Gerücht Wahres sei. Daß es in der Bevölkerung ohne weiteres geglaubt werde, das sei — so bemerkten wir — zu begreifen nach den Erfahrungen, die leider schon mancher Hülfsuchende mit Armenvorstehern gemacht habe.

Diese Notiz hat nun Herr Meißner gekränkt. Wir müssen offen gestehen, daß uns das eigentlich überrascht. Nach unseren fruchtlosen Erkundigungsversuchen waren wir zu der Annahme gelangt, daß der Herr Armenvorsteher keinen großen Wert darauf lege, jenem Gerücht schleunigt entgegenzutreten. Erst nachdem wir dann in unserem Blatt mitgeteilt hatten, daß ein solches Gerücht umlaufe und daß unsere Bemühungen um Aufhellung ohne Ergebnis geblieben seien, setzte er sich gegen uns in Bewegung. Er hat der Armenverwaltung sein Leid geklagt, und die Vorstehenden, Herr Stadtrat Münsterberg, hat uns daraufhin einen Brief geschickt, in dem er erzählt, was ihm als „in unzweifelhafter Weise festgestellt“ gilt.

Wir haben den Brief zunächst noch zurückgelegt und bei dem Herrn Stadtrat anfragen müssen, ob er es wirklich für „in unzweifelhafter Weise festgestellt“ hält, daß Frau Dr., wie der Brief sagt, „am 20. September“ um Hilfe gebeten habe. Am 20. September stand nämlich die Notiz bereits im „Vorwärts“. Frau Dr. befand sich an diesem Tage längst im Krankenhaus, nachdem sie am 18. September Gift genommen hatte. Herr Münsterberg hat uns jetzt geantwortet, „20. September“ sei ein Schreibfehler, es solle „17. September“ heißen. Gewiß, Schreibfehler können vorkommen. Aber welches Vertrauen sollen wir nach solcher Erfahrung einem Schriftstück der Armenverwaltung entgegenbringen, das uns korrigieren will? Die Darstellung der Armenverwaltung lautet nunmehr so:

„Wir haben den Sachverhalt in unzweifelhafter Weise wie folgt festgestellt: Die Frau Emilie Braun hat am 20. September (zu ändern in: „17. September“) um Armenunterstützung, ohne auszusprechen, daß sie in einer so überaus dringlichen Notlage sei, in welchem Falle der Armenvorsteher, wie bei solcher Sachlage

selbstverständlich ist, sofort helfend eingegriffen hätte. Er konnte zur Annahme einer solchen Dringlichkeit, da die Frau nichts davon sagte, um so weniger gelangen, als sie mit ihrem Manne zusammenlebte und Kinder nicht vorhanden sind. Der Armenvorsteher hat dann die Angelegenheit sofort in der vorgeschriebenen Weise zur weiteren Ermittlung ausgegeben, wobei das Ergebnis schriftlichmäßig in der am Schluß des Monats stattfindenden Konferenz vorgetragen war. Ein den Armenvorsteher irgendetwas belastender Zusammenhang ist hiernach nicht vorhanden.“

Frau Dr. ist inzwischen leidlich wieder hergestellt und aus dem Krankenhaus entlassen worden, so daß wir nun die Möglichkeit gehabt haben, auch sie selber zu befragen. Am 17. September hatte sie in Herrn Meißners Wohnung vorgesprochen, ihr war aber gesagt worden, sie solle am anderen Tage zur Sprechzeit wiederkommen. Das tat sie am 18. September, und selbstverständlich schilderte sie dem Vorsteher ihre Not als dringend. Sie bekam von ihm eine Antwort, die sie dahin verstand, auf Hilfe könne sie rechnen, wenn sie von ihrem Manne getrennt lebe und das durch Abmeldungschein nachweise. Nebenbei bemerkt: wir haben hier einen lehrreichen Beitrag zur Beurteilung der von Armenpflegern oft vorgebrachten Klage, daß viele Ehepaare sich voneinander trennen, um für die Ehefrau eine Unterstützung zu erreichen. Frau Dr. glaubte, das sei ein Rat, den der Vorsteher ihr gebe. Aber selbst wenn sie jetzt danach hätte handeln wollen, so meinte sie doch nicht auf die Hilfe warten zu können, die ihr dann winkte. Sie ging nach Hause und nahm noch an demselben Tage Gift.

Die „unzweifelhaften“ Angaben der Armenverwaltung bedürfen noch in einem anderen Punkt der Korrektur, die wir gleich selber besorgen wollen. Der Brief behauptet, bei dem Ehepaar Dr. seien „Kinder nicht vorhanden“, während tatsächlich zwei Kinder im Alter von etwa neun Monaten und zwei Jahren vorhanden sind. In unserer Notiz hatten wir gar nicht von ihnen gesprochen, weil man uns gesagt hatte, sie seien noch vor dem Selbstmordversuch zur Großmutter gebracht worden. Nach Empfang des Briefes haben wir diesen Kindern noch genauer nachgesehen. Wir können der Armenverwaltung die Versicherung geben: sie sind tatsächlich „vorhanden“; sie waren drei Tage vor der Verzweiflungsdial zur Großmutter gebracht und dort gelassen worden, weil Frau Dr., wie sie uns erzählt, nichts mehr für sie zu essen hatte. Herr Münsterberg aber fordert, daß wir als „in unzweifelhafter Weise festgestellt“ ansehen, Kinder seien „nicht vorhanden“.

Wir wiederholen: welches Vertrauen sollen wir künftig noch zu Darstellungen der Armenverwaltung haben, selbst wenn sie ihre „Feststellungen“ als „unzweifelhaft“ bezeichnen! Kein Stadtrat kann alles selber machen. Aber es soll auch kein Stadtrat uns zumuten, daß wir gläubig hinnehmen, was seine Leute melden. Die Armenverwaltung muß uns schon gestatten, daß wir über die Zuverlässigkeit der Berichte von Armenpflegern noch wie vor unsere eigene Meinung haben.

Von der Mietschuldmisere.

In Berlin waren in dem eben zu Ende gegangenen Sommerhalbjahr 1907 von 283 Gemeindeschulen (und 5 Filialen) nicht weniger als 33 Schulen (und 2 Filialen) in gemieteten Häusern untergebracht. 27600 Kinder stecken in diesen Mietschulen (nach der Zählung vom 1. Mai), während die Zahl aller Gemeindeschulkinder sich auf 228 362 belief. Es wurden also fast ein Achtel aller Gemeindeschulkinder in gemieteten Räumen unterrichtet.

Die Mietschulen liegen in den neueren Stadtteilen, deren Entwicklung unsere angeklagt so überaus kurzfristige Schulverwaltung „nicht voraussehen konnte“: im Osten, Nordosten, Norden, Nordwesten. Im Sommerhalbjahr befanden sich in der Stralauer Allee zwei Mietschulen mit zusammen 1074 Kindern, in der Warschauerstraße, Rosenerstraße, Litzhauerstraße, Frankfurter Allee, Löwenstraße, Rigauerstraße neun Mietschulen mit zusammen 7085 Kindern, in der Straßmannstraße, Petersburger Platz, Eibingerstraße vier Mietschulen mit zusammen 3421 Kindern, in der Greifswalderstraße eine Mietschule mit 1267 Kindern, in der Weißburgerstraße, Stargarderstraße, Gethemanestraße, Schönhauser Allee sechs Mietschulen mit zusammen 5136 Kindern, in der Brunnenstraße eine Mietschule (Filiale) mit 120 Kindern, in der Grünäckerstraße, Panikstraße, Scheringstraße drei Mietschulen mit zusammen 2077 Kindern, in der Müllerstraße, Secstraße, Amsterdamerstraße, Lütticherstraße fünf Mietschulen mit zusammen 5073 Kindern, in der Wilsesstraße, Weuffelstraße, Wittfoderstraße vier Mietschulen (einschließlich einer Filiale) mit zusammen 2356 Kindern. Die Viehhofsgegend hat jetzt wieder die meisten Mietschulen; sie war überhaupt von jeher das „Nassische Land“ der Mietschulen und wird es wohl noch auf lange hinaus bleiben. Aber auch der nördliche Teil der Schönhauser Vorstadt (um Bahnhof „Schönhauser Allee“) sowie der nördliche Teil des Wedding (Seestraße und Umgebung) und der westliche Teil von Roabit (nahe Bahnhof „Weuffelstraße“) sind nicht zu knapp mit Mietschulen besetzt. Die Schönhauser Vorstadt ist dadurch bemerkenswert, daß ihr außerhalb der Ringbahn gelegener Teil noch kein einziges eigenes Schulhaus hat und sich lediglich mit Mietschulen behelfen muß, obwohl da draußen jetzt schon über 40 000 Menschen wohnen.

Das Bedenkliche solcher Zustände ist im „Vorwärts“ oft nachgewiesen worden. Die Mietschulhäuser sind fast ausnahmslos ganz gewöhnliche Wohnhäuser; und in der Eibingerstraße sind zwei Schulen in einem gemieteten Hause untergebracht, das von vornherein für Schulzwecke eingerichtet wurde. In den meisten Mietschulen sind die Unterrichtsräume klein, die Ventilationsrichtungen sind unvollkommen, die Lichtzufuhr ist durch Nachbargebäude beeinträchtigt, die Treppen und Ausgänge sind schmal, die Korridore, die bei schlechtem Wetter als Wandelgänge dienen könnten, fehlen. In manchen dieser Mietschulhäuser stecken so viele Kinder, daß man sich wirklich fragen muß, wie da bei Ausbruch eines Brandes, durch den etwa eine Panik unter den Kindern hervorgerufen wird, die Leerung der Klassenzimmer sich vollziehen würde. So finden wir im Hause Gethemanestr. 4 eine Schule mit 1188 Kindern, im Hause Greifswalderstr. 207 eine Schule mit 1267 Kindern, im Hause Litzhauerstr. 6 zwei Schulen mit zusammen 1348 Kindern. Das Haus Schönhauser Allee 108 beherbergt zwei Schulen mit zusammen 1882 Kindern, aber nach den Michaelsferien wird in demselben Hause noch eine dritte Schule untergebracht, dann wird wohl die Zahl 2000 überschritten werden. In der Lütticherstr. 3 ist sie längst überschritten worden, dort haufen schon jetzt zwei Schulen mit zusammen 2213 Kindern. Es gibt Städte, die nach keine 2000 Einwohner haben, in Berlin aber pfercht man über 2000 Schulkinder in ein einziges Haus hinein.

Die Schulverwaltung hätte es verhüten können, daß das Uebel der Mietschulen so ausartete. Es war wirklich kein Kunststück, die Entwicklung des Viehhofsquartiers, der Schönhauser Vorstadt, der Seestraßengegend, des westlichen Teils von Roabit rechtzeitig vorauszu sehen. Aber selbst da, wo man nichts mehr „voraussehen“ braucht, sondern auf eine bereits abgeschlossene Entwicklung zurückblickt, beklagt die Schulverwaltung sich immer noch mit Mietschulen. Viehhofsquartier, Schönhauser Vorstadt innerhalb der Ringbahn, Wedding nahe dem Bahnhof, Roabit — das sind ja Stadtteile, in denen die Bauitätigkeit doch wahrlich nicht erst vor fünf oder zehn Jahren begonnen hat. Aber überall finden wir da noch eine Mietschulmisere, die seit zehn Jahren, seit fünfzehn, zwanzig und mehr Jahren besteht. Wo Schulhäuser gebraucht werden, das kann man nur ohne viel Prophezeiung rechtzeitig voraussehen, wenn man nur will. Aber man will eben nicht. So fragt in Berlin der Stadtfreisinn für die Schule der Kinder der werktätigen Bevölkerung!

Der Pastor im Odbach.

Die Bibel sagt: „Der Mensch lebt nicht vom Brot allein, sondern von einem jeglichen Wort, das durch den Mund Gottes gehet“. Die Verwaltung des Stadtobdachs in der Fröbelstraße beherzigt das. Sie sieht gewissenhaft darauf, daß den Odbachinsassen, wenn sie auch nicht überreichlich zu essen kriegen, doch wenigstens vom Gotteswort sehr viel mehr geboten wird, als mancher verlangt. Dem Odbach steht ein Pastor zur Verfügung, der dort die Seelsorge ausübt. Er wird für seine Bemühungen aus dem Stadtsäckel bezahlt. Künftig soll nun hierfür noch mehr aufgewendet werden, so hat es das Odbachskuratorium auf Antrag seines Vorsitzenden, Stadtrat Fischbeck beschlossen. Die Erhöhung des Pastorengehalts ist als nötig erachtet worden, weil der Herr Pastor im Odbach auch Taufen vornehmen will und soll. Oft muß die Odbachleitung es erleben, daß bei den ausgenommenen Familien sich Kinder befinden, die schon ganz leidlich ausgewachsen sind, aber noch immer ungetauft umherlaufen. Dieser Uebelstand scheint auch dem Herrn Fischbeck, der ja in neuerer Zeit zum Dugbruder des Pastors von Hodelshing avanciert ist, peinlich geworden zu sein. Darum hat er es für ratsam gehalten, daß die nötigen Nachtaufen gleich vom Odbachpastor vorgenommen werden, ehe die Odbachinsassen wieder an die Luft gesetzt werden und dann aus dem Machtbereich der Odbachverwaltung ausscheiden. Durch die Taufzulage zum Pastorengehalt ist die Notwendigkeit, die Taufen im Odbach vorzunehmen, in aller Form anerkannt worden. Im Kuratorium hat allerdings unser Genosse Hoffmann widersprochen, indem er darauf hinwies, daß nicht die Stadt die Pflicht habe, etwaige kirchliche Bedürfnisse der Armen zu befriedigen. Hoffmann erklärte, daß sei Sache der Kirche, und tatsächlich könne ja jeder in der Kirche seine Kinder unentgeltlich taufen lassen, sofern er das wolle. Aber die Mehrheit muß wohl ihre Gründe gehabt haben, daß sie dessen ungeachtet die Ausgabeerhöhung bewilligte. Hoffmann bezeichnete es als wünschenswert, daß auf die Odbachinsassen zum mindesten kein Druck und Zwang, ihre Kinder taufen zu lassen, ausgeübt werde. Diese Forderung gelte ihm als ebenso berechtigt, wie die andere, daß Eltern, die aus eigener Ueberzeugung ihre Kinder taufen lassen wollen, nicht daran gehindert werden. Ihm wurde erwidert, jeder Versuch einer Ueberredung oder einer sonstigen Agitation werde im Odbach vermieden werden, man werde nur auf besonderen Wunsch der Eltern bezw. der Mutter die Kinder taufen. Wir sind neugierig auf die Erfahrungen, die die Odbachinsassen mit diesem „zwanglosen“ Taufverfahren machen werden. Hoffentlich werden sie nicht vergesen, nötigenfalls den Pastor bezw. den Inspektor daran zu erinnern, daß versprochen worden ist, „Ueberredungsversuche“ zu unterlassen, und daß den Eltern die völlig freie Entscheidung darüber verbleiben soll, ob sie ihre Kinder taufen lassen wollen oder nicht.

Vor den Augen des Vaters. Das Opfer eines schrecklichen Unglücksfalles ist der vier Jahre alte Sohn des Fuhrherrn Richter aus der Brandenburgerstraße 33 geworden. Er war mit seinem Sohne in Friedenau gewesen und auf dem Heimwege geriet er mit dem kleinen unglücklichweise zwischen zwei Lastfuhrwerke, die zusammenstießen. Der Knabe wurde unter das eine der Fuhrwerke gerissen und die Räder gingen ihm über das Bein hinweg. Der linke Fuß wurde dem Kinde vollständig abgefahren. Der unglückliche Vater mußte Augenzeuge des schrecklichen Unfalles sein. Das schwerverletzte Kind fand im Krankenhaus Roabit Aufnahme.

Ein großer Zigarren- und Zigaretten Diebstahl ist in der vorletzten Nacht in der Wolkenbergerstraße 7 verübt worden. Mittels Dietrichs hatten sich Einbrecher Eingang in das Zigarrengeschäft von Haube verschafft. Mit „Kennenblid“ wählten die Diebe von den Lagerbeständen die teuersten Zigarren und Zigaretten aus. Im ganzen erbeuteten sie 5000 Zigarren und 55 Pakete Zigaretten. Sie packten alles in einen großen leeren Reisepfaffen ein, legten noch eine wertvolle Stola, die der Frau des Geschäftsinhabers gehörte, dazu und entfernten sich ungehindert mit ihrer Beute.

„Auten durch, nicht drüber weg“.

meinte der Kaiser vor Jahren, als es sich darum handelte, die der Stadt zum Teil gehörenden Straßenbahnlinien von der Mittelstraße über die Linden zu führen und eine Verbindung mit der nach Treptow führenden Linien zu schaffen. Man schloß daraus, daß der Kaiser eine Vorliebe für „Auten durch“ besäße. Diese Annahme scheint nicht ungerechtfertigt zu sein, denn die „Post“ weiß zu berichten, daß jetzt ein unterirdischer Gang vom Schloß zum Marstall geplant ist. Der Kaiser pflegt sich öfter zu Fuß vom Schloß nach dem Marstall zu begeben, um hier Reitübungen, Beschäftigungen usw. vorzunehmen. Der Verkehr auf dem Schloßplatz werde immer stärker und „man“ Schritte bei solchen Anlässen nur ungern zur Absperzung. Eine Verlegung der großen Berliner Straßenbahn läge auch nicht in der Absicht des Kaisers und so sei der Plan angeregt, einen Tunnel vom Schloß zum Marstall zu bauen.

Wir nehmen von der Meldung nur Notiz, weil sie zeigt, daß der Kaiser die Devise: „Auten durch, nicht drüber weg“ in seinem eigenen Haushalt praktisch erproben will.

Zwölf halbe Schweine gekohlen. Großer Schaden ist der Firma Lendemann durch einen Wagenmarder beigesügt worden. Vor dem Grundstück Dragonerstraße 2 hatte der Kutscher Wöte mit einem ihrer Fuhrwerke gehalten, um im Hause Fleisch abzuliefern. Währenddessen schwang sich ein Dieb auf den Bod hinauf und fuhr mit dem Wagen davon. Beladen war das Gefährt mit zwölf halben Schweinen, die einen Wert von 1300 M. haben. — Ein weiterer Diebstahl ist in der gestrigen Nacht in der Hermannstraße 39 ausgeführt worden. Einbrecher drangen in den Laden des Kolonialwarenhandlers Schulz ein und stahlen für 300 M. feine Fleisch- und Wurstwaren. Auch einen größeren Posten Speck erbeuteten sie.

Opfer fallen . . .

Geradezu erschreckend häufen sich die Unglücksnachrichten aus der Chemischen Fabrik auf Aktien, Charlottenburg, Tegeler Weg. Raum eine Woche vergeht, ohne daß über einen mehr oder minder schweren Unglücksfall in diesem Betriebe berichtet werden muß. Vor ungefähr drei Wochen verunglückte ein Spiritusküfcher dermaßen, daß ihm beide Beine gebrochen wurden; acht Tage später fand ein Arbeiter durch Erstickten den Tod und am Dienstag ereignete sich schon wieder ein gräßliches Unglück. Zwei Arbeiter waren damit beschäftigt, einen Treibriemen auf die Scheibe zu bringen. Plötzlich ertönte lautes Schreien, der eine Arbeiter war von der Seite seines Kollegen fortgerissen, der Dampf hing oben auf der Welle, während die Gliedmaßen in der Luft umherflogen. Der Nieman hatte den Kerntern erfasst und in die Luft geschleudert. Stundenlang gewaltigsten als absäufendes Beispiel, blieb der so jäh aus dem Leben Geschiedene in dieser Situation, bis eine Kommission kam und den Tatbestand aufnahm. Eine Familie ist wieder ihres Ernährers beraubt.



Die Organisation der Fabrikarbeiter hat sich seit Jahren der mühseligen Arbeit unterworfen, menschenwürdige Zustände in diesen Betrieben zu bringen. Das hat man ihr bisher sehr schwer gemacht. Ein elendes Angeberthum hat die Forderung großgezogen, das sie in die Lage bringt, die Vertrauenspersonen der Organisation aus dem Betriebe immer wieder hinauszubugeln und sich „Ruhe“ zu schaffen. Man sieht es auch dem Betriebe an, daß die Arbeiterorganisation in demselben auf schwachen Füßen steht, sonst stände es besser um die Arbeiter.

Gegen die geplante Errichtung eines Riesenbenzinlagers für Automobilomnibusse in der Weisenaustraße erheben die Anlieger sowie die Hausbesitzer der Nachbarschaft entschiedenen Protest und sind entschlossen, falls das Projekt nicht aufgegeben wird, ihrem Einspruch im Klagenwege Geltung zu verschaffen. Sie erklären, daß eine so dichtbesiedelte Gegend überhaupt nicht der Ort für eine derartige, trotz aller Vorsichtsmaßnahmen in hohem Grade feuergefährliche Anlage sei und verweisen darauf, daß sich in der Nähe des in Aussicht genommenen Bauplatzes zwei Gemeindefschulen befinden.

In der ersterlichen Wohnung wieder eingefunden hat sich die Schülerin Friede Conrad, deren Verschwinden der Polizei gemeldet war.

Ein Frauenmord? Im Hause Kellnerstraße 1, vorn 8 Treppen wurde gestern die 46 Jahre alte Friseurin Karoline Varganski von ihrem Ehemann mit durchschnittener Kehle gefunden. Auf ihrem Tische neben ihr, außer Reichweite, lag ein blutiges Messer. Es wird vermutet, daß es sich um einen Mord handelt. Die Untersuchung wird ja Näheres ergeben.

Vermißt. Der Bureauvorsteher Karl Faber, am 5. September 1872 in Bietin geboren, entfernte sich am 27. v. Mts. aus seiner Postenstraße 42 bei Bortmann belegenen Wohnung und wird seitdem vermißt. Er ist 1,00 Meter groß, schlank, hat dunkelblondes Haar, dunkelblonde Augenbrauen, blaue Augen, große Nasenflügel, dunkelblonde Schnur- und Spigbart, gelbliche Gesichtsfarbe und aufrechte Körperhaltung. Bei seinem Fortgang war er bekleidet mit schwarzem steifen Hut, blaugrauem kariertem Jacketanzug, Schürschuhen, braunen, baumwollenen Strümpfen und gelblichgrauen Sommerüberzieher. Der Vermißte ist sehr nervös und es ist daher nicht ausgeschlossen, daß er planlos umherirrt. Nachrichten über seinen Aufenthalt werden in jedem Polizeirevier und bei der Kriminalpolizei, Alexanderstr. 3/6, 2 Treppen, Zimmer 334, schriftlich oder mündlich zu Tagebuchnummer 7874. IV. 07 entgegen genommen.

#### Großfeuer in der Markgrafenstraße.

Ein gewaltiger Dachstuhlbrand kam gestern Abend in der Markgrafenstraße 1, Ecke der Lindenstraße, zum Ausbruch. Als auf den ersten Alarm hin, der gegen 7/8 Uhr auf der Hauptfeuerwache in der Lindenstraße einlief, der 17. Löschzug mit Brandmeister Gempy anrückte, stand schon an der Markgrafenstraßenfront der gesamte Dachstuhl in acht Fenster Ausdehnung in hellen Flammen. Angesichts der großen Gefahr gab der Brandmeister unverzüglich noch eine Nachmeldung, woraus außer der gesamten fünften Kompagnie auch die Jüge 9, 10 und 11 herbeieilten. Bald waren mehrere Dampfprisen in Tätigkeit und über drei mechanische Eistern und die Treppen hinweg wurde mit einer ganzen Reihe von Schlauchleitungen Wasser gegeben. Der Angriff wurde durch eine enorme Verqualmung sehr erschwert. Erst nachdem mit Rauchhelmen ausgerüstete Feuermänner dem Rauch Abzug beschafft hatten, waren die Ablösungsarbeiten von Erfolg. Es dauerte über eine Stunde, bevor die Gefahr beseitigt war. Personen sind nicht zu Schaden gekommen. Von dem Dachstuhl war nichts mehr zu retten.

Die Dachstuhlbrände wollen kein Ende nehmen. Am Dienstag Abend hatte die 3. Kompagnie den dritten in der Jahrsr. 24 zu löschen. Als der 11. Zug an der Brandstelle erschien, stand nicht nur der Dachstuhl des Vorderhauses, sondern auch des Seitenflügels in großer Ausdehnung in Flammen. Das Vordringen war durch die innere Verqualmung der Bodenräume und des Treppenhauses anfänglich sehr erschwert. Die Löscharbeiten hatten unter der Entwicklung der Hitze und des Rauchs sehr zu leiden. Mehrere wurden ohnmächtig und mußten mit Sauerstoff erquidert werden. Mit drei Schlauchleitungen mußte längere Zeit kräftig Wasser gegeben werden, ehe es gelang, die Nacht des Feuers zu brechen. Wesentlich erleichtert wurde die Lösung durch eine mechanische Leiter, über die die Mannschaften mit einer Leitung bis zum Dachstuhl im Vorderhaus vordringen konnten.

Die Hauptwache der Feuerwehr hatte am Mittwochnachmittag mehrere Stunden in der Alten Jakobstr. 189 zu tun. Dort an der Ecke der Hollmannstraße war in einem Seitenflügel von Auerhof Feuer ausgebrochen, das den Dachstuhl des mächtigen Fabrikgebäudes einäscherte. In der letzten Nacht will man dort eine starke Detonation wahrgenommen haben, dessen Ursache indes nicht aufgeklärt wurde. Vormittags bemerkte man, daß in den Räumen der National Cash Register Comp. auf dem Boden des an die Selterwasserfabrik von Straube u. Soltmann angrenzenden Seitenflügel Feuer ausgebrochen war. Es wurde eine Schlauchleitung von der Hausleitung vorgenommen und damit der Brand gelöscht. Mittags kam dann zum zweitenmal Feuer aus, das anfänglich nur von geringer Ausdehnung zu sein schien, so daß man abermals nur eine Schlauchleitung von der Hausleitung benutzte. Die Flammen griffen aber mit solcher Schnelligkeit um sich, daß die Feuerwehr vier Schlauchleitungen vornehmen mußte, um das Vorderhaus zu schützen. Der 17. und 18. Zug hatten Mühe zu tun, um den großen Brand zu löschen. Brandmeister Gempy konnte erst nach mehrstündiger Tätigkeit in später Nachmittagsstunde wieder abrücken. Der Dachstuhl ist total niedergebrannt. Leider verunglückten bei dem Brand zwei Feuerwehrleute. Dem Oberfeuerwehmann Krummow fiel eine Eisenklinge auf den Kopf, während der Feuerwehrmann Krüger ohnmächtig wurde. Beide Verunglückte fanden im Urban-Krankenhaus Aufnahme.

## Vorort-Nachrichten.

### Charlottenburg.

Die Wahlen der Beisitzer zum hiesigen Kaufmannsgericht finden bereits am 30. ds. Mts. statt. Die Handlungsgesellschaften werden demnächst Stellung dazu nehmen in einer in den Charlottenburger Festhallen, Kaiser Friedrichstraße 24 stattfindenden Versammlung, die einberufen ist vom Zentralverband der Handlungsgesellschaften und „Gesellschafte Deutschlands“. Der Referent Kollege Udo wird über: „Warum wählen wir, wie wählen wir, wen wählen wir?“ sprechen. Pflicht der Handlungsgesellschaften ist es, diese Versammlung zu besuchen und dafür zu sorgen, daß Vertreter in das Kaufmannsgericht gewählt werden, deren soziales Verständnis die Fällung von Urteilen ausbleibt, die dem Rechtsempfinden der Masse der Handlungsgesellschaften nicht entsprechen und namentlich in letzter Zeit die Öffentlichkeit wiederholt beschäftigt haben.

### Potsdam.

Durch einen Schuß auf dem Neuen Kirchhof wurden vorgestern nachmittags Leidtragende, die einem verstorbenen Postunterbeamten das letzte Geleit gaben, in Erregung versetzt. In der Abteilung für Kindergräber hatte sich ein etwa 30 Jahre alter Mann auf einem Grabhügel erschossen. Nachdem der Schuß gefallen, eilte man an den Tatort, doch war der Selbstmörder bereits tot. Die Unterbringung der Leiche wurde in der Leichenhalle auf dem Friedhofe angeordnet.

### Neuenhagen (Ostbahn).

In einer am Sonntag im Lokale der Witwe Grohe zu Predeborf tagenden Volksversammlung referierte Genosse Schütte über:

„Preussische Zustände“. In seinem von lebhaftem Beifall aufgenommenen Referat skizzierte der Referent kurz die Entwicklung des preussischen Staates mit all seinen Auswüchsen bis in die Neuzeit. An dem gegenwärtigen Streben der herrschenden Klasse, die Vereinerung auf Kosten der breiten Masse in immer schonungsloser Weise zu vollziehen, übte er eine heftige Kritik.

### Panlow.

Die letzte Gemeindevertretersitzung hatte sich zum großen Teil mit Schulangelegenheiten zu beschäftigen. Für die Gemeindefschulen wurde die Schöpfung einer neuen Stelle für eine technische Lehrerin bewilligt. Als Entschädigung für das Reinigen und Heizen der Schulbaracken in der 4. Gemeindefschule wurden 200 M. pro Jahr bewilligt, für die Beschaffung von Lehr- und Lernmitteln für ein zurückstehendes Hilfsklassen 620 M., desgleichen die Mittel für Anschaffung eines Konzertsäls für die Aula der neuen Gemeindefschule in der Kaiser Friedrichstraße.

Abgelehnt wurde die Teilung der Obersekunda der Realschule. Verlangt werden hierfür 2400 M., während sachkundig durch Professor Voh nachgewiesen wurde, daß die jährliche Belastung 6-8000 M. beträgt und daß die Teilung der Obersekunda auch eine Teilung der Prima nach sich zieht. Ueberhaupt kommen für die Teilung nur drei einheimische Schüler in Betracht. Die Realschule erfordert schon jetzt einen Zuschuß von 68000 M. Auch für die höhere Mädchenschule stand zum dritten Male eine Teilung von zwei Klassen zur Beschlußfassung; nach längerer Debatte wurde der Teilung der achten Klasse zugestimmt, die Teilung der zweiten Klasse wurde abgelehnt. Für die Neuvermessung der Gemarkung Panlow wurden 96000 M. gefordert, die Arbeiten sollen auf sechs Jahre verteilt werden. Dem Antrage wurde prinzipiell zugestimmt, über die Kostendeckung und die Art der Ausführung sollen die betreffenden Kommissionen nochmals beraten. Die Genehmigung zum Anschließ der Annulationsanlagen des östlichen Teiles des Rangierbahnhofes Panlow an die Ostkanalisation wird beschloffen, nachdem festgestellt wurde, daß die Eisenbahndirektion sich bereit erklärt hat, die sämtlichen Baukosten mit 4 1/2 Proz. zu verzinsen und zwar auf die Dauer von zehn Jahren. Die Gründe für die Verzinsung erklären sich dadurch, daß die Entwässerung durch unbaubares Gelände geführt. Eine Aussicht, dasselbe zu bebauen, besteht vorläufig nicht. Einem Pachtvertrag mit der Stadt Berlin wegen Pachtung von Wiesenparzellen zu Doppelverleisungszwecken wurde ebenfalls zugestimmt.

### Mühlenbeck.

In der Mitgliederversammlung des Wahlvereins am Sonntag referierte Genosse Hesse über „Die gegenwärtigen politischen Zustände“. In trefflicher Weise verstand es Redner, den Genossen die Notwendigkeit einer strengen politischen Organisation vor Augen zu führen. Bezugnehmend auf die anlässlich des letzten Reichstagswahlkampfes vom Reichsverbande unternommene Kampagne gegen die Sozialdemokratie meinte Redner, daß wir es nicht nötig hätten, mit Vägen zu operieren, schon die Wahrheit empfinden unsere Gegner bitter genug. Daraus ersetzten die Genossen aus der Gemeindevertretung Bericht. Demnach hat sich in letzter Zeit verschiedenes gebessert. So hat die Gemeinde für Pflasterungen circa 250000 M. verausgabt. Auch das Beleuchtungswesen ist bedeutend besser geworden, nur sprachen die Genossen den Wunsch aus, daß die Vertretung ihrer Forderung, das Ansteden und Buzen der Lampen nicht mehr von Kindern besorgen zu lassen, Gehör finden möchte. Das bisher unangenehme Tragen der Leiden auf der Bahre fällt jetzt weg, da für den Transport ein Leichenwagen angeschafft worden ist. Die vor kurzer Zeit ins Leben gerufene freiwillige Feuerwehr beginnt, wie die Redner betonten, sich immer mehr in das Fahrwasser der Kriegervereine zu begeben und sich damit des Charakters eines gemeinnützigen Instituts immer mehr zu entkleiden. Angesichts der großen Ausgabe, welche der kleinen Gemeinde erwachsen wird, wurde lebhaft bedauert, daß nicht jeder sich seiner Pflicht bewußt sei. So klagt sich z. B. die Gemeinde schon längere Zeit mit der Verwaltung der hiesigen Raiffeisenfabrik zwecks Erlangung der Umfassung, auch die von einigen Wochen sich angeammelten Krankentassenbeiträge in Summa von 186,78 M. seien von genannter Firma nicht zu erlangen. Erwähnt wurde noch, daß die Kleinbahn Reinickendorf-Liebenwalde-Gr.-Schönebeck dieses Jahr am 31. März mit einem Betriebsüberschuß von 189081,70 M. abgeschlossen hat gegenüber dem Vorjahre 122060,45 M. Mit der Aufforderung, die nächste Versammlung pünktlicher und zahlreicher zu besuchen, wurde die interessante Versammlung geschlossen.

### Vernau.

Reiche Beute machten Diebe, welche vor einigen Tagen nichts auf dem Gute Lanke bei Vernau einen Einbruch vollführten. Sie stahlen zunächst einen eleganten Jagdwagen, schoben denselben ein Stück Weges vom Gute entfernt in eine Sandgrube, erbrachen dann einen Pferdestall, aus welchem sie zwei Pferde nebst zwei schwarzen Gefährten ungestört herausholten. Die Spuren bräufelten, führten die Diebe zunächst über eine Wiese und dann auf der Schaufsee, welche hinter dem Dorfe Neisdorf vorbeiführt, in der Richtung nach Berlin. Es ist dies seit kurzer Zeit der dritte Diebstahl, der auf dem Gute verübt wurde, bisher gelang es noch nie, den oder die Täter dingfest zu machen.

### Oranienburg.

Zu dem merkwürdigen Tod des Rentiers Ellerd wird mitgeteilt, daß nach den Feststellungen einer Gerichtskommission die Annahme eines an E. verübten Mordes hinlänglich erscheint. Die Art und Weise, in der die Beine zusammengebunden waren, deutet darauf hin, daß Ellerd selbst die Fesselung vorgenommen hat, um so seinen Tod sicher herbeizuführen. Am Tage vor seinem Tode soll der Verlorbene einigen Bekannten gegenüber Aeußerungen haben fallen lassen, die darauf hindeuten, daß ihm irgend eine Angelegenheit Sorgen bereite, denen er am liebsten durch den Tod entgehen möchte.

## Gerichts-Zeitung.

### Schmirgelder beim Militär.

Wegen verurtheilter Erpressung und wissentlich falscher Anschuldigung stand gestern die Frau Karoline Klreiter vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I. Die Angeklagte besorgte mehrere Jahre hindurch die Wäsche für die 6. Kompanie des Gardesäbillerregiments und hatte alle darauf bezüglichen Angelegenheiten mit dem damaligen Bizefeldwebel Kreinbrink zu erledigen. Es war ein stillschweigendes Uebereinkommen, daß sich der Bizefeldwebel wöchentlich bei Ablieferung der Wäsche eine Vergütung von 80 Pf. bis 2 M. abjog und seine eigene Wäsche von der Angeklagten umsonst gemahnen bekam. Die Sache ging vier Jahre hindurch, dann verlor die Angeklagte die Wäsche, weil sich die 6. Kompanie eine Waschmaschine zulegte. Die Angeklagte glaubte aber, daß Herr Kreinbrink seine Hand dabei im Spiele gehabt habe und verlangte nun von dem Bizefeldwebel die von diesem im Laufe von 4 Jahren gemachten Abzüge und den Lohn für die dem Bizefeldwebel persönlich umsonst gelieferte Wäsche im Gesamtbetrage von 500 M. zurück. Es kam dann ein Vergleich zustande, wonach die Angeklagte durch eine ihr überwiesene Summe von 150 M. alle ihre Ansprüche für ausgeglichen erklärte. Trotzdem richtete die Angeklagte später an Herrn Kreinbrink, der jetzt eine Privatstellung bekleidet, eine Reihe von Briefen, in welchen sie unter Androhung, die ganze Sache dem Kommandeur anzeigen zu wollen, den Rest ihrer angeblichen Forderungen verlangte. Als sie hiermit keinen Erfolg erzielte, wandte sie sich wirklich an den Regimentskommandeur und teilte ihm mit, daß der Bizefeldwebel Kreinbrink von ihr jahrelang Vergütungen für die Wäsche bezogen habe. Sie verband damit die nach der Beweisaufnahme falsche Behauptung, daß der Bizefeldwebel sie zur Bewilligung dieser Abzüge durch die Drohung gezwungen habe, daß ihr andernfalls die Wäsche abgenommen werden würde. — Das Gericht hielt mit dem Staats-

anwalt die verurtheilte Erpressung und die wissentlich falsche Anschuldigung für erwiesen und verurteilte die Angeklagte unter Berücksichtigung ihrer Vorstrafen zu sechs Monaten Gefängnis.

### Schadenersatz wegen Fahrlässigkeit bei der Züchtigung.

Gegen den Fleischermeister Heinrich Appelbaum in Gardelegen macht der Schächterlehrling Paul Kowal in Kaldendorf Erbschaftsprüche aus schädigenden Verletzungen geltend, die er im August 1904 dadurch erhalten hatte, daß er einen Schlag des Appelbaum mit den Händen abzuwehren suchte und dabei in ein Schlachtmesser fuhr, das letzterer in der Hand hielt. Der Kläger führte aus, daß er im Schlachthaus zu arbeiten hatte und der Meister A. ihn gar nicht schlagen durfte, zumal er nicht sein Lehrling sei. Die Züchtigung des Klägers war wegen ungezogenen Benehmens dem Beklagten gegenüber erfolgt.

Das Landgericht, wie auch das Oberlandesgericht Raumburg erkannten auf Verurteilung des Beklagten dem Grunde nach. Das Oberlandesgericht nimmt für erwiesen an, daß A. dem Kläger in erklärlicher Erregung über dessen freches Verhalten einen Schlag versetzte. Es rechnet ihm hierbei aber die Fahrlässigkeit an, daß er mit dem Messer in der Hand auf den Kläger einschlug; denn als verständiger Mann hätte er sich sagen müssen, daß sich der Kläger nicht schlagen lassen werde, ohne sich mit den Händen und Armen zu wehren oder zu wehren. Sodann bemerkt das Oberlandesgericht noch, daß der Kläger durch eigenes Verhalten eine Verschlimmerung der Wunde herbeigeführt habe.

Gegen das oberlandesgerichtliche Urteil hatte der Kläger verschiedene Revisionsanträge vor dem Reichsgericht erhoben. Der VI. Zivilsenat des Reichsgerichts sieht die Begründung des Oberlandesgerichts als unzutreffend an, gibt der Revision jedoch infoweit recht, als sie ausführt, daß für den Verursacher der Anlaß vorgelegen habe, die Frage aufzuwerfen und zu entscheiden, ob nicht der Kläger, indem er durch die von A. behauptete Ungezogenheit diesen in erklärliche Erregung versetzte, durch sein Verhalten bei der Entstehung des Schadens mitgewirkt habe. Denn wenn der Kläger durch sein, vom Berufungsgericht als ungehörig bezeichnetes Benehmen den Beklagten in die erklärliche Erregung versetzt habe, die ihn vergessen ließ, was die Vorsicht bot, so sei der ursächliche Zusammenhang zwischen dem Verschulden des Klägers und dem eingetretenen Schaden gegeben. Alsdann habe das Gericht nach § 254 des Bürgerlichen Gesetzbuches zu prüfen, ob ein Teil des Schadens vom Kläger zu tragen sei. Deshalb wurde das Urteil des Oberlandesgerichts aufgehoben und die Sache zur Prüfung über diesen Punkt an das Berufungsgericht zurückerwiesen.

## Vermischtes.

Zu dem Eisenbahnunglück bei Duisburg, über das wir in der gestrigen Nummer berichteten, werden uns von dort noch folgende Einzelheiten gemeldet: Das Unglück scheint auf falsche Weichenstellung zurückzuführen zu sein, doch ist bei der bekannten Zugelöslichkeit der Behörden Amtliches hierüber noch nicht bekannt. An der Unglücksstelle befindet sich eine Doppelweiche. Nach Mitteilung von Bahnbeamten hatte der fragliche Weichensteller sofort nach Verlassen der Kurve, in der das Unglück passierte, die Weiche umzulegen. Dies soll nun aber, wie allgemein verlautet, schon geschehen sein, als der verunglückte D-Zug die Kurve noch befuhr. Die Lokomotive und die vorderen Wagen waren über die Unglücksstelle glatt hinweg, als der dritte Wagen 2. Klasse ganz plötzlich aus dem Gleise sprang und umkippte. Die beiden letzten Wagen blieben trotzdem stehen, vielleicht wohl nur deshalb, weil auch der ganze Zug sofort stand, was sicher darauf zurückzuführen ist, daß der Zug, der eben erst die Station verlassen hatte, noch verhältnismäßig langsam fuhr. Die Weiche ist eine Frau Denninghoff aus Hoffmannstraße bei Venedig a. M., die sich mit ihrem Gatten zusammen im Coupé befand. Letzterer kam mit einer ganz leichten Verletzung davon. Der zweite als tot gemeldete Verunglückte, ein Kaufmann Olsch aus Paris, ist nicht tot, wie es erst den Anschein hatte, doch liegt er bedenklich danieder. Die Namen der übrigen Verletzten, angeblich sechs, sind noch nicht bekannt.

Der Weichensteller Rüttgers wurde sofort abgelöst. Erst diese Nacht gegen 11 Uhr war der umgeführte Wagen gehoben; man hat dazu also volle 12 Stunden gebraucht. Die Jüge hatten in Folge der Gleissperre sämtlich erhebliche Verspätungen.

Im Schacht. Aus Langendreer (Reg. Bez. Arnberg) wird berichtet: Auf Schacht II der Zeche Neu-Herlshagen waren in einem Querschachte drei Bergleute mit Sprengbohrungen beschäftigt, als unerwartet ein eingestürzter Schuß löste. Durch die umherfliegenden Sprengstücke wurden alle drei verletzt. Sie mußten in das Lüttgendortmünder Krankenhaus geschafft werden. Einer der Verletzten hat das Augenlicht auf beiden Augen verloren, beim zweiten wird befürchtet, daß er auf einem Auge erblinden werde. Die Verletzungen des dritten sind leichter Natur.

Ueber einen Eisenbahnunfall wird amtlich aus Fulda gemeldet: Gestern Abend 11 1/2 Uhr fuhr der Güterzug 6809 von Elm auf den auf Bahnhof Hrieden haltenden Güterzug 7213 auf, infolge Ueberfahrens des auf Halt stehenden Einfahrtsignals. Leicht verletzt ist ein Bremser; der Materialschaden ist ziemlich erheblich. Der Betrieb auf Strecke Elm-Hrieden ist bis 6 Uhr vormittags eingleisig aufrechterhalten und von da ab im vollen Umfange wieder aufgenommen worden.

Die Grunauer Giftmischerin enthauptet. Gestern morgen ist die wegen Giftmordes zweimal zum Tode verurteilte Frau des Chauffeurwärters Heige aus Grunau durch den Scharfrichter Schwab aus Breslau enthauptet worden.

Die Typhuspestemie in Antonienhütte ist neuerdings im Steigen begriffen. Die Zahl der bis gestern zur Anmeldung gelangten Krankheitsfälle ist auf 100 gestiegen.

Bei den Ueberschwemmungen in Malaga sind, wie nunmehr feststeht, im ganzen 67 Personen ertrunken.

Ueber einen folgenschweren Betriebsunfall wird aus Rancu berichtet: Im Stahlwerke von Jauz stürzte ein großer eiserner Block um und begrub eine Anzahl Arbeiter. Einer derselben wurde sofort getötet, sechs andere schwer verletzt. Auch ein 13jähriges Mädchen, welches für ihren Bruder das Mittagessen brachte, erlitt einen doppelten Beinbruch.

Ein überfallener Eisenbahnzug. Ein aus Kiev abgegangener Kurierzug wurde vorgestern Abend 14 Kilometer von Odesa von einer etwa 15 Mann starken Bande überfallen. Die Räuber hatten den Bahnwärter gebunden und dem Zug das Signal zum Halten gegeben. Um die Passagiere einzuschüchtern, beschossen sie den Zug von beiden Seiten, wobei ein Passagier schwer und zwei Gendarmen leicht verwundet wurden. In der Kasse, welche die Räuber mit Dynamit gesprengt hatten, fanden sie nur Dokumente. Das im Gepäckwagen erfindene Feuer vernichtete diesen, ebenso die Hälfte eines Waggons zweiter Klasse. Die Räuber fuhrten auf der Lokomotive davon und überließen den Zug seinem Schicksal.

Eine später eingehende Meldung aus Odesa lautet: Fünf Räuber, die den Zug in Odesa bestiegen hatten, verließen denselben, sobald er auf das Signal der in der Skuppe wartenden Räuber zum Stehen gebracht worden war. Drei Räuber sprangen auf die Lokomotive, andere drangen in die Waggons ein, während eine dritte Gruppe den Zug, in dem sich etwa 200 Passagiere, darunter viele Frauen, befanden, von beiden Seiten beschoss. Die Räuber gaben hierbei über 200 Schuß ab. Ein Gendarm und mehrere Passagiere erwiderten das Feuer, wobei der von Räubern umringte Gendarm durch acht Schüsse tödlich verwundet wurde. Außerdem sind noch zwei Personen verletzt. Die Räuber sprangen die im Gepäck-



Wagen befindliche Kasse mit Dynamitpatronen. Der Wagen geriet in Brand, wodurch das ganze Gepäck und die Korrespondenz vernichtet wurde. Aus der Kasse sind 49 000 Rubel und Quittungen der Odesaer Filiale der Reichsbank über 100 000 Rubel verschwunden. Der Räuber, den die Räuber gezwungen hatten, sie einige Kilometer weit auf der Lokomotive zu fahren, erkrankte auf der nächsten Haltestelle. Der Kurierzug kehrte nach Odesa zurück, von wo Kofalen zur Verfolgung der Räuber entsandt wurden.

**Im Wägenzwinger.** In Vilach überfiel während der Verhaftung in einer Kneipe ein Wärter die sechsjährige Waisenbinderin Winkler und brachte ihr so schwere Verletzungen bei, daß sie in hoffnungslosem Zustande ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

**Strassenbahnunfall.** Einem Telegramm aus Birmingham zufolge entgleiste ein Tramwagen auf abwärtsführender Straße. Zwei Personen wurden getötet, mehrere verletzt.

**Ein Mädchenhändler.** In Serajewo verhafteten Gendarmen einen internationalen Mädchenhändler, der sich als Gutsherr ausgegeben hatte und mit zwei sechsjährigen Mädchen abreisen wollte.

**Sieben Grade der Trunkenheit.** Vor einem amerikanischen Gerichtshof stand eine Frau, die als Betrunkene ins Gefängnis gebracht worden war. Die Trunkenheit gilt vor einem amerikanischen Richter nicht als Entschuldigung, sondern als ein erschwerender Umstand. Die Angeklagte, eine verheiratete Frau, erklärte, daß sie nicht betrunken gewesen sei, als die Polizei sie verhaftete. Der nun als Zeuge angerufene Dr. Williams sagte aus, daß er die Dame in einem Zustande „sanfter Trunkenheit“, der bald hinter dem Zustande der Reizbarkeit komme, gefunden habe. Diese Aussage schien dem Richter sehr zu interessieren; er fragte, ob der sanftere Trunkenheit immer der Zustand der Reizbarkeit voraussetze. Natürlich, erwiderte der Doktor, der auf eine weitere Frage des Richters die verschiedenen Grade der Trunkenheit folgendermaßen darstellte: Reizbarkeit, stille Seligkeit, leiserer Zustand, Müdigkeit, Zustand der Weinerlichkeit und endlich Schlafzustand. Und dann folgt nichts mehr? fragte der Richter. Ja, ein wenig mehr Alkohol, und der Tod tritt ein, antwortete der Arzt.

**20 000 Lire geraubt.** Bei Garfania in Tassana wurden nach einer Meldung aus Rom drei Arbeiter, von denen der eine 20 000 Lire zur Lohnzahlung mit sich führte, von Banditen angefallen. Ein Arbeiter wurde erschossen, die beiden anderen schwer verletzt. Das Geld fiel den Räubern in die Hände.

**Verband der Friseurgehilfen Deutschlands.** Zweigverein Berlin und Vororte. Heute abend 9 1/2 Uhr, Rosenfelderstr. 11/12: Versammlung und Vortrag.

**Sozialdemokratischer Les- und Diskussionsklub „Johann Jacoby“.** Heute abend 8 1/2 Uhr bei Wagge, Kantaten-Allee 95: Sitzung.

**Briefkasten der Redaktion.**

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, Fahrstuhl, wochentags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gestern 7 Uhr, Sonnabend beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anrufer ein ein Brief und eine Zahl als Zeichen beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Einige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

**G. B. 57.** Es kann eine Handlung des Richters gegen die Betroffenen unzulässig unternommen sein. Diese Handlung würde die Verjährung unterbrochen haben. Klärung wäre vielleicht durch Nachschickens eines Anwalts zu erhalten. — **G. B. 25.** Klagen Sie Ihr vollständiges Verbleib ein. Darüber, ob das Krankengeld vom Gehalt des Handlungsgeldes entzogen dem Artikel 63 des Handelsgesetzbuchs abgezogen werden darf, besteht Streit. — **G. 23.** Treten Sie mit dem Vormund in Verbindung. — **G. B. 16.** Ein schriftliches Attest braucht nicht beigelegt zu werden. Sie tun gut, sich der Hilfe des Arbeitersekretariats zu bedienen. — **G. B. 15.** Keller, Meyerbeerstr. 9. — **G. 11.** Ja. — **Gilger.** Eine

brechliche Weiterverfolgung der Sache hätte wenig Aussicht auf Erfolg. Nicht ganz ausschließend erscheint aber eine Schadenersatzklage, auch deren Erfolg ist freilich von dem Gutachten Sachverständiger abhängig. — **G. B. 23.** Eine Klage beim Gewerbegericht sowie eine Klage wegen Betruges bei der Staatsanwaltschaft hätte Aussicht auf Erfolg. — **G. B. 111a.** 1. Wenden Sie sich an einen Arzt. 2. Ja. 3. Das kann Monate dauern. — **G. B. 2.** Erst von 1900 an. — **G. B. Wenden** Sie sich an den Vorstand der freien Volkshilfe. — **G. B. 51.** Wir mühten von einem Prozeß ab, da Sie die Garantie leider nicht haben schriftlich geben lassen. — **Umrüstung.** Wenden Sie sich an irgend eine antiquarische Buchhandlung. — **G. B. 80.** Engel-Weber 15, Simanowski. — **G. B. 115.** Eine Klage wäre leider aussichtslos. — **G. B. 19.** 1. Volljährigkeit beginnt mit dem vollendeten 21. Lebensjahr. — 2. Das ist möglich. — **G. B. 15.** Der Antrag ist an das Polizeipräsidium zu richten, Formulare erhalten Sie durch den Vorsitzenden Ihres Wahlvereins. — **G. B. 100.** Wenden Sie sich direkt an die Krankenkassenverwaltung. — **G. B. 33.** 1. Nein. Voraussetzung ist, daß Sie sich rechtlich abgemeldet haben. 2. Sie mühten vorläufig zahlen. Die Beschwerde hebt die Zwangsvollstreckung nicht auf. Sie können aber bei der Steuerdeputation Aufhebung der Zwangsvollstreckung beantragen. — 3. Ja. Das ist möglich, die Entscheidung hängt davon ab, ob es sich um eine eigene geistige Arbeit des Betreffenden handelt. — **Pantl.** 1. und 2. Ja. 3. Ja. — **C. H. 2.** Nein. — **Vordrücken 97.** Eine Klage wäre aussichtslos. — **G. B. 20.** Wegen des Verlustes des Nachmittags können Sie nichts machen, da es dem Gesetz entspricht. Der Beamte war berechtigt und verpflichtet, Untersuchungen in der gedachten Weise vorzunehmen. — **G. B.** Wenn im Verträge nichts festgelegt wird, besteht leider eine Begrenzung in der Arbeitszeit nicht. — **G. B. 74.** 1. Leider ja. 2. Ansprüche können nach dem Verträge nicht geltend gemacht werden. 3. Nein. — **Alexander 000.** Es wäre ein notarieller oder gerichtlicher Vertrag erforderlich. Die Kosten desselben richten sich nach der Höhe des Objekts. — **Alfred Blau.** Sie sind im Recht. Die im Frage kommende Gesetzesstelle, § 23 des Einkommensteuergesetzes, haben wir wiederholt im Wortlaut gegeben und besprochen. Sie finden die Vorchrift wörtlich im „Vorwärts“ vom 28. Septbr. unter Sozialen. — **Tragula.** Wenden Sie sich an die Versicherungsanstalt, Köpenicker Park, oder an die Polizeibehörde. — **G. B. 37.** Nur Leistung ist nötig.

**Berliner Marktpreise.** Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthafen-Direktion (Großhandel). Weizen Ia 68-70 pr. 100 Pfd., IIa 62-67, IIIa 57-60, Weizen IIa 62-67, IIa 50-59, Rüböl, fett 50-55, do. mager 40-48, Preßer 54-62, Wollen, blau, 54-62, do. hell 0,00, Rüböl, Doppelender 100-115, Wollwäcker Ia 75-85, IIa 66-72, Rüböl ger. gen. 48-60, do. hell 48-51, blau, 0,00, Hammelwolle Wollwäcker 74-76, Hammel Ia 68-72, IIa 62-67, ungar. 0,00, Schaf 45-60, Schweinefleisch 57-63, Rindfleisch Ia per Pfd. 0,80-0,95, IIa 0,40-0,58, Rindfleisch Ia per Pfd. 0,30-0,40, do. IIa 0,20-0,25, Dammfleisch 0,35-0,45, Bäckergewinn 0,40, Frischlinge 0,40-0,45, Rantingen p. St. 0,20-0,25, Wildenten per Stück 1,40-1,50, Strickenten per Stück 0,50-0,60, Rindfleisch, junge große 1,00-1,20, mittel u. kleine 0,50-0,60, alte 0,60-0,75, Kalbenschwanz 1,75-2,00, Kalbenschwanz 1,50-2,25, Rindfleisch 2,50-3,30, Strammelschaf Ia 0,23-0,30, Hühner, alte, per Stk. 1,50-2,00, IIa 0,70-1,20, do. junge 0,40-1,20, Tauben 0,25-0,60, Enten per Stk. 1,00-2,00, die Hamburger per Stk. 3,00, Gänse per Pfd. 0,45-0,55, do. per Stk. 1,75-3,80, do. Hamburger per Pfd. 0,40, do. Odenbrunner per Pfd. 0,40-0,55, Poulets per Stk. 0,40-1,20, Verblühner per Stk. 0,00, Heute per 100 Pfd. 98-109, do. matt 90-97, do. klein 111-114, do. groß und mittel 0,00, do. mittel 110-117, Rinder 0,00, do. klein 0,00, die mittel 0,00, Schafe, groß u. mittel 111-119, do. klein 126-154, do. unfort. 0,00, do. mittel 0,00, Hais, groß 112, do. klein und mittel 89, do. mittel 97-101, do. unfort. 0,00, do. groß-mittel 0,00, do. klein 65-70, Hühner matt 45-65, Rindfleisch 0,00, Rindfleisch 0,00, 40er 65-70, do. 80-100er 0,00, do. 50er 0,00, Bunte Rinde 22-33, Barfe 0,00, do. klein, matt 47-64, Strauchhühner 72-78, Heis 0,00, Kleis, matt 40-53, Barfe 0,00, Hühner 0,00, Quappen 0,00, Knop 0,00, Amerik. Nachs Ia neuer, per 100 Pfd. 110-130, do. IIa neuer 90-100, do. IIIa 0,00, Seelachs 10-20, Rundern, Rinder, Steig Ia 2-6, mittel Rinde 1-3, Hand. Steig 4-6, halbe Rinde 2-3, pomm. Ia Schaf 9,00, IIa 2-4, Hühner, Rinder per Pfd. 2-4, Strahl, 1,50-2,00, Horn, 0,00, Hais, groß per Pfd. 1,10 bis 1,40, mittelgroß 0,80-1,10, klein 0,50-0,80, Gerings per Schaf 5-9, Schellfische Rinde 2-4,00, 4, Rinde 1,75-2,00, Sardellen, 190er per Kist 98, 190er 98, 190er 98, 190er 90-95, Schottische Wollhering 1005 0,00, large 40-44, fall 38-40, mod. 38-42, deutsche 37-44, Gerings, neue Rindes, per 7, To. 50-130, Sardinen, russ., Rab 1,50-1,60, Bräckerlinge Rab 1,20-1,40, do. Rindes (4 Riter) 1,40-1,70, Reunagen, Schaf 11, do. kleine 5-6, do. kleine 14, Krebse per Schaf 0,00, große 0,00, do. mittelgroße 10, do. kleine 2-2,50, do. unfort. 3-5,50, Galtier, groß 0,00, do. unfort. 0,00, Eier,

Land, unfort. per Schaf 3,60-3,80, do. große 4,40, Butter per 100 Pfd. Ia 122-124, IIa 112-114, IIIa 100-108, ablaufende 90-98, Saure Butter, neue, Schaf 4,00, Pfefferkörner 4,00, Kartoffeln per 100 Pfd. Daberide 2,75-3,50, weiße runde 2,50-3,00, blaue 0,00, Rosen 0,00, mag. von. 2,50-3,25, Porree, Schaf 0,50-1,00, Pfeffer, Schaf 5-12, Spinat per 100 Pfd. 10-18, Sellerie, Schaf 2,00-3,00, Zwiebeln per 100 Pfd. 2,50-3,50, do. Perl 40,00-100,00, Chalotten 40,00-100,00, Petersilie, grün, Schaf 1,00-1,25, Rüböl, Schaf 0,80-1,25, Rind, neuer, Schaf 0,02-0,10, blühiger Schaf 2,50-3,50, Röhrrüben, 100 Pfd. 2,00 bis 3,50, Karotten, blühiger, Schaf 2,00-3,00, Bismuthol per Schaf 4,00 bis 12,00, Rüböl, Schaf 4-10, Weisfloß 2-2,50, Blumenkohl, blühiger 100 Stk. 5-14, do. Hamburger 100 Stk. 0,00, do. Grunter 100 Stk. 7-15, Rosenkohl, per 100 Pfd. 20-30, Brinntoll 4-8, Rüböl, Schaf 3,00-6,00, Pfefferkörner, Schaf 3,00-4,00, Schoten per 100 Pfd. 20-35, Schnittlauch 1,00-1,25, Pfefferkörner per 100 Pfd. 10-15, Steinpilze per 100 Pfd. 15-30, Radieschen per Schaf 0,75-1,25, Salat per Schaf 1,25-2,50, Gurken, Kimmache, Schaf 15-25, do. blühm. Schaf 0,00, do. Reigüter Schaf 2,75-5,00, do. Rotbunten 2-2,50, Wofnen, grüne, 100 Pfd. 12-30, Backbohnen, per 100 Pfd. 18-35, Tomaten per 100 Pfd. 8-12, Rote Rüben, per 100 Pfd. 2,50-3,00, Rübchen, Beilher, per 100 Pfd. 5,00-10, Rübchen 4-7, Preiselbeeren per 100 Pfd. 18-24, (danebige 20, Birnen, 100 Pfd. Italiener 8-17, Tivoler 15-30, bierige 0,00, Röhrrüben 3-8, Tafelbirnen Ia 10-20, do. IIa 4-10, Pfirsiche, blühiger per 100 Pfd. 3-16, ital. in Stücken zu 12 Stk. 1,40-1,50, do. in Körben Ia per 100 Pfd. 15-25, do. IIa in Körben per 100 Pfd. 10-15, Kefel, italienische, per 100 Pfd. 11-12, bierige 0,00, Granatstein Ia 0,00, do. IIa 0,00, Tivoler Ia 20-45, IIa bierige 0,00, bierige 2-4, Röh 4-10, Tafel- Ia 15-23, do. IIa 7-12, Wassnüsse per Schaf 1,00-2,00, do. klein 0,40-0,50, Pfäumen, pr. 100 Pfd. bierige 6-13, tschische 10-12, Weintrauben, ital., per 100 Pfd. 14-23, franz. 14-20, firt. 14-18, Ananas I, per Pfd. 70-1,00, do. II 0,00, Zitronen, Perlina, 300 Stk. 12,00-20,00, do. 300 Stk. 10,00-16,00, do. 200 Stk. 12,00-16,00, do. 150 Stk. 7,50-10,00, Bananen, gelb, per 100 Pfd. 18,00-20,00.

**Witterungsbericht vom 2. Oktober 1907.**

Stationen	Barometerrand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temperatur in Grad C.	Stationen	Barometerrand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temperatur in Grad C.
Stettin	755	S	2	Dunst	15	Opparanda	770	S	2	Nebel	7
Dambrg	754	SE	2	wolkig	12	Petersburg	771	D	2	Nebel	6
Berlin	756	SE	2	Schw. 12	13	Seilly	752	D	4	wolkig	12
Frankfurt	756	S	3	Regen	15	Worms	746	SE	3	bed. 12	
München	759	SE	4	bed. 12	13	Paris	757	SE	3	wolkig	10
Wien	753	SW	—	wolkig	13						

**Wetter-Prognose für Donnerstag, den 3. Oktober 1907.**  
 Etwa trüber, zunächst vielwolfig mit leichten Regenfällen und ziemlich frischen südwestlichen Winden; später wieder Abnahme der Bewölkung.

**Berliner Wetterbureau.**

**Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.**

Wasserstand	am		seit		Wasserstand	am		seit	
	1. 10.	30. 9.	1. 10.	30. 9.		1. 10.	30. 9.	1. 10.	30. 9.
Remel, Mühl	190	—	—	—	Havel, Spandau	102	—	—	—
Bregel, Bitterburg	58	—	—	—	Havel, Rathenow	145	—	—	—
Wesche, Thorn	72	—	—	—	Spree, Spremberg	120	—	—	—
Oder, Rastow	94	—	—	—	Spree, Bestrom	160	—	—	—
Strossen	90	—	—	—	Elbe, Wünten	-104	—	—	—
Frankfurt	101	—	—	—	Wünten	-24	—	—	—
Barthe, Schimm	81	—	—	—	Rhein, Waldshut	—	—	—	—
Landenberg	34	—	—	—	Rhein, Rind	116	—	—	—
Rehe, Borsdamm	14	—	—	—	Rhein, Rind	91	—	—	—
Eibe, Reimberg	—	—	—	—	Redar, Heilbronn	19	—	—	—
Borb	71	—	—	—	Rhein, Berrheim	—	—	—	—
Magdeburg	87	—	—	—	Roel, Trier	—	—	—	—
Caale, Groditz	72	—	—	—					

+) + bedeutet Zufluß, — Fall. — \*) Unterpegel.

# H. Greifenhagen Nachf.

Brunnenstrasse 17-18

Veteranenstrasse 1-2

## Haushalt-Artikel zu Ausnahmepreisen

nur so lange Vorrat:

Porzellan u. Steingut	Wirtschafts-Artikel	Neu aufgenommen:	Emaill-Geschirre
Vorratstonnen	Leitern Stufe . . . . . 38 P.	Gas-Hängelampen complet 14.75 18.75	Emaill-Eimer neublan . . . . 88 P.
Steingut . . . . . 18 28 38 P.	Grosse Wichskästen . . . 38 P.	Gas-Speisezimmer-Kronen complet . . . . . 58.00	Emaill-Kehrschaufeln neublan 48 P.
Satz-Näpfe Steingut . . . 7 Stk. 98 P.	Waschtische . . . 2.95 3.85 4.85	Gas-Salonkronen 23.50 48.00	Emaill-Eimer Delft, mit Deckel 2.45
Wasch-Service . . . . . 98 P.	Waschbretter . . . . . 48 P.	Gas-Glühstrümpfe . . . Stk. 50 P.	Emaill-Petrol-Kannen . 98 P.
Grosse Wasch-Service besonders billig . . . . . 2.95 4.75	Aermelbretter . . . . . 45 P.	Gas-Cylinder 7 P. mit Goldstempel 15 P.	Emaill-Wasserkess. mit Absatz 98 P.
Majolika-Obstgarnitur 1 grosse und 8 kleine Weinblätter . . 98 P.	Kohlenschuppen . . . . . 15 P.	Küchenlampen Rundbrenner 45 78 P.	Holzgalanteriewaren
Teller glas, tief oder flach . . . . . 7 P.	Kohleneimer . . . . . 50 P.	Tischlampen 1.95 3.50 5.50 9.75	Gardinenstangen 28 45 70 P.
Teller gerippt, tief oder flach . . . . . 7 P.	Eiserne Storesstangen verstellbar . . . . . 68 P.	Alle anderen Sorten Lampen besonders billig.	Garderobenleisten . . . . . 48 P.
Zwiebelmuster-Teller tief oder flach . . . . . 10 P.	Grosse Auswahl in allen anderen Wirtschafts-Artikeln besonders billig.		Handtuchhalter . . . . . 98 P.
Kuchenteller echt Porzellan . . . 10 P.			Panelbretter mit Goldverzierung 1.95
Suppenteller massiv . . . . . 8 P.			Portierengarnituren complet 1.95
			Garderoben-Eckbretter . 48 P.
			Spiegel mit Marmor-Aufsatz . . . 2.95

### Gardinen • Teppiche • Tischdecken • Vorleger • Betten

in grosser Auswahl zu hervorragend billigen Preisen.

# Donnerstag Freitag Sonnabend Letzte Tage der Doppelten Rabattmarken.



